

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis halbjährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wochentlich 20 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat, eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erste Ausgabe außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Äquivalent 40 Pf. für politische und gesellschaftliche Berichte und Besprechungs-Anzeigen 25 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 30. Juni 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Die Revolution zur See.

Ungeheurer, unerhörte Eruptionen drängen sich in der russischen Revolution. Die Ereignisse erscheinen wie die wilden Fieberphantasien des im Todeskampf ringenden Absolutismus. Ein Bürgerkrieg, wie er sonst nirgendwo jemals, in dem Ströme von Blut fließen, dessen Besonderheiten vielfach fremdartig, geheimnisvoll, unbegreiflich bleiben, der zugleich einen hochgestimmten, gewaltigen Heroismus der Freiheitskämpfer und eine grauenvolle Bestialität der Schutzgarde des Zarismus entsetzt — so herrscht das Chaos der Auflösung, des Zusammenbruchs, der Verzweiflung und des furchtbaren Lebensdranges.

Tage und Wochen scheinbarer Ruhe unterbrechen wohl diese wilden Schreden des Kampfes zwischen einer ruflos vor nichts zurückweichenden Gewalt und der nichts mehr fürchtenden Empörung. Ein Ungeheuer genügt, um hier und dort, in allen Teilen des riesenreichen vulkanischen Krater zu eröffnen und eine Flut der Verheerung über das Land zu entlassen.

Noch brandet das Blutmeer, das über das große Industriezentrum Russisch-Polens geströmt, noch zuden diese tausendfältigen Quaken ungelindert, und schon stürmt die Revolution von der westlichen Grenze nach dem Süden, nach der größten See- und Handelsstadt des sibirischen Rußland, nach Odessa, dieser märchenhaft rasch empor gewachsenen reichen Stadt, in der der moderne Weltverkehr, die große Industrie den wenigen den äppigen Glanz westeuropäischer Weltkultur verschafft, während die Hunderttausende in tieferster Not der sibirischen Barbarei vegetieren.

Odessa ist seit Jahren ein fruchtbares Feld der revolutionären Agitation und der modernen Arbeiterbewegung. Die Wirbelschleife des Aufstieges gegen den Zarismus bildeten hier wiederholt ihre Zentren. Besonders güt es seit langen unter den Seeleuten. Meutereien unter der Befahrung der Kriegsschiffe wurden bereits am Anfang des Jahres wiederholt aus dem Kriegshafen Sebastopol berichtet.

Zehnt hat die Brutalität eines russischen Seeoffiziers genügt, um nicht nur einen beispiellosen Akt der Meuterei hervorgerufen, sondern auch ganz Odessa in Aufruhr zu versetzen. Die Revolution ist zur See gegangen, freilich eine wilde, dunkle, elementare Revolution, die gegen unerträglichen Druck sich zerstörend aufbläht, ohne nach Ziel und Weg zu fragen. Es ist charakteristisch, daß die Lat der Mannschaft des „Potemkin“ — der Name ist ein Symbol für Rußland — sofort in der ganzen Bevölkerung den Funken der Revolution entzündet hat. Freilich hat man auch hier den Eindruck, als ob die Massen, von terroristischem Drang blind getrieben, sich nur als wehrlose Beute den Kosaken hinwerfen, während das überall beim ersten Signal aufstehende Gesindel des Jaren die Gelegenheit wahrnimmt, zu mordern und zu plündern.

Die ostasiatische und die baltische Kriegsschiffe ruhen auf dem Grunde des Stillen Ozeans oder in der Ohhut der Japaner. Den letzten Rest der russischen Kriegsschiffe aber, die Schwarze Meer-Flotte, sprengen nun die Seemannen der befreienden „Meuterei“, die gegen den grausamsten Feind des russischen Volkes ankämpft — den Zarismus.

Über die Vorgänge in Odessa liegen nur offizielle Telegramme vor, die im einzelnen keine volle Klarheit über Wesen und Umfang der Ereignisse gewähren. Wir lassen sie folgen:

Ein ausführlicher offizieller Bericht meldet aus Odessa:

Mittwoch abend traf der Dampfer „Potemkin“ hier ein. Als bald verbreitete sich in der Stadt das Gerücht, daß die Besatzung ihre Vorgesetzten niedergemetzelt hätte, um einen Matrosen zu rächen, der, weil er Klage über schlechte Nahrung im Namen der ganzen Besatzung geführt hätte, getötet worden sei. Ferner wurde gesagt, der Leichnam sei auf der neuen Mole aufgestellt und die Matrosen ließen die Behörden nicht heran kommen und drohten, ihnen Widerstand zu leisten. Tausende von Menschen strömten alsdann nach dem Teil des Hafens, wo der Leichnam des Matrosen Omelischuk vom obengenannten Panzer, der aus Sewastopol mit zwei Torpedobooten angekommen war, lag. Auf der Brust des Verstorbenen war ein Zettel angebracht mit der von der gesamten Besatzung abgegebenen Erklärung, daß Omelischuk für die Wahrheit gestorben sei, indem er dem Offizier sagte, daß man den Leuten schlechte Nahrung gebe. Das Publikum warf fortwährend Geldspenden in die am Kopfende des Toten aufgestellte Büchse, um das nötige Geld für seine Beerdigung zu sammeln.

Unter vielen Lesarten über das Vorgesagte herrscht die vor, daß ein Offizier, welchem Omelischuk meldete, daß die Mannschaft schlechte Suppe erhalten habe, ihn durch einen Revolver schuß getötet habe. Die gesamte Mannschaft überfiel erst ihn, dann den Kapitän und ertränkte ihn mit seinen Offizieren, ausgenommen 8, welche sich mit den Matrosen verbündet hatten. In Odessa angekommen, brachten die Matrosen die Leiche Omelischuks in einem Boot an Land und teilten den Behörden mit, daß sie, falls man sie zu verhaften versuche, auf die Urheber des Versuches schießen würden. Eine rote Flagge wurde wiederholt an Bord des Panzerschiffes gehißt, dessen Besatzung sich nach und nach auf alle Boote und Dampfer begab und die Arbeiter

zwang, die Arbeit einzustellen. Die Kohlenzieher lieferten der Mannschaft des Panzerschiffes, welche Omelischuk ein feierliches Begräbnis bereiten will, Nahrungsmittel.

Man erwartet heute abend das Schwarzmeergeschwader. Die Erregung der Menge ist ungeheuer. Ein verkleideter Grenzwächter wurde an der Leiche Omelischuks getötet. Der Bürgermeister der Stadt ist nach Moskau abgereist. Er richtete an die Bürger Odessas ein Telegramm, in welchem er sie bat, sich zu beruhigen und die Ruhestörungen einzustellen.

Gestern wurden den ganzen Tag über an vielen Punkten der Stadt Schüsse gehört. Die Zahl der Verwundeten ist noch nicht ermittelt. Auf dem Kathedralplatz fand heute abend eine Bombenexplosion statt, wodurch ein Schumann und der Bombenwerfer getötet wurden. Heute wurden einzelne Läden geöffnet. Patrouillen halten die Ordnung aufrecht. Lokalbahnzüge verkehren in Begleitung von Patrouillen. Der Ausstand in den Fabriken dauert fort. Hier geht das Gerücht, daß das Pachhaus der russischen Schiffahrtsgesellschaft geplündert worden ist.

Odessa in Flammen.

Spätere offizielle Telegramme aus Odessa melden: Odessa, 29. Juni, mittig. Seit gestern abend 10 Uhr brennen die Pachhäuser am Hafen, man schleppt die Waren fort und die Verluste betragen viele Millionen. Dichter Rauch hüllt die Stadt ein.

Gestern abend ist am Kathedralplatz in der Nähe des Reichstumsdenkmal eine Bombe zur Explosion gebracht worden, wodurch zwei Personen getötet worden sind. Während der Nacht kamen im Hafen einige Explosionen vor, welche die erbittertesten Zusammenstöße zwischen den Truppen und der Volksmenge hervorriefen. Die Toten werden nach Hunderten

gezählt, die Krankenhäuser sind mit Verwundeten überfüllt, die ärztliche Hilfe ist ungenügend.

Die Läden sind geschlossen, der Verkehr stockt, die Hauptstraßen sind durch Truppen abgesperrt.

Viele Leute verlassen die Stadt. An den Zusammenstößen mit den Truppen beteiligten sich die Matrosen des „Anjas Potemkin“. Die Leiche des Matrosen Omelischuk liegt noch immer am Hafen; die Matrosen fordern, daß dem Getöteten militärische Ehren erwiesen werden.

Odessa, 28. Juni. Gestern wurden den ganzen Tag über an vielen Punkten der Stadt Schüsse gehört. Die Zahl der Verwundeten ist noch nicht ermittelt. Auf dem Kathedralplatz fand heute abend eine Bombenexplosion statt, wodurch ein Schumann und der Bombenwerfer getötet wurden. Heute wurden einzelne Läden geöffnet. Patrouillen halten die Ordnung aufrecht. Lokalbahnzüge verkehren in Begleitung von Patrouillen. Der Ausstand in den Fabriken dauert fort.

London, 29. Juni. Dem „Meuterischen Bureau“ wird aus Odessa, 1 Uhr nachmittags, gemeldet: Die Volksmenge richtete im Hafen große Verwüstungen an und zerstörte alle Lagerhäuser. Vier oder fünf russische Dampfer gingen in Flammen auf. Gegen 300 Personen wurden getötet, darunter auch mehrere Kosaken. Das Militär stellte die „Ordnung“ schnell wieder her.

Die Flotte gegen den inneren Feind.

Sebastopol, 29. Juni. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Heute abend werden ein Panzerschiff und ein Kreuzer, um deren Entsendung nach Odessa dringend ersucht worden ist, dorthin abgehen.

Eine Interpellation im Unterhaus.

London, 29. Juni. Unterhaus. Unterstaatssekretär des Aeußern Earl of Percy verliest in Veantwortung einer an ihn gerichteten Anfrage ein Telegramm des britischen Konsuls in Odessa, das über die jüngsten Ereignisse Mitteilung macht, und fügt hinzu, der Konsul melde nicht, daß er eine besondere Gefahr für die britischen Untertanen besorge.

Kollit (L.) fragt an, ob die Regierung beabsichtige, irgend welche Vorsichtsmaßnahmen zum Schutze des Lebens und des Eigentums der britischen Untertanen zu ergreifen.

Premierminister Balfour antwortet hierauf, es sei sehr schwierig, einzusehen, welche Maßnahmen von der englischen Regierung getroffen werden könnten wegen Mord, die sich in einer nicht unter englischer Rechtsprechung stehenden Stadt ereignen.

Die Verfassungs-Bewegung.

Moskau, 28. Juni. Heute wurde hier durch das Stadthaupt von Moskau ein von 117 Vertretern großer russischer Städte von über 50 000 Einwohnern besuchter Kongreß eröffnet. Ein Redner erklärte, gegenwärtig genügt die Beschlässe eines Zemstwow-Kongresses nicht mehr, jetzt müsse eine Verfassung gefordert werden. Das Stadthaupt von Kronstadt wies darauf hin, daß das Projekt Bulgins den Agrariern ein Übergewicht gebe und die Schaffung einer beratenden Institution bezwecke, welche Rußland nicht befriedigen könne. Die Versammlung beauftragte das Bureau des Kongresses, Vorschläge zur Verstärkung des städtischen Elements in der künftigen Volksvertretung ausgearbeiten.

Es wurde folgende Resolution gefaßt: Eine Volksvertretung auf konstitutionellen Grundlagen ist eine dringende Notwendigkeit. Der Entwurf Bulgins, soweit er bekannt ist, befriedigt nicht die elementarsten Forderungen der Volks-

vertretung. Die Ausarbeitung eines Entwurfes ohne Beteiligung der Vertreter des Volkes ist unmöglich, und die Verzögerung der verprochenen Reformen macht die Lage mit jedem Tage schwieriger.

Die Resolution soll zur Kenntnis des Ministerrates gebracht werden.

Meuterei in den Ostseeprovinzen.

Libau, 29. Juni. (Offizielle Meldung.) In der letzten Nacht meuterten hier die Matrosen des örtlichen Kommandos, sie erbrachen das Zeughaus, eigneten sich Gewehre an und schossen auf die Wohnungen der Marine-Offiziere. Noch in der Nacht erhielt die Artillerie der Garnison Befehl, nach dem Hafen abzuziehen. Heute früh wurden Kosaken und ein Infanterieregiment dorthin berufen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 29. Juni.

Marokko.

Zwischen dem Fürsten Bülow und dem französischen Votschafter in Berlin hat am Donnerstag eine weitere Unterredung stattgefunden. Die französische Antwort auf die deutsche Note ist jedoch bisher noch nicht erteilt.

In Pariser parlamentarischen Kreisen verlautet, daß der Ministerpräsident vorlegen und vielleicht noch an demselben Tage dem deutschen Votschafter mitteilen werde. Die Antwort werde zweifellos in der endgültigen Annahme des Prinzips der Konferenz bestehen. Nach dem „Figaro“ dürfe die Antwort der französischen Regierung nicht in Form einer regelrechten Note erfolgen, sondern lediglich in einer mündlichen Mitteilung.

Gegen Wiederkehr bedrohlicher Krisen.

Jaurès erklärt, in der „Humanité“, wie das „E. V.“ aus Paris telegraphisch übermittelt, das französische Volk müsse gegen die Wiederkehr von bedrohlichen Krisen, wie die durch die marokkanische Angelegenheit hervorgerufene, Vorsichtsmaßnahmen treffen. Diese könnten aber nicht darin bestehen, daß man vor Nationalisten und Chauvinisten zurückweiche und durch übermäßige militärische Rüstungen das Budget noch mehr belaste. Noch weniger dürfe man die von Delcassé geübte unheilvolle Politik feindseligen Mißtrauens gegen Deutschland wieder aufnehmen. Die wirksamste Vorsichtsmaßregel sei eine genaue beständige Ueberwachung der Diplomatie durch Volk und Parlament, und es sei zu hoffen, daß dank Rouvier, der bereits einen Teil der Mißverständnisse geräumt habe, die internationale Regelung der marokkanischen Angelegenheit den Beginn einer offeneren aufrichtigeren Diplomatie bedeuten werde.

Was Jaurès für Frankreich als erforderlich erklärt, das gilt in demselben Maße für Deutschland. Nur vermögen wir die vertrauensvolle Zuversicht des letzten Satzes der Jaurèschen Ausführungen nicht zu teilen. So sehr Unoffenheit und Unaufrichtigkeit der Diplomatie den marokkanischen Streit verschärft haben, so steckt der eigentliche Grund des Streites doch weit tiefer. Der ostasiatische Krieg und der Zusammenbruch Rußlands haben alle bisherigen internationalen Beziehungen ins Schwanken gebracht, und noch ist nicht abzusehen, welche neuen Verhältnisse sich aus der jetzigen chaotischen Situation entwickeln werden. Gerade weil aber die internationale Lage auf längere Zeit hinaus überaus schwierig bleiben wird, weil die Möglichkeit zu Konflikten in hohem Maße vorhanden ist, darum sind jene Vorsichtsmaßnahmen der Völker gegenüber der Diplomatie noch weit dringlicher als jemals.

Tanger, 29. Juni. (Meldung der „Agence Havas“.) Auf die Einladung zur Marokokonferenz hat Dänemark dem Sultan geantwortet, daß es an der Konferenz teilnehmen, vorausgesetzt, daß alle beteiligten Großmächte auf derselben vertreten seien.

Aus Paris wird noch gemeldet:

Von zuverlässiger französischer Seite verlautet, daß der Ministerpräsident Rouvier, der durch neuerliche Unterredungen mit dem deutschen Votschafter Fürsten Radolku die formelle Ueberzeugung gewann, daß Deutschland die berechtigtesten Interessen Frankreichs in Marokko in keiner Weise beeinträchtigen wolle, den lebhaftesten Wunsch hege, die Marokkofrage sobald als möglich erledigt zu sehen.

Die Verfassungsrevision in Württemberg.

Stuttgart, 28. Juni. (Fig. Ver.)

Der heutige dritte Tag der Verfassungsrevisionsdebatte brachte zunächst eine Erklärung des Ministerpräsidenten, in der er gegenüber Freiherrn v. Du betonte, daß die Regierung durch Stärkung und Festigung der Ersten Kammer den konservativen Prinzipien am besten zu dienen glaube. Gegenüber Reils Angriffen erklärte der Minister, daß nach Durchführung der Reform, die die reine Volkskammer bringe, Württemberg das freisinnigste Wahlrecht im ganzen Deutschen Reiche haben werde. Freilich veranschaulichte er den Wert dieses Wahlrechts gleich selbst durch den Hinweis auf den zuverlässigen Schutze, den die verstärkte und gesteierte Erste Kammer gegen die Zufälligkeiten der Volkskammer bieten werde. Von der Fällung des Volkswillens durch die ungleichen Wahlkreise schwieg der Sängers höchst. Das Ergebnis der Sitzung war die durch Gröber mit unerwarteter Offenheit vollzogene Preisgebung der programmatischen Forderung des Zentrums nach Vereinfachung der

23 Privilegierten aus der Abgeordnetenversammlung und Ersetzung derselben durch Abgeordnete des allgemeinen Wahlrechts. Den Zentrumsführer ließ seine gewohnte Schläue im Stich, als er seine Rede aufdringlich darauf zujuzippte, den Widerstand der Privilegierten gegen die Regierungsvorlage, die ihre Interessen verlege und ihre völlige Ausschaltung aus der Gesetzgebung anbahne, zu stärken, und den Standesherren Material lieferte, die Vorlage nicht nur aus konstitutionellen, sondern aus allgemeinen politischen Gründen abzulehnen. Gröber befürwortete die Einschränkung berufständischer Vertreter in die Abgeordnetenversammlung als Ersatz der Privilegierten, da sonst eine starke Radikalisierung des Hauses zu befürchten sei, und gab namens des Zentrums eine Erklärung ab, die die vorgeschlagene Neuordnung als eine Preisgabe der Interessen der christlichen Mehrheit des württembergischen Volkes beider Konfessionen an den Ansturm des Radikalismus beurteilt. Die Forderung nach berufständischem Ersatz für die Privilegierten wurde heute auch von dem konservativen Kraut und dem Württembergischen Haus vertreten, während hierher namens der Nationalliberalen die Regierungsvorlage als das Ergebnis einflussreicher Erwägungen, als ein kluges Kompromisswerk empfunden wird. Er vermied diesmal ein offenes Verwehren zum Zweikammersystem, wie er es früher einmal abgelegt hat; aber seine Vertuschung konservativer Privilegien klang deutlich aus seiner Verwahrung gegen den Vorwurf Keils heraus, die württembergischen Nationalliberalen hätten früher einmal das Einkammersystem im Sinne der Sozialdemokratie gefordert. Die selbstzufriedene Feststellung Gröbers, daß die Nationalliberalen von 1867 auch nicht besser gewesen seien als die von 1906, und die von ihnen damals geforderte Volkstammer keineswegs eine solche des allgemeinen Wahlrechts sein sollte, läßt tief blicken. Am Schlusse der Sitzung richtete Hausmann scharfe Angriffe auf das Zentrum, dem der volksparteiliche Führer, ohne den Vallen im eigenen Auge gewahr zu werden, mit Recht Prinzipienverrat vorwarf. Aus Hausmanns Rede sprach sichtlich die Sorge, daß die zwölf „Mitter“ den Einflüsterungen Gröbers Gehör schenken und durch Anschlag an die zwanzig absehnenden Zentrumstimmen die erforderliche Zweidrittelmehrheit für das Gesetz vereiteln werden. In der Tat ist das Schicksal der Vorlage mehr als ungewiß. Mit ihrer Verweisung an die Kommission, die am Freitag erfolgen wird, ist wenig geschehen; zumal der Prälat Wittich heute die Erklärung abgab, daß jede Veränderung der Vorlage nach der demokratischen Seite hin, insbesondere im Sinne der Forderungen Keils, die sechs Prälaten zur Ablehnung der Vorlage veranlassen werde. Der Zustimmung der Sozialdemokraten zu der Vorlage in ihrer jetzigen, oder gar einer noch weiter nach rechts revidierten Fassung stehen so schwere Bedenken entgegen, daß an ihr billig zu zweifeln ist. Auf jeden Fall wird die schließliche Annahme oder Abänderung der Vorlage von Zufälligkeiten wie der Absentierung oder Verhinderung einzelner Abgeordneter abhängig sein. Dann aber harret ihrer erst noch die Beratung in der Ersten Kammer, über deren Ergebnis sich erst recht nur ungewisse Kombinationen aufstellen lassen.

Deutsches Reich.

Kasernenfreuden.

Vom Ende März bis Ende Juni 1906 wurde die gerichtliche Aburteilung von 62 Soldatenmishandlern bekannt. An Strafen wurden ausgesprochen 1 Jahr 4 Monate Zuchthaus, 15 Jahre 2 Monate 20 Tage Gefängnis, 7 Monate 15 Tage mittlerer Arrest, 1 Monat 14 Tage gelinder Arrest, 1 Monat 3 Tage Stubenarrest, 10 Degradationen, 1 Verlegung in die II. Klasse des Soldatenstandes, 1 Entfernung aus der Marine. Im ganzen

17 Jahre 5 Monate 1 Tag Freiheitsentzug.

Auf Preußen treffen: 1 Jahr 4 Monate Zuchthaus, 11 Jahre 10 Monate 20 Tage Gefängnis, 5 Monate 8 Tage mittlerer Arrest, 1 Monat 9 Tage gelinder Arrest, 10 Tage Stubenarrest, 7 Degradationen, 1 Verlegung in die II. Klasse des Soldatenstandes, 1 Entfernung aus der Marine (31 mishandelnde Vorgesetzte, darunter 2 Offiziere, und 12 mishandelnde ältere Mannschaften); auf Bayern 3 Jahre 4 Monate Gefängnis, 23 Tage Stubenarrest, 8 Degradationen (5 Vorgesetzte, darunter 2 Offiziere); auf Sachsen 2 Monate 7 Tage mittlerer Arrest, 5 Tage gelinder Arrest (4 Vorgesetzte).

Die bestraften Offiziere sind: Leutnant v. Wandelsloh von den Salzweckler Husaren 10 Tage Stubenarrest, Leutnant zur See Lisch 1 Jahr 4 Monate Zuchthaus und Entfernung aus der Marine. Lisch beledigte Untergebene nicht nur tätlich, sondern suchte sie auch noch zum Meide zu verleiten. Leutnant Graf Preyhing vom 2. bayerischen schweren Reiterregiment 18 Tage Stubenarrest, bayerischer Leutnant Bösmüller 5 Tage Stubenarrest.

Natürlich wurde auch in diesem Vierteljahr in Preußen vom Ausschluß der Offiziersklasse reichlich Gebrauch gemacht. Es sieht so aus, als ob die preussische Armee sich weniger sehr fühle als die bayerische, in der sogar mishandelnde Offiziere öffentlich abgeurteilt werden. Wenn die bayerische Armee die öffentliche Aburteilung von Offizieren und Unteroffizieren vertragen kann, wird es hoffentlich die preussische auch fertig bringen, ohne zu wanken. Es ist doch eine komische Erscheinung, daß die Armee den stärksten Schutzwall gegen den „Umsturz“ bilden soll und zu gleicher Zeit eine solche Weisheit vor der umstürzlerischen Kritik verspürt, daß sie die Taten ihrer Gerichtsfälle schließt.

Im ersten Halbjahr 1906 wurde die gerichtliche Verurteilung von 99 Soldatenmishandlern bekannt. Der ausgesprochene Freiheitsentzug belief sich auf 22 Jahre 11 Monate 18 Tage.

Wie wäre es übrigens mit einem Rekrutentestament zur Schaffung eines Fonds, aus dem geschundene deutsche Soldaten entschädigt werden? Fürst Guido von Donnersmarck und Graf Mirbach sollten hier ihre Talente entfalten.

Im Sippischen „Diesseitsprozeß“ hatte der angeklagte Redakteur Neumann gegen den Vorsitzenden des Schöffengerichts Lage, Geh. Justizrat Rieländer, den Einwand der Befangenheit erhoben. Die Strafkammer II. des Landgerichts Detmold hat nunmehr den Ablehnungsantrag Neumanns verworfen, da nach der dienstlichen Beurteilung Rieländers dieser sich nicht für Befangen erachte und auch nicht abzusehen sei, wie die von dem Angeklagten vorgebrachten Ablehnungsgründe, die Michtigkeit der darin angegebenen Tatsachen vorausgesetzt, in dem Angeklagten Mißtrauen gegen die Unparteilichkeit des genannten Richters hervorrufen könnten.

Darmstadt, 29. Juni. (V. G.) Der Wahlrechtsausschuß der Zweiten Kammer hat sich mit dem Initiativantrag von 21 Mitgliedern der Ersten Kammer auf Erweiterung des Budgetrechtes jenes Hauses befaßt und ihn einstimmig abgelehnt. Die Wahlrechtsreform steht nunmehr nächste Woche in der Zweiten Kammer erneut zur Beratung.

Gera, 29. Juni. Der Landtag des Fürstentums Reuß j. L. hat gestern den von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurf betreffend Einführung der Warenhaus-Steuer mit 8 gegen 7 Stimmen angenommen.

Opfer des Kolonialkrieges.

Ein amtliches Telegramm aus Windhuk meldet: Im Gefecht bei Karas am 17. Juni 1906 sind Gefallen: Unteroffizier Hermann Nissoweit, Brustschuß. Gefreiter Alfred Richter, Kopfschuß. Reiter Anton Zipper, Herzschuß. Reiter Gustav Beyer, Kopfschuß. Gefreiter Karl Schulz, Kopfschuß. Reiter Veit Kiewewetter, Kopf und Brustschuß. Gefreiter Friedrich Werner, Brustschuß. Gefreiter Friedrich Stache, Herzschuß. Reiter Josef Stachowial, Kopfschuß. Reiter Gottfried Kapilewski, Schulter- schuß. Reiter Holger Erffen, Kopfschuß. Reiter Philipp Jost, Bauchschuß. Wächermacher Ernst Bentgraf, Kopfschuß.

Schwerwundet: Major Oltwig v. Kampff, Schuß rechte Schulter. Oberarzt Dr. Engel, Schuß linkes Ant. Wachtmeister Heinrich Behrend, Schuß linkes Oberarm. Bisfeldweibel Johann Dähler, Schuß rechte Schulter. Sergeant Fritz Dobert, Schuß rechten Oberarm. Unteroffizier Nord Berdermann, Sanitäts-Gefreiter Paul Menzel, Schuß linke Schulter. Gefreiter Wilhelm Koch, Schuß linkes Oberarm. Gefreiter Adolf Schmische, Kopfschuß. Gefreiter Wilhelm Prange, Reiter August Wehring, Reiter Heinrich Hilben, Reiter Karl Klüber.

Leichtverwundet: Hauptmann Friedrich v. Erdert, Leutnant Paul v. Knobelsdorff, Sergeant William Nagel, Unteroffizier Otto Treuerich, Unteroffizier Hermann Franz, Unteroffizier Bruno Vogel, Unteroffizier Franz Warkhäuser, Reiter Edmund Karl v. Röm, Gefreiter Nikolaus Rupp, Reiter Gustav Adolph, Reiter Richard Schreiber, Reiter Heinrich Gemede, Reiter Gustav Strauß, Reiter Paul Felt, Gefreiter Alfred Schmidt, Reiter Karl Bietzel, Reiter Otto Homberger.

Außerdem: Reiter Peter Szary, am 21. Juni 1906 zwischen Gausis und Besondereid verunndet. Reiter Georg Döger am 19. Juni 1906 im Lazarett Neemannshoop an Typhus gestorben. Gefreiter der Reserve Johann Raschke, geboren am 31. März 1883 zu Berlin, am 12. Juni 1906 in der Krankensammelstelle Gajuur an Typhus gestorben.

Die Hallesche Strafkammer als Vorbild.

Aus Halle berichtet man uns unterm 28. Juni: Eine äußerst interessante Urteilsbegründung wurde heute in der Strafkammer-Sitzung aus einem Urteil des Schöffengerichts verlesen. Der bisher unbefangene achtzehnjährige Arbeiter Robbt hatte gelegentlich des Streiks bei Schäfer u. Söhne dem Arbeitswilligen Brause auf der Straße einige Schimpfworte zugerufen und war deshalb vom Schöffengericht zu der ganz ungeheuerlichen Strafe von drei Monaten Gefängnis verurteilt worden.

In der Berufungsinstanz wurde das erste Urteil verlesen, das folgenden charakteristischen Satz enthielt: Die Hallesche Strafkammer hat in einem ähnlichen Falle auf sechs Monate Gefängnis erkannt, da der Angeklagte aber noch jugendlich sei, habe das Schöffengericht „nur“ eine Gefängnisstrafe von drei Monaten verhängt.

Die Hallesche Richter scheinen von der Urteilsbegründung nicht sonderlich erbaut zu sein und ermäßigten die Strafe auf zwei Monate Gefängnis.

Aus Düsseldorf wird dem nicht sozialdemokratischen „Kölnischer Tageblatt“ berichtet: Als eine direkte Wirkung des jüngsten Bismarck-Prozesses auf dem Gebiete der psychiatrischen Strafschulpflege darf wohl das Ergebnis der folgenden Verhandlung vor der hiesigen Strafkammer anzusehen sein. Der Gärtner Friedrich Raiths, der wegen Beträgerien bereits eine Anzahl von Vorstrafen verbüßt und unter anderem bereits acht Jahre im Zuchthaus zugebracht hat, wurde kürzlich wegen deselben Strafdelictes aufs neue in Untersuchungshaft genommen. Die nunmehr angestellten Beobachtungen des Gefängnisarztes über den Geisteszustand des Angeklagten charakterisierte der Arzt im heutigen Gerichtstermine dahin, daß R. an Fallsucht, Angstzuständen und Schlaflosigkeit leide, daß er degenerierter Vorphus sei, der, um sich Morphium zu verschaffen, selbst vor strafbaren Handlungen nicht zurückschrecke. Seine bisherigen Beurteilungen waren fast sämtlich wegen widerrechtlicher Aneignung kleinerer Geldbeträge erfolgt. Der Angeklagte befand sich in einem Zustande krankhafter Geistesstörung, der seine freie Willensbestimmung ausschließt und ihn für seine Handlungen nicht verantwortlich machen könne. Auf Grund dieses Gutachtens lautete das Urteil der Strafkammer auf Freisprechung.

Verichtigung. In der gestrigen Notiz: „Das Ergebnis des China-Prozesses“ ist unter den Zeugen irrtümlich der Name Alfred Schlaun verzeichnet. Der Zeuge heißt Jylau.

Husland.

Norwegischer Wasserstrahl nach Schweden.

Kristiania, 28. Juni. „Morgenbladet“ schreibt: Die schlimmen Worte über Norwegen und das norwegische Volk, welche gestern in der Ersten und Zweiten Kammer des schwedischen Reichstages einen offiziellen Stempel erhielten, werden auf norwegischer Seite nicht eine gleiche Handlungsweise hervorrufen. Wir werden versuchen, die politischen Verhältnisse nicht nach Worten, sondern nach Taten zu beurteilen. Wir Norweger sind alle darüber einig, daß Gewaltmittel, soweit es bei uns steht, verhindert werden müssen, aber wir sind ebenso einig darüber, daß wir uns den Frieden nicht durch unwürdige Bedingungen erkaufen. Sollte das Un glaubliche geschehen, daß Schweden in seiner Raslosigkeit zu den Waffen greift, dann wird jeder Zoll norwegischer Erde mit Tapferkeit verteidigt werden.

Kristiania, 29. Juni. „Verdens Gang“ schreibt: Die großen, kräftigen, kränkenden und drohenden Worte, welche in der Ersten Kammer Schwedens gefallen sind, machen nur geringen Eindruck in Norwegen. Wir sind in den letzten neunzig Jahren mit dieser Tonart hinlänglich vertraut geworden. In gewisser Weise ist es uns eine Befriedigung, daß die Welt endlich darauf aufmerksam werden kann, was für eine Politik es ist, mit der wir während des Bestehens der Union zu tun gehabt haben. Diese Kreise, so voll Haß und Verachtung gegenüber Norwegen, haben für uns die Union unmöglich gemacht. Sie sind es, die die Union geprengt haben, lange bevor Norwegen gezwungen war, den formellen Schritt hierfür zu tun. Jetzt ballen sie die Faust, nicht nur gegen uns, sondern gegen alle, gegen Dänemark, gegen Deutschland und gegen England.

England.

Die Fremdenbill. Am Mittwoch beriet das Unterhaus die Fremdenbill. Die Spezialberatung des Gesetzes zieht sich sehr in die Länge, da die Liberalen der Bill starken Widerstand entgegensetzen, den sie damit begründen, daß die Bill in ihrer Handhabung Schwierigkeiten biete und nicht nur gegen die Einwanderer, sondern auch gegen die Schiffseigentümer ungerecht sei.

Holland.

Wieder ein Kolonialkrieg. Aus Amsterdam wird uns geschrieben: Aus Malassar, Holland, sind drei niederländische Kriegsschiffe abgefahren nach Bomi (Celebes), um ein Ultimatum zu überreichen. Es entwickelt sich hier eine kriegerische Unternehmung von ziemlich großer Bedeutung. Außer zwei Truppenteilen von je 350 Mann, welche schon in Malassar bereit liegen, um die Garnisonen auf Celebes zu verstärken, werden in Soerabaja 3 Bataillone mit Artillerie bereit gehalten, um sofort transportiert zu werden.

Die „Nieuwe Rotterdamse Courant“ sagt von dieser Expedition, daß Celebes mit ernsthafterem Widerstand zu rechnen hat, als man in kolonialen Unternehmungen gewohnt ist, und daß wie am Vorabend einer großen, langdauernden und blutigen Expedition stehen. Der Feind ist besser bewaffnet und organisiert als diese Völker im Durchschnitt sind.

Erwartet wird selbst, daß fast ganz Celebes sich erheben wird. Die Insel Celebes ist 3376 geographische Meilen groß, und nur der nördliche Teil, die sogenannte Minakassa, wird in Wirklichkeit von den Holländern regiert. Das ganze übrige Land steht auf der Karte wohl als holländisch angegeben, ist aber, mit Ausnahme der Küsten, nicht tatsächlich in holländischem Besitz.

Das Motiv der Expedition ist kein anderes, als Raum zu schaffen für gewisse kapitalistische Unternehmungen, welche sich nicht in Gegenden wagen, wo sie nicht genügend Bajonette haben, um sich auf sie zu stützen, wenn die Bevölkerung sich gegen die kapitalistische Ausbeutung sträubt. Die Bevölkerung desjenigen Teils von Celebes, um den es sich handelt, zählt noch 500 000 Einwohner, worunter 1500 Europäer und 1400 Chinesen.

1858 und 1859 ward Bomi mit Waffengewalt von Holland unterworfen und mit den Fürsten werden Verträge abgeschlossen, welche nicht geachtet wurden. Aber solche Verträge haben ihren Wert darin, daß man, wenn man Land überwältigen will, jederzeit einen

„Rechtsgrund“ hat, mit dem man beweisen kann, daß nicht der Räuber, sondern der Verwundete der Angreifer ist.

Wie bekannt, haben Holland und England außerdem die besagte Gewohnheit, ihre Kolonialkriege durch die Kolonien bezahlen zu lassen. In diesem Falle wird also der Javane für die kriegerischen Gelüste seiner Unterdrücker wieder zu bluten haben.

Von den Friedensverhandlungen.

Nach Meldungen aus Petersburg wird in politischen Kreisen erklärt, daß die vorbereitenden Friedensverhandlungen beendet sind. Die russischen und japanischen Bevollmächtigten würden, da ihre Machtbefugnisse bereits bestimmt seien, bald zusammentreten können.

Man weiß bereits, daß das Zusammentreten der Bevollmächtigten in Washington erst im August erfolgen soll.

Tokio, 28. Juni. Der Ausschuß der konstitutionellen Partei faßte heute folgende Resolution:

Obwohl es unendlich ist, die Friedensbedingungen im einzelnen aufzustellen, halten wir es doch für nötig und für angebracht zu erklären, daß ebensowohl zur Erreichung des Zwecks und des Zieles des Krieges als auch zur Sicherung der Würdigkeit für die Interessen unseres Reiches in der Zukunft wie auch zur Herstellung des Friedens in Ostasien auf einer dauernden Grundlage die Abtretung von Gebiet und die Erstattung der Kriegskosten gefordert und die 100-jährigen und mandchurischen Fragen endgültig und klar geregelt werden müssen. Die Resolution wurde später dem Ministerpräsidenten unterbreitet. Die Fortschrittspartei erließ ein Manifest, in dem im wesentlichen die gleichen Bedingungen wie oben aufgestellt werden, jedoch mit Einfügung gewisser weiterer Punkte.

Rebogotow vor dem Kriegsgericht.

Offiziös wird aus Petersburg gemeldet: Nachdem im Publikum und in der Presse sich widersprechende Gerüchte betreffend die Uebergabe der Panzerschiffe „Kaiser Nikolaus I.“, „Drel“, „Admiral Senjabin“ und „Generaladmiral Aprarin“ ausgebreitet sind, teilt der Generalstab mit, daß der Konteradmiral Rebogotow und die Kommandanten dieser Schiffe bei ihrer Rückkehr nach Rußland in Anklagezustand versetzt werden unter der Anschuldigung eines Verbrechens, das im Artikel 279 des Marinestrafgesetzbuches vorgelesen ist. Die Schuldigen befundenen werden dort mit Dienstentlassung und Degradation oder Todesstrafe bedroht.

Aus Industrie und Handel.

Die Monopolbestrebungen in der Petroleumindustrie. Seit dem 1. April stehen die gesamten Geschäfte der vier größten Verkäufer russischen Petroleums — nämlich die Gesellschaft Schibajew, Nobel, Razout und die Russian Petroleum and Liquid Fuel Company unter gemeinsamer Leitung.

Die Schibajew ist, wie dem „V. L.“ aus London geschrieben wird, durch den rücksichtslosen Kampf um die Vertriebsorganisation zur Aufgabe ihrer Selbstständigkeit gezwungen worden. Verdient hat die Gesellschaft zuletzt nur noch an der Rohölproduktion, woraus hervorgeht, wie der Kampf geführt worden ist. Die Gesellschaft hat seit 1900 keine Dividende mehr auf die Stammaktien gezahlt. Die Vorrate der Schibajew hatten zuletzt einen Wert von 711 965 Rbl. erreicht. Die auf 1 270 300 Rbl. angewachsenen Verbindlichkeiten sollen durch das neue Abkommen auf ein Drittel ermäßigt werden; der Rest übernimmt also zwei Drittel der Kriegskosten.

Die Gesellschaft hat also vor der Nobel-Rothschild-Samuel-Gruppe und vor der Rockefeller-Robelschen American Oil Consolidated kapitulieren müssen. Da schon vorher Nobel, Rothschild und Mantaschew fast den ganzen Export, Nobel zwei Drittel des russischen Wannen-geschäfts beherrschte, so kann der russische Petroleumkrieg praktisch für beendet gelten.

Auf dem englischen und deutschen Markt gewinnt allerdings die Nobel-Rothschild-Gruppe der Standard Oil gegenüber durch diese Neuangliederung noch eine stärkere Stellung, als ihr schon seit 1901 vom Trust eingeräumt werden mußte.

Bodenwucher-Gewinne. In einem Vortrag zur Naturgeschichte der Terrain speculation haben wir kürzlich auf die vielen Gründungen von Terraingesellschaften und die Kapitalerhöhungen bei bestehenden Boden speculationsgesellschaften hingewiesen. Die Teltower Boden-Akt.-Ges., die erst vor kurzer Zeit begründet wurde, hat jetzt in einer außerordentlichen Generalversammlung die angeforderte Erhöhung des Aktienkapitals um 1 400 000 R. auf 3 Millionen Rbl. beschlossen. Die Gesellschaft hat seit Mitte des Monats die Ausschließung ihres Geländes mit „gutem Erfolge“ begonnen. Es sind mehrere Blöcke zum Preise von 220 bis 225 Rbl. pro Quadratrute zum Verkauf gelangt. Das Terrain der Gesellschaft steht mit circa 30 Rbl. pro Quadratrute zu Buch.

Erst hat die gründende Bank an dem Terrain verdient, dann zieht die Terraingesellschaft ihre hier sehr bedeutenden Gewinne, dann beanspruchen die ersten Besitzer der erschlossenen und bebauten Grundstücke entsprechende Profite — die Mieter beglücken alles.

Eiserne Grubenzimmerung.

Wie aus dem rheinisch-westfälischen Revier gemeldet wird, soll man in neuerer Zeit vielfach an Stelle der bisherigen Holz-zimmerung eiserne Stempel beim Abbau von Kohlenflözen verwenden. Nach dem „L. A.“ besteht die neue eiserne Grubenzimmerung aus Mannesmannröhren, die ineinandergehoben und dadurch auf jede gewünschte Länge gebracht werden können. Die einzelnen Stempel werden durch Schrauben miteinander verbunden. Zu den Vorzügen, welche diese Stahlröhrenstempel vor den hölzernen ansehblich haben, soll namentlich auch der gehören, daß sie nach dem Abbau der einen Strecke leicht und gefahrlos nach einer anderen Abbaustrecke gebracht und dort auf neue benutzt werden können, was bei hölzernen Stempeln nicht immer der Fall ist. Hierdurch wird der etwas höhere Preis wieder reichlich ausgeglichen.

Die Frage, ob durch die Einführung der eisernen Gruben-zimmerung die Betriebssicherheit durch Grubenwässer und andere Einwirkungen vielleicht vermindert wird, ist in der Unternehmerpresse nicht erörtert worden.

Die Berliner elektrische Straßenbahn-Aktiengesellschaft, deren Aktien fast ausschließlich im Besitz der Stadt Berlin sind, hielt gestern ihre Generalversammlung im Rathaus ab. Die Dividende wurde, wie in den vorhergehenden Jahren, wieder auf 5 Proz. festgesetzt. Die Aufsichtsratsmitglieder — Stadträte Vohm, Krause, Stadtverordneter Singer, Jalsobi, Esnamm und Regierungsbauinspektor Schwieger — wurden wiedergewählt, während Stadtverordneter Rosenow anstelle des Stadtverordneten Dinsie neu in den Aufsichtsrat gewählt wurde. Auf Grund eines Vertrages mit der Gemeinde Nieder-Schönhausen wird die Linie Mittelstraße-Bausow nach Nieder-Schönhausen verlängert; hinzugekommen ist noch eine Ausdehnung des Pantower Linienetzes. Die Einnahmen aus der Ver-förderung von 14 Millionen Fahrgästen im Berichtsjahr betragen 1 202 483 Rbl. Die gesamten Ueberschüsse einschließlich des an Siemens u. Halske vertragmäßig zu leistenden Zuschusses in Höhe von 262 002 Rbl. belaufen sich auf 548 520 Rbl., wovon ein Reiner-gewinn von 315 789 Rbl. gegen 315 790 Rbl. im Vorjahr verbleibt.

Ein Erfolg der Scharsmacher. Die Aktien-Gesellschaft für Fabrikation von Bronzewaren und Zinkguss (vorm. Ehm u. Sohn) teilt der Handelspresse mit, daß das Ergebnis für 1904/05 durch den volle fünf Monate

währenden Streik äußerst nachteilig beeinflusst wurde.

Das Aktienkapital der Gesellschaft wurde in 1904 von 1 980 000 M. auf 990 000 M. herabgesetzt. Die Unterbilanz betrug Ende 1903/04 884 083 M. Es verblieb also nach ihrer Deduktion ein buchmäßiger Ueberschuss von 105 917 M., der jetzt bis auf 33 461 M. durch Abschreibungen und den Verlust des Jahres 1904/05 aufgezehrt wird. Der Verlust des abgelaufenen Jahres betrug, da die Abschreibungen auf circa 35 000 M. bemessen sind, circa 38 000 M.

Die Aktienmännertaktik ist also hier nicht ohne Wirkung gewesen.

Die erste offizielle Anerkennung der Selbständigkeit Norwegens ist von seiten der Berliner Börse erfolgt. Der Börsenvorstand erteilt die Bekanntmachung, daß vom 1. Juli ab an Stelle von skandinavischen Noten nur noch norwegische Banknoten und schwedische Banknoten notiert werden.

Fusionen von Versicherungsgesellschaften. Das kaiserliche Aufsichtsamt für Privatversicherung hat nunmehr seine Genehmigung zur Fusion der „Fides“ in Berlin mit der „Allianz“ in Berlin und des „Freimaurer-Sterbekasse-Vereins“ in Hannover mit der „Arminia“ in München erteilt.

Ein Talgskundat ist unter der Firma „Verband deutscher Talg-Schmelzer“ errichtet worden. Das Syndikat wurde fast ausschließlich von Genossenschaften zur Verwertung von Nebenprodukten des Schlächtereibetriebes begründet, nachdem der genossenschaftliche Häute- und Fellverkauf von Erfolg begleitet war.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

23. Sitzung vom Donnerstag, den 29. Juni 1905, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsteher Dr. Langerhans eröffnet die letzte Sitzung vor den Ferien um 1/2 5 Uhr. In den Ferien wird der Vorsteher von den Herren Michels (im Juli) und Geide (August) vertreten werden.

In den Ausschuss für die Vorlage betr. den Bau einer zweiten Heimstätte für weibliche Genesende in Platenburg-Platz sind u. a. gewählt die Stadtv. Koblenzer, Romlow, Wehl (Soz.).

Zu Beginn der Sitzung wird die Wahl von 6 Stadtverordneten zu Mitgliedern der gemischten Kommission zum selbständigen Anlauf von Grundstücken zwecks Fortführung der Kaiser Wilhelmstraße vorgenommen. Durch Zufall wählt die Versammlung die Stadtv. Haberland, Raft, Prade, Spillmann, Romlow (Soz.) und Deutlich.

Stadtv. Liebenow (N. L.) berichtet sodann namens des Rechnungsausschusses. Für eine Anzahl von Rechnungen und den Jahresabschluss der Gaswerke für 1903, der eine Staatsüberschreitung von circa zwei Millionen nachweist, wird die Entlastung ausgesprochen.

Die Vorlage betr. die von der Versammlung durch eventuelle Wiederannahme der Verhandlungen zu verfolgenden sowie diejenigen Angelegenheiten, in welchen die Versammlung einer Magistratsvorlage entgegensteht, war einem Ausschuss überwiesen worden, da die Versammlung einige der bezüglichen Maßnahmen des Magistrats für unrichtig oder unzulänglich angesehen hatte. Der Ausschuss hat indessen nach weiterer Erörterung sich mit dem vom Magistrat erteilten Auskünften für befriedigt erklärt und empfiehlt der Versammlung, diese Maßnahmen lediglich zur Kenntnis zu nehmen.

Stadtv. Wallach (N. L.) konstatiert als Vorsitzender und Referent des Ausschusses, daß sich die Angelegenheit schließlich in eine Tragiödie aufgelöst habe, da sämtliche Magistratsbeamten erklärt hätten, von den erteilten Auskünften, die von den bez. Büreaus gegeben seien, keine Kenntnis zu haben.

Stadtv. Borgmann (Soz.): Ich möchte doch darauf aufmerksam machen, daß die Art der Behandlung, wie sie im Magistrat jetzt die Angelegenheit der Eingemeindung von Plöbensee erfahren hat, keineswegs neu ist, aber es doch sehr auffällig ist, daß der Magistrat eine solche Haltung wiederum hat einnehmen können. Bei Gelegenheit der Verhandlungen über die eventuelle Einverleibung der Gasenheide erklärte der Magistratsvertreter, er sei der Meinung gewesen, daß die Berliner Stadtverordneten-Versammlung gar nicht in größerem Maße eingezugemeindet beabsichtigt. Von derselben irrigen Meinung geht man jetzt wieder bei der Frage der Einverleibung des Gebietes von Plöbensee im Magistrat aus. Ich protestiere gegen die Art, wie hier der Magistrat wiederum die Eingemeindungsfrage behandelt. Die Versammlung hat unabweisend zum Ausdruck gebracht, daß sie eingemeinden will und zwar so viel wie möglich; sie hat alle Ursache, ihren Standpunkt hier ganz energisch von neuem zu vertreten.

Stadtv. Liebenow (N. L.) betont dem gegenüber, daß von dem Beschlusse der Versammlung dem Oberpräsidenten Mitteilung gemacht ist und daß die Magistratskommission in diesem Hinblick gehandelt hat, als ihr Vorsitzender Stadtv. Haack inzwischen aus dem Magistrat ausgeschieden ist, so daß sie bisher nicht zusammengetreten konnte.

Stadtv. Geide (N. L.): Diese Ausführungen können die Sache nur zum Teil aufklären und entschuldigen. Was nützt uns der Mantel, wenn er nicht gerollt ist, was nützt uns die Kommission, wenn sie nie zusammentritt? (Heiterkeit.) Auch sonst ist die geschäftliche Handhabung dieser Restverzeichnisse sehr zu beanstanden. Es befinden sich darin Sachen von 1898, wo also der Magistrat sieben Jahre Zeit zu einer Antwort gebraucht hat.

Ueber die Vorlage wegen Erwerbes des von den Grundstücken Wadstraße 35/36 und 38/39 sowie Prinzenallee 83 zur Freilegung der Straße 66 B, Abt. X 2, bestimmten Landes von dem Zimmermeister Jatuschki für den Preis von 647 038 M. hat ein Ausschuss beraten. Dieser hat noch einen weiteren Nachschuß von 18 742 M. verlangt, womit der Eigentümer sich einverstanden erklärt hat. Ein Antrag, die Vorlage abzulehnen, da zurzeit ein Bedürfnis für die Durchlegung der Straße nicht vorhanden sei, ist mit 6 gegen 4 Stimmen abgelehnt worden.

Referent ist Stadtv. Spillmann (Fr. Fr.).

Stadtv. Hinz (Soz.): Wir erneuern unseren Antrag auf Ablehnung der Vorlage, wodurch die städtischen Interessen besser geschützt werden. Bis vor zwei Jahren war von dem Bedürfnis dieser Durchlegung durchaus nicht die Rede; jetzt handelt es sich um einen Grundbesitzer, der sein Terrain möglichst vorteilhaft bewerten will. Es sollen hier zum Teil exorbitant hohe Preise für Straßenland gezahlt werden, nämlich 77 M. pro Quadratmeter, während sonst vielfach die Anlieger das Straßenland unentgeltlich hergegeben haben, andererseits Preise von höchstens 30 und 40 M. in teureren Stadtteilen auch im Wege der Enteignung nur zu zahlen waren.

Stadtv. Raft (N. L.) befürwortet dagegen, auf die Vorlage einzugehen.

Stadtv. Borgmann (Soz.): Einer der eifrigsten Freunde des Projektes ist ja der Vorredner; vor zwei Jahren aber ist bei der Festlegung der Grundlinien das Interesse der Stadt zweifellos nicht gewahrt worden. Nicht nach, sondern vor dieser Festlegung hätte man mit dem Besitzer verhandeln müssen. Wollen Sie unseren Antrag nicht annehmen, so beschließen Sie wenigstens die Enteignung.

Stadtv. Haberland (N. L.) gibt zu, daß i. B. bei der Festlegung der Grundlinien etwas verkäuflich worden ist. Jetzt aber stehe man vor einer vollendeten Tatsache, und so stelle sich der Ausschussvorsitzende als der beste Ausweg dar.

Nach Ablehnung des Antrages Hinz beschließt die Mehrheit nach dem Ausschussantrage.

Zur Statistik der Frequenz der Gemeindefschulen am 1. Mai 1905 bemerkt

Stadtv. Borgmann: Die Statistik zeigt diesmal ein etwas verändertes Bild. Herr Wallach, der sich vor einem halben Jahre darüber beschwerte, daß man trotz der großen Zahl der noch freien Plätze in den Schulen immer weiter mit dem Neubau von Schulgebäuden vorgehe, wird jedenfalls mit besonderem Interesse von der Tatsache Kenntnis genommen haben, daß die Zahl dieser

freien Plätze jetzt von 30 782 auf 28 800, also um fast 11 000 zurückgegangen ist. Die Durchschnittsfrequenz der Klasse ist etwas weiter, auf 47,15 gesunken; wir haben aber doch noch in vielen fünften, sechsten und siebenten Klassen Zahlen von über 60 Schülern. Wir haben auch noch 29 Schulen, wo ein bis vier Klassen völlig frei sind, obwohl in den anderen Klassen 66, 67 und noch mehr Schüler sich befinden. Diesen Zustand können wir nicht billigen, obwohl wir die Schwierigkeiten der Umstellung usw. nicht verkennen. Die Sachverhaltung läßt auch äußerlich das erfreuliche Moment in die Erscheinung treten, daß die Schulverwaltung die Frequenz in den Aufnahmeklassen auf 65 festzuhalten bemüht ist; nur in 36 Klassen wird diese Zahl noch überschritten. Aber dies schöne Bild wird sofort zertrübert, wenn man sieht, daß in 218 siebenten Klassen über 65 Kinder eingeschult sind. Endlich haben wir auch eine Uebersicht über diejenigen Klassen erhalten, wo eine Teilung des Unterrichts erfolgt. Wir sehen aber, daß geteilte Klassen nur in den Aufnahmeklassen sich befinden, daß aber keineswegs ausschließlich die am stärksten besetzten Klassen geteilt sind, sondern sogar Klassen mit bis herunter zu 36 Schülern. Wir fordern, daß die Teilung des Unterrichts durchweg in den Elementarunterrichtsgegenständen vorgenommen wird, um den Kindern die Erreichung des Schulpensums zu erleichtern. Dazu reicht nicht aus, daß nur die 8. Klassen teilweise geteilt werden, namentlich nicht, wenn dann die 7. Klassen mehr als 65 Schüler aufweisen; in diesem Punkte stellt sich die Maßnahme der Herabsetzung der Frequenz der 8. Klasse auf 65 fast bloß als Schaumfahlgerei dar. In der 7. Klasse sind sogar zwei Nebenklassen geteilt! Im Südosten ist auch nicht eine einzige Klasse geteilt; sollte das eine Strafe dafür sein, daß dort nur Sozialdemokraten in die Versammlung entsandt werden? (Unruhe.) Leider widerstrebt man der Teilung mit Rücksicht auf die Geldfrage. Ein solches Verhalten ist lediglich Wasser auf die Mühle derjenigen Herren, welche, wie Herr Jwid und Herr Casfel, sich im Abgeordnetenhaus gegen das achtklassige System ausgesprochen haben; man wird damit bloß dem Ausgang vorarbeiten, daß die erste Klasse wieder beseitigt wird. Wir haben alle Veranlassung, vor der Deffenlichkeit zu konstatieren, daß solche Maßnahmen der Schulverwaltung nicht geeignet sind, das Ziel der guten Durchbildung der Gemeindefschüler erreichen zu helfen. (Beifall.)

Stadtschulrat Gerstenberg: Ich kann nur bedauern, daß der Vorredner sich zu der Kläuerung hat hinreichend lassen, daß im Südosten die Teilung der Klassen wegen der sozialdemokratischen Vertretung des Stadtteils nicht erfolgt. Herr Borgmann hat das Unglück, öfter mit Zahlen zu operieren, wo ein Druckfehler vorliegt. Das ist auch hier bezüglich der Nebenklassen der Fall. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) In den Oberklassen ist die Frequenz erfreulicherweise gesunken, dagegen wird ganz von selbst auch die Frequenz der siebenten Klasse sinken, nachdem in den achten das Maximum auf 65 herabgesetzt ist.

Stadtv. Casfel (N. L.): Für Druckfehler kann doch der Kollege Borgmann nichts; die Druckerlei sollte einmal vermehrt werden, denn neuerdings wimmeln unsere Druckfächer von Druckfehlern. (Zustimmung.) Auch ich möchte genauere Auskunft darüber, weshalb die Teilung von Klassen da erfolgt und dort nicht, wenn Herr Borgmann natürlich auch keinerlei Recht hat, hier politische Rücksichten zu vermuten. Was meine Gegnerschaft gegen das achtklassige System betrifft, so beschränke ich mich für jetzt auf die Entgegnung, daß Jwid und ich den Standpunkt der städtischen Schuldeputation vertreten haben, der von der Aufsichtsbehörde nicht geteilt worden ist.

Stadtschulrat Gerstenberg: In den letzten Jahren ist Herr Dr. Jwid beurlaubt gewesen und hat nur noch sporadisch das Inspektorat ausgeübt, auch an der Einführung des Lehrplans keinen Anteil gehabt; sein Urteil ist daher — seine großen Verdienste in allen Ehren — nur von theoretischer Wert.

Stadtv. Borgmann: Die Rektoren haben allerdings das Recht zur Teilung, aber nur unter Zurückgreifen auf die Pflichtenstunden, denn Mittel stehen nicht zur Verfügung. Hier soll die Verwaltung nicht knausern. Um alle diese Fragen einmal gründlich zu erörtern, beantragen Kollege Arons und ich, die Vorlage einem Ausschuss von 15 Personen zu überweisen. Für die Druckfehler kann ich wirklich nicht; da sollte der Schulrat für Abhilfe sorgen.

Stadtv. Casfel erklärt sich gegen den Antrag Arons-Borgmann, der ein positives Ergebnis doch nicht ergeben werde.

Der Antrag Arons-Borgmann wird abgelehnt, die Vorlage zur Kenntnis genommen.

Für die städtischen Grundstücke an der Gertrauden-, Scharren- und Breitenstraße, sowie am Petriplatz (Rest des königlichen Rathauses, der Kaiserstraße usw.) und Neue Friedrichstr. 18/19, Ecke der Brunnenstr., sollen Mindestverkaufspreise festgelegt werden, und zwar zunächst auf das Jahr 1. Juli 1905/06. Der Magistrat schlägt vor, unter Erlaß der ortstatutarischen Straßenanliegerbeiträge für das erste, eventuell auch in zwei Partellen zu verkaufende Grundstück 1000 M., für das andere 500 M. pro Quadratmeter festzusetzen.

Die Vorlage wird angenommen.

Professor Dr. Felix Liebermann und seine Frau Cécilie haben eine Stiftung von 100 000 M. der Stadt zugewendet, die zur Gewährung von Beihilfen behufs Gewinnung wirtschaftlicher Selbständigkeit bestimmt ist und von deren Zinsen 14—30 Jahre alten Personen Beträge von 250—1000 M. gezahlt werden sollen. Die Versammlung erklärt sich für die Annahme der Stiftung, die durch ein fünfgliedriges Kuratorium verwaltet werden soll, einbestanden.

In den Kinderheilstätten Söhnholz und Sadowa, die der Volksheilstätten-Verein vom Roten Kreuz während der Sommermonate unterhält, soll ein Repetitionsunterricht von täglich zwei Stunden veranstaltet werden, dessen Kosten mit insgesamt 600 M. in den Monaten Juli bis September d. J. die Stadt übernehmen soll.

Stadtv. Heimann (Soz.): Wir möchten bei dieser Gelegenheit die Aufmerksamkeit auf die seit einigen Jahren bestehende Einrichtung von Waldschulen richten. Ich habe in voriger Woche Gelegenheit genommen, die Charlottenburger Waldschule in Gemeinschaft mit den englischen Vertretern zu besichtigen, und bin ganz überrascht und verblüfft davon gewesen. Charlottenburg hat nahe Söhnholz ein solches Waldschulhaus für 120 schwächliche Kinder errichtet. Die Kinder werden von den Schulärzten ausgewählt und unterliegen ständiger ärztlicher Kontrolle. Der Unterricht wird von Gemeindefschullehrern und Lehrerinnen erteilt und umfaßt drei Stunden pro Tag. In jeder Klasse sind höchstens 20 Kinder und die Erfolge sind sehr erfreuliche. Auch körperlich dient der Aufenthalt in diesen Waldschulen den Kindern sehr zum Vorteil. Die Kosten für die Baracken werden teils von der Gemeinde, teils von dem Frauenverein zum Roten Kreuz, teils von den Eltern aufgebracht. (Vorsteher: Wollen Sie einen Antrag stellen?) Jawohl! (Vorsteher: Der ist nicht schriftlich eingegangen.) Die Gemeinde Charlottenburg hat mit dieser Waldschule etwas sehr Erfreuliches geleistet und einen vielversprechenden Weg betreten, den möglichst viele Gemeinden ebenfalls einschlagen sollten. Wir halten, obwohl in der Schulverwaltung nicht vertreten, diese Sache für so wichtig, daß wir geglaubt haben, sie hier öffentlich zur Sprache bringen zu sollen. Auch unseren schwächlichen Gemeindefschülern sollten die Vorteile solcher Waldschulen zugeführt werden; wir beantragen daher eine Resolution, in der der Magistrat ersucht werden soll, die Errichtung solcher Waldschulen für schwächliche Kinder in Erwägung zu ziehen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Der Vorsteher erklärt, diese Resolution nicht als Amendement zur Vorlage anerkennen zu können; der Antrag werde den geschäftsordnungsmäßigen Gang gehen und in der nächsten Sitzung zur Verhandlung kommen.

Stadtv. Heimann: Die Vorlage spricht doch von Kinderheilstätten; der Zusammenhang ist damit gegeben.

Vorsteher: Geht, deshalb soll der Antrag auch in der nächsten Sitzung verhandelt werden.

Stadtv. Casfel (N. L.): Aus der Vorlage ergibt sich ja, daß die Gemeinde Berlin schon sehr viel für diese schwächlichen Kinder tut. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) Es handelt sich

hier um Berliner Gemeindefschüler in einer ganzen Menge. (Vorsteher: Sie sprechen zur Sache, Sie dürfen aber nur zur Geschäftsordnung sprechen.) Nein, ich hatte mich nicht zur Geschäftsordnung gemeldet. (Große Heiterkeit.)

Die Vorlage wird angenommen; die Resolution kommt später zur Erörterung.

Die auf dem Schlachthof befindliche staatliche Anstalt zur Gewinnung von tierischem Impfstoff soll dort in einem Neubau untergebracht werden, dessen Kosten auf 58 000 M. veranschlagt sind. Das Gebäude wird vom Fiskus auf 20 Jahre für jährlich 4800 M. gemietet.

Die Versammlung stimmt zu.

Schluß der öffentlichen Sitzung gegen 8 Uhr.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Tariffbewegung und der Streik der Kürschner. Der sonderbare Arbeitgeberverband aus wohlhabenden Pelzwarenfabrikanten und von ihnen abhängigen Hausindustriellen ist am Dienstag tatsächlich zustande gekommen. In der Gründungsversammlung wurde, wie verlautet, der Antrag gestellt, sofort eine allgemeine Aussperrung vorzunehmen, fand jedoch keinen Anklang. Vielmehr scheint der neue Arbeitgeberverband zu friedlichen Vereinbarungen bereit zu sein, denn er lud die Vertreter der beiden Kürschnerverbände auf Donnerstag zu einer Besprechung ein. Die öffentliche Kürschnerversammlung, die am Mittwoch im Alten Schützenhaus tagte und wiederum zahlreich besucht war, erklärte sich durch Annahme einer Resolution bereit, der Einladung nachzukommen, und beauftragte die Vorstände beider Organisationen, je 5 Personen zur Besprechung zu entsenden. Diese Vertreter sind jedoch verpflichtet, die Verhandlungen auf Grund unserer Forderungen und der Resolution vom 11. Juni zu führen. Aus dem Situationsbericht der Resolution vom 11. Juni in der Versammlung gab, ging hervor, daß die Zahl der Firmen, die die Forderungen anerkannt haben, zur selben Zeit auf 25 gestiegen war. Im Laufe dieser Woche sind die Forderungen noch weiteren 40 Arbeitgebern zugefandt worden, so daß sie jetzt im ganzen 100 Arbeitgeber erhalten haben. 15 Inhaber gesperrter Firmen waren zu der Versammlung eingeladen, 5 von ihnen waren erschienen, hielten es jedoch trotz wiederholter Aufforderung nicht für nötig, ihre Meinung zu äußern. Einige Arbeitgeber haben zu einem ganz unverlässlichen Mittel gegriffen, um sich Arbeitstoffe zu sichern; sie haben ausländischen Arbeitern gedroht, sie durch die Polizei ausweisen zu lassen. Diese Handlungsweise wurde sowohl vom Referenten wie von Diskussionsrednern und durch einstimmige Annahme einer diesbezüglichen Resolution gebührend geißelt.

Als eine Wirkung der Gründung und der Agitation des Arbeitgeberverbandes erscheint der Umstand, daß zwei der Arbeitgeber, die bewilligt hatten, nur ihre Unterschrift zurückgezogen haben. Es sind das Rebel, Gütshierstr. 87, und Hans Franke, Kronenstr. 11. Herr Franke schreibt, er sei nach „näherer Beleuchtung“ zu der Ansicht gekommen, daß er die Forderungen, besonders den § 9, den Arbeitsnachweis betreffend, nicht gutheißen könne. Diese Erläuterung ist ihm offenbar durch den neuen Verband zuteil geworden. — In dem Vorstand dieses Arbeitgeberverbandes sitzen übrigens an erster Stelle die Millionäre Viktor und Artur Wolf und daneben der Innungs-Obermeister Lampe, ein Kleinmeister, der einen Gesellen und eine Kamell beschäftigt, und ferner ein kleiner Hausindustrieller, wie es sich für dieses Zwitterding eines Verbandes schickt, der die Fabrikanten sowohl wie ihre nächsten Arbeitnehmer, die Hausindustriellen, in schöner Eintracht umfassen soll. — In einem offiziellen Bericht von der Gründungsversammlung des Arbeitgeberverbandes heißt es über den Beschluß, mit dem Streikkomitee zu verhandeln, man sei allerdings von der Ergebnislosigkeit der Verhandlungen überzeugt, und es sollten „sodann mit aller Energie die Abwehrmaßnahmen durch Aussperrung der organisierten Arbeiter und Schutz der Arbeitswilligen“ getroffen werden. Man hat sich also offenbar alle Mühe gegeben, eine rechte Kriegsstimmung bei den Anwesenden zu erzeugen. Die Arbeiter lassen sich dadurch selbstverständlich nicht aus der Ruhe bringen.

Die Arbeiter der Taschenbranche (Sattler) verhandelten am Donnerstag mit den Arbeitgebern vor dem Einigungsamt wegen Abschluß eines neuen Tarifvertrages. Der bisherige Vertrag läuft am 30. Juni ab. Ueber die Bedingungen des neuen Vertrages konnten die Vertreter der Parteien in ihrer Kommission nicht einig werden, aus diesem Grunde hatte sich das Einigungsamt mit der Angelegenheit zu befassen. Der bisherige Vertrag setzte Durchschnittslöhne für die verschiedenen Arbeiterkategorien fest. Die Arbeiter fordern statt dessen — wie sie schon seit Jahren getan haben, jedoch ohne Erfolg — die Anerkennung von Mindestlöhnen. Die Fabrikanten wollen dagegen bei den Durchschnittslöhnen bleiben. — Ferner fordern die Arbeiter im Prinzip die Abschaffung der Akkordarbeit, für die etwa der vierde Teil aller in der Branche Beschäftigten in Frage kommt. Die Fabrikanten wollen dagegen hinsichtlich der Akkordarbeit völlig freie Hand haben, sie verlangen sogar, daß Akkordarbeit nicht verweigert werden darf, selbst da, wo sie für den betreffenden Arbeiter oder den betreffenden Artikel neu eingeführt wird.

Sichtlich der Frage, ob Durchschnitts- oder Mindestlohn, sind die Parteien in der Kommission bereits einig geworden, und zwar dahin, daß die Durchschnittslöhne beibehalten werden. Ebenso hat man sich über die Höhe derselben zum Teil geeinigt. Sie sollen betragen: für Kürschner im ersten Jahre nach der Lehrzeit 88 Pf. (bisher 85 Pf.), für Papstlerinnen 35 Pf., für Stepperrinnen 28 Pf. Hier bestand noch eine Differenz zwischen Arbeitern und Arbeitgebern. Die letzteren wollen nur den Mindestlohn-Papstlerinnen 35 Pf. betwilligen, während die Arbeiter den Lohn für alle Papstlerinnen fordern. — Einigkeit ist ferner erzielt worden über folgende Punkte: Die notwendige Arbeitszeit beträgt 63 Stunden. Bei Mangel an Arbeit soll die Arbeitszeit, ehe Entlassungen vorgenommen werden, auf täglich 7 Stunden verkürzt werden. Ueberstunden dürfen nur im Notfall gemacht werden und sind mit einem Aufschlag von 25 Proz. zu bezahlen.

Ueber den Stundenlohn der Taschengerhelfen konnte in der Kommission keine Einigkeit erzielt werden. Die Arbeiter fordern einen Durchschnittslohn von 52 Pf., und daß kein Taschner unter 47 Pf. eingestellt werden darf. — Die Arbeitgeber wollen nur einen Durchschnittslohn von 50 Pf. betwilligen, der in der Regel nicht unter 45 Pf. betragen soll. — Für alle Arbeiter und Arbeiterinnen wird eine Erhöhung der bisherigen Löhne um 5 Prozent gefordert (ursprünglich 7 1/2 Proz.). Die Fabrikanten wollen zwar eine Lohn-erhöhung von 5 Proz. betwilligen, jedoch nur denjenigen, welche den Durchschnittslohn nicht erreichen. Gegen diesen Vorbehalt wenden sich die Arbeiter aus dem Grunde, weil die Arbeitszeit um wöchentlich eine Stunde verkürzt wird, und die Arbeiter, welche den Zuschlag von 5 Proz. nicht erhalten, somit einen Ausfall gegenüber ihrem bisherigen Wochenlohn hätten.

Ein weiterer Differenzpunkt besteht über die Lehrlingsfrage. Die Arbeiter fordern, daß bei drei Gefässen nur ein Lehrling gehalten werden darf, während die Arbeitgeber auf zwei Gefässen einen Lehrling halten wollen.

Die hier angeführten Differenzpunkte bildeten den Gegenstand der Verhandlungen des Einigungsamtes. Dasselbe machte dazu nach mehrstündiger Beratung folgende Vorschläge: Der durchschnittliche Stundenlohn für Taschner beträgt 50 Pf., perfekte Papstlerinnen erhalten 35 Pf., Stepperrinnen 28 Pf. — Alle Arbeiter und Arbeiterinnen erhalten eine Lohnzulage von 5 Prozent. Soweit bei der Berechnung derselben eine Abminderung erforderlich ist, unterliegt dieselbe der freien Vereinbarung. Auf zwei Gefässen darf ein Lehrling gehalten werden. Günstigere als die angegebenen Lohn- und Arbeitsbedingungen dürfen nicht verschlechtert werden. Wo höhere Durchschnittslöhne als 50 Pf. bestehen, dürfen dieselben nicht gekürzt werden. Der Vertrag gilt bis zum 1. Juli 1908 und läuft ein Jahr weiter, wenn er nicht drei Monate vor Ablauf gekündigt wird.

Ueber die Affordarbeit enthält der vorgeschlagene Vertrag keine Bestimmung. Die Arbeitgeber wünschen jedoch, daß die Arbeiter eine protokolllarische Erklärung abgeben dahingehend, daß kein Arbeiter, der bereit ist, in Afford zu arbeiten, daran gehindert werden darf.

Es sei als Vertreter der Arbeiter bemerkt, daß diese Erklärung abgegeben werde unter der Bedingung, daß die Arbeitgeber sich bereit erklären, die von den Arbeitern aufgestellten, im Vertrage nicht aufgenommenen hygienischen Forderungen, soweit irgend möglich, zu erfüllen.

Die Vertreter der Arbeitgeber erklärten sich dazu bereit. Die beiderseitigen Vertreter stimmten den Vorschlägen des Einigungsamtes zu vorbehaltlich der Annahme derselben durch die Mitgliederversammlungen.

Achtung, Arbeiter und Bauhandwerker! Die Differenzen bei der Firma Haubentreiber, Hornborferstr. 20, sind durch Eingreifen des Vorstandes zugunsten der Kollegen beseitigt, indem sich Herr Haubentreiber verpflichtet hat, fortan den Tarif voll und ganz zu bezahlen. Der Vorstand der „Freien Vereinigung der Tapezierer“, Bureau Schützenstraße 18/19, Tel. I 1308.

Die Firma Meyer u. Co. ersucht um Aufnahme nachstehender Zeilen:

Es ist anzutreffend, daß unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Aufbesserung bedürfen: sowohl die Löhne wie die Arbeitszeit der Arbeiter und Mitarbeiter sind die günstigsten gegenüber gleichartigen Berliner Betrieben. Trotzdem erhalten die brauchbaren Leute fortgesetzt Aufbesserungen. Es ist unrichtig, daß von und Arbeiter ohne jeden Grund entlassen worden sind. Entlassungen wurden zwei Kutscher, welche uns Schaden zugefügt hatten. Es ist richtig, daß die Kutscher gemeinsam plötzlich, wohl angesichts des starken Betriebes infolge der großen Hitze, Lohnerbhöhungen verlangten, deren Bewilligung nicht weniger als jährlich 20 000 M. betragen würden. Die Kutscher warteten unseren Bescheid erst gar nicht ab, sondern kamen schon Sonnabend früh nicht zur Arbeit. Es ist also unrichtig, daß die Kutscher die Arbeit erst niederlegten, nachdem die Forderung der Kommission, die zwei entlassenen Kutscher wieder einzustellen, abgelehnt wurde. Eine Verhandlung mit den Vertretern des Verbandes wurde nur abgelehnt, weil der Chef verreist war. Nach dessen Rückkehr fand aber die Verhandlung statt. Es ist uns noch niemals eingefallen, irgend jemand zu entlassen, weil er zu den organisierten Arbeitern gehört, noch nie haben wir einen Arbeiter oder Kutscher, der bei uns Arbeit suchte, überhaupt darnach gekauert, ob er organisiert ist. Im Gegenteil ist dem Chef der Firma eine Organisation der Arbeiter sehr sympathisch aus sozialen Gründen, deren Darlegung hier allerdings zu weit führen würde. (Inzwischen ist ja die Differenz bei der Firma beigelegt und verhindert hoffentlich die dargelegten recht erfreulichen Grundzüge derselben Zwistigkeiten zwischen ihr und den Arbeitern, falls das Ansglück nicht will, daß bei beabsichtigten Verhandlungen der Herr Chef wieder — verreist ist und seine Sympathie für die Arbeiterorganisation mitgenommen hat. Red. d. „W.“)

Deutsches Reich.

In der Tischfabrik Kurt Winkler zu Finsterwalde sind seit 15. Mai 46 Holzarbeiter ausgeheert. Durch die Annoncen-Expedition von Haasenstein u. Vogler, Leipzig, werden Tischler, Polsterer und Drechsler gesucht. Den Bewerbern wird dann vom Industriellenverband Leipzig Stellung bei Winkler nachgewiesen. Winkler verlangt nun von den Bewerbern, daß sie sich auf zwei Jahre kontraktlich binden müssen. Das Gerücht, daß 40 Arbeiter bereits arbeiten, ist falsch. Es sind nur 23 ungelernete und 5 gelernte Arbeiter dort. Es kam nur jedem Bewerber derartige Stellen geraten werden, das Porto zu sparen und sich lieber beim Holzarbeiter-Verband um Stellung zu bemühen. — Die Lokalverwaltung des Holzarbeiter-Verbandes zu Finsterwalde bittet, auf derartige Annoncen zu achten und ihr diese zuzusenden.

Achtung, Nordmänner! Der Bezug nach Hamburg ist zu vermeiden. Heutmann versucht auf Geschöpftransportföhrde einen Lohnabsatz durchzuführen. Die Zentralkommission der Nordmänner. J. A.: Karl Schwedler.

Der Bierbojott in Rheinland-Westfalen beendet!

Ein Privattelegramm meldet uns: Köln, 29. Juni. Der rheinisch-westfälische Bierbojott ist durch einen Vergleich zwischen dem Verband der Brauereien und den Vertretern der Gewerkschaften heute beendet. Sofort werden 128 der entlassenen Brauer eingestellt; die übrigen werden der Reihe nach beim Freiwerden von Stellen aufgenommen.

Rusland.

Die Weber von Genf kämpfen um den Achtstundentag. Die Zahl der ausländischen Weber wird auf 4000 angegeben. Man befürchtet einen allgemeinen Ausstand, da die Weber beschloffen haben, überall die Arbeit niederzulegen, wo ihre Forderung, nämlich 60 Stunden Arbeitszeit in der Woche, nicht angenommen wird.

Der Kolonialrat.

trat gestern Vormittag 10 Uhr unter dem Vorsitz des Kolonialdirektors Dr. Stübel im großen Saale der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes zu seiner diesjährigen Sommer Sitzung zusammen.

In der Generaldiskussion zum Etat des südwestafrikanischen Schutzgebietes wird zunächst die Frage der Etatsmäßigkeit und der Pensionberechtigung der Schutzgebietsbeamten besprochen. An der Diskussion beteiligten sich die Herren Victor, S. H. Herzog Johann Albrecht, Berner, Staudinger, Simon und Hindorf. Der Vorsitzende führte aus, daß die Regelung, welche das Beamtenrecht der Schutzgebiete durch die dem Reichstag mit dem Etat für 1905 vorgelegten Denkschrift gefunden habe, einen großen Fortschritt gegen den früheren Zustand bedeute, indem künftig jedem kommissarischen Beamten die gleichen Wohlthaten wie den etatsmäßigen Beamten gewährt werden können. Was die Frage der Entsendung verheirateter Beamten anlangt, so werde die Wichtigkeit derselben von der Kolonialverwaltung voll anerkannt und es geschehe alles, um verheirateten Beamten entgegenzukommen.

Zu dem Etat für Deutsch-Südwestafrika im speziellen vertritt Konjul Wöhlen die Bestrebungen der Siedelungsgesellschaft für Südwestafrika, welche bisher ohne irgend welchen eigenen Nutzen (1), lediglich das Interesse des Schutzgebietes vertreten hätte. Diesen Ausführungen schließt sich Dr. Scharlach an, indem er ausführlich die Schwierigkeit einer Siedelungsgesellschaft an der Hand des Beispiels der Hanseatischen Siedelungsgesellschaft für Südbrasilien vorführt. Redner ist der Ansicht, daß Siedelung in Südwestafrika im großen nur im Anschluß an reichen Bergbau und dadurch hervorgerufene günstige Abfahrtsverhältnisse gute Resultate zeitigen könne, zumal die Ansprüche der Ansiedler an das Leben heutzutage im Verhältnis zu früheren Zeiten bedeutend gemindert seien. Der Vorsitzende verbreitete sich über die Absichten der Kolonialverwaltung auf dem Gebiete der Ansiedlung des Schutzgebietes. Was die Urteile über die Siedelungsgesellschaft anbelangt, so seien die Ergebnisse der Arbeiten der von dem Reichstag beschlossenen Kommission, die die Verhältnisse der Gesellschaften im Schutzgebiet prüfen solle, abzuwarten. Er könne diesem Ergebnisse nicht vorgreifen. Er müsse aber erklären, daß bisher der Verwaltung keinerlei Tatsachen bekannt geworden seien, die die Verhältnisse der Gesellschaften im Schutzgebiet prüfen solle, abzuwarten. Er könne diesem Ergebnisse nicht vorgreifen. Er müsse aber erklären, daß bisher der Verwaltung keinerlei Tatsachen bekannt geworden seien, die die gegen die Siedelungsgesellschaft gerichteten Angriffe als berechtigt erscheinen ließen.

In der Spezialdiskussion gab auf eine Anfrage des Geheimen Regierungsrats a. D. Simon der Vorsitzende Aufschluß über den Stand der Verkehrrmittel, Eisenbahnen und Landungsbeirichtungen im Schutzgebiet. Die Ansichten des Redners über die Wichtigkeit einer Erweiterung des Eisenbahnnetzes wurden von der Verwaltung geteilt. Entschliessungen fanden noch aus.

Bei der Beratung der weiteren Titel des Etats führten die Fragen der Entsendung von Geologen und Bergbeamten, die Fürsorge für Aufzucht und Verbesserung des Rindviehbestandes des Schutzgebietes und der großen Stauanlagen zu Debatte, an denen die Herren Staudinger, Schmeißer und Wöhlen teilnahmen. Vom Regierungsrat wurde Aufklärung über die beabsichtigte Einführung von Rindvieh aus Argentinien und Mexiko und die sonstigen auf Hebung der Viehzucht bezüglichen Maßnahmen gegeben.

In der Nachmittags-Sitzung gelangte vor Eintritt in die Tagesordnung ein Antrag des Dr. Scharlach zur Abstimmung:

„Der Kolonialrat sieht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß es eine Voraussetzung für die gesunde wirtschaftliche Entwicklung des Schutzgebietes für die nächste Zeit ist, daß die Ansiedler in Südwestafrika für die von ihnen nachgewiesenen Verluste durch die Eingeborenen-Auffstände voll entschädigt werden.“

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Bei der nunmehr erfolgenden Besprechung des Etats von Kamerun beantragte Dr. Scharlach bei der Regierung Maßregeln gegen den Raubbau auf Gummi; es müsse zu diesen heute der sogenannte Freihandel eingeschränkt und die Gummigeinnahme in einzelnen geschlossenen Gebieten unter Ausschluß der Konkurrenz stattfinden. In der Diskussion wurden Maßregeln gegen den Raubbau, soweit sie durchführbar und kontrollierbar sind, empfohlen, die Einschränkung des Freihandels aber nicht als wünschenswert bezeichnet. — Der Vorsitzende gibt hierauf Auskunft über die in Südamerica ausgebrochenen Anruhen, welche nur lokaler Natur sind und keinerlei Einfluß auf andere Gebiete des Schutzgebietes haben. Es handele sich hier um noch ununterschiedene Stämme, die mit Weissen bisher kaum in Berührung gekommen sind. Den Raubbau an Gummi nach Kräften zu verhindern, sei die Regierung fortgesetzt bemüht; ein Mittel, dies vollständig durchzuführen, sei jedoch noch nicht gefunden, wie dies auch das Beispiel der Nachbarcolonie beweise, es sei denn durch Gewährung von Monopolen, deren Einführung der Kolonialrat selber nicht wünsche.

In der Spezialdiskussion macht H. Staudinger den Vorschlag, speziell in Kamerun, an Stelle des Landverkaufs, das Pachtsystem treten zu lassen, wie sich dies in der holländischen Kolonien bewährt habe, unter genügender Berücksichtigung der Rechte der Eingeborenen.

Der Vorsitzende gibt zu, daß das System der Verpachtungen an sich dem System der Verkäufe vorzuziehen sei. Jedoch werde die Kolonialverwaltung, wenn sie vor die Wahl gestellt werde, entweder Land zu verkaufen oder auf die Investierung deutschen Kapitals zum Zwecke der kulturellen Erschließung des Landes zu verzichten, sich nicht wohl für die letzten Alternativen entscheiden können. Sie werde versuchen, das System der Verpachtungen künftig in Anwendung zu bringen.

Soziales.

Weidet die teure Privat-Stellenvermittlung. Eine dahingehende Belehrung war das Ergebnis eines Prozesses auf Lohnentschädigung, der die Kammer VI des Berliner Gewerbegerichts am 28. Juni beschäftigte. Der Kläger St. war dem Restaurateur Lange durch einen Privatvermittler vermittelt worden. Sein erst ausführendes Verhältnis (Kochstellen) war später zu einem „feinen“ geworden. St. mußte dem Vermittler für die „Festigkeit“ zehn Mark Gebühr zahlen. Die Freude dauerte indessen nicht gerade lange. Wegen eines Gastes kam es zum Konflikt, und so sah sich nun Herr Lange und sein ehemaliger Helfer auf dem Gewerbegericht als Prozeßparteien wieder. Der Beklagte machte Kündigungsansprüche geltend, indem er auf einer ihm vom Kläger gebrauchten Schein des Vermittlers verwies, der die Worte enthielt: „Zur Ausbülfe. Bei festem Engagement ohne Kündigung.“ — Der Vermittler erklärte dazu, die letzten Worte seien aus Versehen nur nicht ausgeprochen worden, der Zettel hätte nur die anfängliche Ausbülfe betreffen sollen. Und der Kläger betonte, für das feste Engagement hätte es eines anderen Zettels bedurft, den zu holen ihm nicht möglich gewesen sei. — Es stand fest, daß der Kläger den fraglichen Schein beim Antritt lediglich überreicht hatte. — Der Gerichtshof unter dem Vorsitz des Dr. Reumann verneinte die Berechtigung des Anspruchs des Klägers auf dreizehnstündige Lohnentschädigung wegen unberechtigter Entlassung. Das Gericht ging davon aus, daß hier ein Kündigungsaußschluß vorliege. Es wurde hierzu ausgeführt: Wenn der Arbeitnehmer mit dem Nachweiszeitel zum Arbeitgeber komme und zu dem im Zettel enthaltenen Notizen keine Angaben mache, und wenn andererseits der Arbeitgeber den Zettel ohne Widerspruch annehme, dann seien die Angaben des Zettels über die Arbeitsbedingungen verbindlich. Das treffe hier zu und würde auch zutreffen, wenn wirklich nur aus Versehen die Worte über den Kündigungsaußschluß nicht gestrichen wären. Wollte der Kläger es nicht gelten lassen, dann hätte er eben zum Arbeitgeber sagen müssen: Wenn auch die letzten Worte darauf stehen, so bin ich für den Fall, daß ich für fest da bleibe, doch nicht damit einverstanden. — Der Vorsitzende folgte noch unter Zustimmung mehrerer Beisitzer hinzu, er würde nie wieder 10 M. für eine Stellung bezahlen. Die Arbeitsvermittlung gehöre überhaupt nicht in die Hände Privater, die ein Gewerbe daraus machten, sondern in die der Beteiligten, am besten in Form paritätischer Arbeitsnachweise.

Das Proportionalssystem soll nach einer Vorlage des Magistrats in Halle für die Wahlen zum Gewerbegericht eingeführt werden.

Eine nützliche Institution zur Förderung des Arbeiterschutzes in Dänemark ist der „Arbeitsrat“, der aus drei Vertretern der Regierung, drei der Arbeiter- und drei der Arbeitgeberorganisationen besteht. Obgleich er nur eine ratgebende Institution ist, gibt er doch die Anregung zu mancherlei Verbesserungen des Schutzes von Leben und Gesundheit der Arbeiter der verschiedensten Berufe, wie wiederum der kürzlich erschienene Tätigkeitsbericht über das Geschäftsjahr 1904—1905 beweist. Besondere Aufmerksamkeit wurde der Einführung von Regulativen über die Einrichtung der Arbeitslokale, ihre Heizung, Ventilation usw. gewidmet. Ein derartiges Regulativ für die Tabakindustrie hat im verfloffenen Jahre die Bestätigung des Ministers des Innern bereits erhalten. Es enthält eine lange Reihe von Bestimmungen, die von großer sanitärer Bedeutung für die Arbeiter sind; über die Höhe der Arbeitslokale, den Luftstrom, der für jeden Arbeiter vorhanden sein soll, über die Einrichtung eines besonderen Speiseraums, über Reinigung, Lüftung usw. Ein ähnliches Regulativ für die Textilfabriken hat der Arbeitsrat dem Minister eingereicht und Regulative für die Eisengießereien, Maschinenfabriken, Schuhfabriken und lithographische Anstalten werden ausgearbeitet. — Verschiedenen Glasfabriken hat der Arbeitsrat die Weisung erteilt, ihre Kranenliften genauer als bisher zu führen, da in nächster Zeit darüber entschieden werden soll, ob in Zukunft noch unter 18 Jahre alte Personen in diesen Betrieben während der Zeit von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens arbeiten sollen. — Zweck Revision des Lehrlingsgesetzes hat der Arbeitsrat Gutachten der Zentralorganisationen der Arbeiter und der Arbeitgeber der Handlungsgewerben, wie der Handelsvereine eingeholt und er hat ferner die Arbeitsverhältnisse im Gastwirts-gewerbe untersucht und das Ministerium des Innern veranlaßt, Ausführungen über die Zahl der Restaurationen, Zahl und Geschlecht der Arbeiter und Angestellten, die Art der Entlohnung, die Arbeitszeit usw. herbeizuschaffen. Nach Abschluß dieser Untersuchungen plant der Rat die Einführung eines freien Tages pro Woche für die Gastwirtsgehilfen und Ausdehnung des Lehrlingsgesetzes auf die Kellnerlehrlinge.

Das revidierte Arbeiterinnengesetz des Kantons Basel, in dem der seit 1886 bestandene Achtstundentag durch den Zehnstundentag ersetzt worden, ist am 17. Juni von der Regierung in Kraft erklärt worden, nachdem dagegen von keiner Seite das Referendum ergriffen wurde. Damit besteht jetzt in den zwei Schweizer-Kantonen Basel und Jürich der gesetzliche Zehnstundentag für die gewerblichen Arbeiterinnen.

Städtische Wohnhäuser in Genf. Die Stadt Genf beabsichtigt den Bau von drei Arbeiterhäusern größeren Stils zum Kostenpreise von 310 000 Frank, welche Summe aus einem Millionen-Legat genommen werden soll. Die Rendite würde sich bei einem Mietpreise von durchschnittlich 100 Frank pro Raum auf 2,8 Proz. stellen.

Verfammlungen.

Vierter Wahlkreis (Südost). Ueber „Glaube und Vernunft“ hielt Reichstags-Abgeordneter Adolf Hoffmann am Dienstag einen Vortrag in der zahlreich besuchten Mitglieder-Verammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins, die bei Graumann in der Raunustraße stattfand. Großen Wert legte der Redner darauf, daß die Programmforderung „Erklärung der Religion zur Privatangelegenheit“ richtig verstanden und gewürdigt werde, daß man demgemäß die Religion nicht als eine Sache ansehen dürfe, über die man nicht reden solle, sondern sie vielmehr in ihrer Form als Staatsangelegenheit, als Staatskirchentum und dort, wo sie als Deckmantel für allerlei Schandthaten benützt werde, bekämpfen müsse. — An den Vortrag, der lebhaften Beifall fand, schloß sich eine ziemlich lange Diskussion, in der jedoch grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten nicht hervortraten. Genosse Lätzer machte darauf aufmerksam, daß, wer innerlich mit den Lehren der Kirche gebrochen habe, eigentlich auch moralisch verpflichtet sei, aus der Kirche auszuscheiden. — Der Referent, der selbstverständlich grundsätzlich mit dieser Forderung einverstanden ist, und dies den einzelnen zur Gewissenssache macht, wies demgegenüber auch auf solche Umstände hin, die es in einzelnen Fällen, z. B. bei Beamten, die ihre Stellung aufs Spiel würden, nicht ratsam erscheinen lassen, diesen Schritt zu tun. — Genosse Ratschke machte auf den Verein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter aufmerksam, der im Gegensatz zu den Zügelungsvereinen allgemein ausläurend und kulturfördernd wirke. — In seinem Schlussworte beantwortete der Referent noch einige Fragen, unter anderem über den Austritt aus der Landeskirche, und stärkte einige irrthümliche Auffassungen auf. — Der Vorsitzende machte auf das am 17. Juli stattfindende Sommerfest des Wahlvereins aufmerksam und forderte zu zahlreicher Beteiligung auf.

Der Bruderkrieg der Panzerschiffe.

Petersburg, 29. Juni. Hier verläutet, Vizeadmiral Krieger sei gestern abend mit vier Linien Schiffen von Sebastopol nach Odessa in See gegangen, wo sein Eintreffen für heute abend erwartet werde. Vizeadmiral Krieger hat Befehl, die Besatzung des „Anjacs Potemkin“ aufzufordern, sich zu ergeben und nötigenfalls das Schiff mit der meuternden Besatzung in Grund zu bohren und in Odessa die Ruhe wiederherzustellen.

Der Schrecken von Odessa.

Odessa, 29. Juni. (W. L. W.) Drei Schiffe der altrussischen Gesellschaft, welche im Hafen lagen, sind durch das Feuer vernichtet, die Gebäude der Hafenverwaltung und viele andere Gebäude sind niedergebrannt. Große Mengen ausgeladener am Quai lagernder Waren stehen in Flammen, viele Schiffe haben eiligst den Hafen verlassen. Die Feuerwehr wird am Löschen verhindert. Die Leiche des Matrosen Omelischuk ist von den Matrosen des „Anjacs Potemkin“ wieder an Bord des Schiffes zurückgebracht worden. Elf Offiziere, die von den Matrosen des „Anjacs Potemkin“ am Leben gelassen worden waren, sind heute an Land gesetzt worden. Eine Abteilung Matrosen hat sich unter Führung des Geistlichen des „Anjacs Potemkin“ zum Militärgouverneur begeben und diesen gebeten, den gestöhrten Matrosen Omelischuk beerdigen zu dürfen. Die Besatzung des Transportschiffes „Wecha“, das hier aus Nikolajew eingetroffen ist, hat sich dem Vernehmen nach, den meuternden Matrosen des Anjacs Potemkin angeschlossen und ihnen den Kapitän und die Offiziere des „Wecha“ übergeben. In der Stadt wird fortwährend geschossen. Das Militär schießt ins Publikum, das schrederfüllt flieht. Die Zahl der Getöhrten und Verwundeten soll sehr groß sein. Es verläutet, die in Odessa residierenden Konsuln hätten sich mit der Bitte an ihre Regierungen gewandt, Kriegsschiffe nach Odessa zu entsenden. Die Stadt ist in Besatzungszustand erklärt worden; morgen sollen keine Zeitungen erscheinen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Ausdehnung der Werftarbeiter-Ausperrung.

Bremen, 29. Juni. Die „Reyer-Zeitung“ schreibt: Der Bremer Vulkan in Begegnung hat heute nachmittags 8 Uhr seine Arbeiter mit Ausnahme derjenigen, die dem aus Western, Vorarbeitern und einigen nichtsozialdemokratischen Arbeitern zusammengesetzten Arbeiterbund angehören, entlassen, da die Differenzen der Hesseschmiede bei Seebeck und Zedlberg in Westermünde noch nicht beigelegt sind.

Der handende Säbel für freilebende Landarbeiter.

Hünfisch (Ungarn), 29. Juni. (W. L. W.) In der Ortschaft Hefos-Reg kam es zu einem Zusammenstoß zwischen 150 ausländischen Feldarbeitern und Gendarmen, letztere mußten (1) von der Waffe Gebrauch machen. Zwei Personen wurden schwer verletzt, von denen einer alsbald starb. 56 Arbeiter wurden verhaftet. Auf dem Gute des Erzherzogs Friedrich freiten 1000 Feldarbeiter.

London, 29. Juni. (W. L. W.) Unterhaus. Bei der Debatte über den Marineetat hob Edmund Holerston (liberal) das besonders hervor, daß England angesichts des Mißerfolges der russischen Flotte und angesichts des veränderten Standes der Seestreitkräfte der ganzen Welt seine Flottenpolitik einer nochmaligen Prüfung unterziehen solle. Er sprach die Hoffnung aus, daß die nächste Haager Konferenz die Abschaffung des Brauchs, auf See befindliches Privatigentum zu beschlagnahmen, zur Folge haben würde. Bretzmann (Parlamentssekretär der Admiralität) führte aus, daß die erhöhte Leistungsfähigkeit sich aus der Annahme des neuen Flottenprogramms ergeben würde und erklärte, daß es das Ziel der Admiralität sei, für eine hinreichende Menge von Schiffen zu sorgen, nicht nur zur Vernichtung des Feindes sondern auch zum Schutze des Handels in Kriegszeiten. Die Frage dieses Handelschutzes nähme die sorgfältigste Aufmerksamkeit der Admiralität in Anspruch. Er lehne es ab, Einzelheiten bezüglich der neuen Schlachtschiffe und Kreuzer zu geben, da es dem Staatsinteresse zuwider sein würde, diese Details zu veröffentlichen, denn es sei augenscheinlich, daß die Nation, die am besten im Stande sei, Entwürfe und Pläne der anderen konkurrierenden Mächte zu erhalten, einen Vorteil besitzen würde.

Zum Gewerkschaftskongress

äußert sich v. Elm im Juliheft der „Sozialistischen Monatshefte“.

Die Arbeiterbewegung hat sich in den letzten Jahren... (text continues)

Die ostentative Betonung der Einheit von Partei und Gewerkschaft... (text continues)

Welcher Grund lag nun eigentlich für den Gewerkschaftskongress vor... (text continues)

Der Kongress hält daher auch alle Versuche, durch die Propagierung... (text continues)

Auf dem Gewerkschaftskongress sprach ein Redner auch vom Sozialistengesetz... (text continues)

Und das alles sage ich, der ungefragt zu den Revisionisten... (text continues)

auch noch sein mögen, für die unerlässliche Vorbedingung zur Erhaltung... (text continues)

Über die Maifeier-Frage sagt v. Elm: Für die Arbeiterruhe am 1. Mai, als wirksamste Demonstration... (text continues)

Es ist ganz falsch, den Gewerkschaftsführern zu unterstellen, es sei lediglich die Sorge... (text continues)

Trotz alledem würde ich es jetzt, nachdem sich die Arbeiterruhe am 1. Mai... (text continues)

Nachdem sämtliche Anträge zur Maifeier zurückgezogen, überließ der Gewerkschaftskongress die Entscheidung dem nächsten internationalen Kongress... (text continues)

Über das Verhältnis von Partei und Gewerkschaften sagt v. Elm dann:

Die gewaltige Entwidlung der Gewerkschaften in den letzten zehn Jahren — in Köln waren circa 1 1/2 Millionen organisierter Arbeiter... (text continues)

Der Mord in der Wilhelmshavenerstraße.

Unter ungeheurem Andrang des Publikums begann heute vor dem Schwurgericht die Verhandlung gegen den Arbeiter Emil Tschirner... (text continues)

ermordet worden. Sie wohnte in einer an den Zigarrenladen anstoßenden, nur durch einen schmalen Korridor von ihm getrennten kleinen Stube... (text continues)

Emil Tschirner steht nunmehr unter der Anklage des Mordes und schweren Diebstahls im wiederholten Rückfalle vor den Geschworenen... (text continues)

Als Zeugen sind 86 Personen geladen, außerdem als medizinische Sachverständige die Medizinalräte Dr. Hoffmann und Dr. Leppmann... (text continues)

Der Vorsitzende beginnt nach Verlesung des Eröffnungsbeschlusses die Vernehmung des Angeklagten. Mit sehr leiser Stimme erklärt dieser auf Befragen des Vorsitzenden folgendes: Er sei am 28. Februar 1882 zu Landen in Schlesien als Sohn des Arbeiters Karl Tschirner geboren... (text continues)

Ich kannte die Frau Sinnig ebenso nur, wie ich viele andere Menschen kenne. — Vorl.: Sie haben doch Ihre Zigaretten bei der Frau E. gekauft? — Angell.: Ja, sowohl, ich war etwa 6, 7, 8 mal dort gewesen... (text continues)

zwei Beamte aufstauten, die ihn nach der Herkunft der Goldsachen ergründeten. Er gibt zu, daß er in der Verlesung zunächst nicht zureichende Angaben gemacht habe... (text continues)

gemacht haben? Aus welchem Grunde taten Sie dies? — Angell.: Ich war an jenem Tage in voller Verzweiflung, und wenn ich ein Messer gehabt hätte, dann weiß ich nicht, was ich getan hätte... (text continues)

* Vgl. meinen Artikel Organisationsfrage in den „Sozialistischen Monatsheften“, 1900, pag. 116 ff.

von Ihrer Schwester 20 M. erhalten haben, aus denen Sie alle die Ausgaben in jener Nacht gemacht haben? — Angell: Jawohl! — Vorl: Ihre Schwester bestreitet aber, Ihnen 20 M. gegeben zu haben. — Angell: Ganz gewiß hat sie sie mir gegeben. Sie hat dies wohl auch nur anständig bestritten. — Rechtsanwalt Dr. Schwindt: Es ist doch zu betonen, daß der Bruder des Angeklagten von gestohlenem Gelde ihm 60 M. abgegeben hatte und daß der Angeklagte von diesem Gelde 20 M. seiner Schwester gegeben hatte. Das Bestreiten der Schwester mag vielleicht darauf zurückzuführen sein, daß sie wußte, daß das Geld gestohlen war. — Staatsanwaltschaftsrat Bahz rechnet auf Grund der eigenen Angaben des Angeklagten dessen Gesamteinnahmen in der fraglichen Zeit zusammen. Wenn er tatsächlich jene 20 M. von seiner Schwester erhalten habe, so müßte er nach Abzug seiner sämtlichen Ausgaben noch 7,60 M. im Besitz haben. Bei seiner Festnahme wurden indessen nur einige Briefmarken bei ihm vorgefunden. Auffällig sei es ferner, daß der Angeklagte vor der Polizei die Zeit des Fundes jenes Pakets auf Donnerstag um 1/8 Uhr angegeben hatte, also eine Zeit, an welcher die Frau Sinnig noch lebte und nachweislich noch im Besitze der Schmuckstücke war. Erst als Thirner erfahren hatte, daß man die Zeit, in welcher der Mord geschehen ist, festgestellt hatte, änderte er seine Aussage und erklärte, er habe das Paket erst am Freitag nach 10 Uhr gefunden.

Sehr belästigt für den Angeklagten ist ein Kaffiber, den sein Bruder, mit dem er zusammen im Gefängnis war, an ihn geschickt hatte. Dieser Kaffiber, der leider nicht mehr anzufinden ist, sollte dem Angeklagten mitteilen, er brauche keine Angst haben, wenn er herauskomme, keine Arbeit zu finden, „er solle nur an die Witwe Sinnig denken.“

die habe ja viel Geld.“

Der Angeklagte bestreitet das Vorhandensein eines derartigen Kaffibers, da sein Bruder die Frau Sinnig gar nicht kenne.

Ueber den lokalen Befund nach Auffindung der Leiche erstatten die Kriminalkommissare Schnellrath, Vorberg, Kriminalwachmeister Riedel und Kriminalhauptmann Friedrich vernommen.

Das zum Morde benutzte Instrument ist nicht aufgefunden.

obgleich die eifrigsten Nachforschungen danach angestellt und auch alle unbauten Grundstücke der Nachbarschaft abgesehen worden sind. Nicht ermittelt wurde ein zweites vorhanden gewesenes Schlüsselbund mit dem Haus Schlüssel und einem anderen Schlüssel. Was den Haus Schlüssel zum Hause Wredowstr. 10 anbelangt, so hat sich ergeben, daß der Besitz desselben auf einen sehr harmlosen Grund zurückzuführen ist. Der Bruder der Ermordeten, Sargfabrikant Heinrich, hat auch eine Hausfuchung über sich ergehen lassen müssen. Diese hat nach am Tage der Auffindung der Leiche stattgefunden und Herr Heinrich, der schon längere Zeit in derselben Wohnung wohnt, völlig unbestraft und sich des besten Leumunds erfreut, hat sich ohne weiteres dazu bereit erklärt. Die Untersuchung bei ihm war eine sehr sorgfältige und eingehende, sie erstreckte sich auf die Auffindung etwaiger Blutspuren oder anderer mit der Mordtat in Verbindung zu bringender Verdachtsmomente, ist aber völlig negativ ausgefallen. — Nachdem der Zeuge Schlosser Bier ausgefragt, daß die Korridortür zur Wohnung der Ermordeten mit großer Leichtigkeit mittels eines Dietrichs zu öffnen war, richteten die Rechtsanwälte Dr. Schwindt und Krudt mehrere Fragen an die Kriminalbeamten, die sich auf den Verbleib des fehlenden Haus Schlüssels und der übrigen Schlüssel beziehen. — Bezüglich des aufgefundenen Zigarettenrestes

macht Staatsanwaltschaftsrat Bahz darauf aufmerksam, daß der Angeklagte ein ganz passivierter Zigarettenraucher sei und ziemlich teure Zigaretten zu rauchen pflegte, so daß die Auffindung des Zigarettenrestes vielleicht auch nicht ohne Bedeutung sei.

Die Sitzung wird hierauf geschlossen und die Verhandlung auf Freitag 9 1/2 Uhr vertagt. Nach der Sitzung fand unter Teilnahme sämtlicher Prozeßbeteiligten und des Angeklagten ein Lokaltermin am Tatorate statt.

In dem Mordprozeß Thirner fand gestern nachmittag um 1/4 Uhr ein Lokaltermin in der Wohnung der ermordeten Witwe Sinnig statt. Die sämtlichen Prozeßbeteiligten, das Richterkollegium, Staatsanwaltschaftsrat Bahz, die Geschworenen und der Verteidiger fanden sich vor dem Grundstück Wilhelmshavenstr. 67 ein. Nach einiger Zeit erschien auch der Angeklagte Thirner, von einem Gerichtsdienner und einem Schutzmann transportiert, in einer Droßkufe am Tatorate. Seitens des zuständigen Polizeireviere war ein größeres Aufgebot von Schutzleuten erforderlich, um die Neugierigen zurückzudrängen und die nötigen Absperungen vorzunehmen. In der Wohnung der Ermordeten herrschte eine furchtbare Unordnung, die teils von dem Täter, teils von der Kriminalpolizei bei der Nachforschung nach den Spuren des Mörders verursacht worden war. Kriminalkommissar Schnellrath hielt einen Vortrag über die Verhältnisse, wie sie bei der Auffindung der Leiche bestanden hatten. Aus dem Wohnzimmer begaben sich sämtliche Anwesenden in den Laden, in welchem die furchtbare Tat verübt wurde. Es ist ein kleiner, nur wenige Quadratmeter großer Raum, welcher durch ein hinten mit Wappe verhängenes Apositorium in den von der Kundschaft besetzten Laden und einen schmalen Raum getrennt wird, in welchem ein altes Sofa, ein Tisch, eine Nähmaschine und ein Küchenschrank stand. In diesem Raum hielt sich der Mörder nutmaßlich versteckt, bis Frau Sinnig von vorn den Laden betrat. Assistentarzt Dr. Artur Schulz wies an der Hand, der Schädelbede der Ermordeten nach, daß der erste wuchtige Schlag, den der Mörder getan hatte, um sein Opfer zu betäuben, anscheinend von hinten geführt war, als Frau Sinnig im Begriff war, die Jalouise herunterzulassen. Als die Frau infolge des Schlags hingestürzt sei, habe der Mörder auf die mit dem Gesicht nach oben liegende mit voller Wucht losgeschlagen. Trotz der furchtbaren Verletzungen — die Schädelbede war in der Mitte gesprungen und zeigte außerdem ein von einem besonders wuchtigen Schläge herrührendes großes Loch — ist das Blut nicht besonders umhergespritzt, so daß der Mörder vielleicht ebenfalls nicht viel mit Blut befleckt gewesen sein konnte. Einige Spritzer waren allerdings bis zu einem Regulator gelangt; ebenfalls war der im Laden hängende Kalender, der noch das Datum des Nordtages trug, mit einzelnen kleinen Blutflecken bedeckt. Die Leiche der Ermordeten wurde in einem schmalen Gang zwischen dem Ladentisch und der Wand aufgefunden. Der Kopf war mit einer schwarzen Mantille bedeckt. Das Gesicht lag nach unten, am Hinterkopfe wurden noch einige tiefe Wunden festgestellt, so daß der Mörder auch noch auf die bewußtlos am Boden liegende eingeschlagen haben mußte. Der Angeklagte Thirner hatte, immer noch an einer Hand gefesselt, den Vortrag des Kriminalkommissars Schnellrath und des Dr. Schulz wortlos angehört. Manchmal schien es, als ob er noch um eine Nuance blässer wurde. Es wurde ferner das Korridorloch besichtigt und festgestellt, daß es überaus leicht zu öffnen war. Schließlich wurde auch noch die Stelle vor dem Grundstück Wilhelmshavenstr. 72 besichtigt, wo Thirner das Paket mit den Goldstücken gefunden haben will. Früher hatte er als Fundstelle die Ecke Turmstraße bezeichnet, an welcher sich ein

Zigarettenrest von Loeser u. Wolf befindet. Hierauf wurde der Angeklagte wieder per Droßkufe nach dem Untersuchungsgefängnis geschafft.

Briefkasten der Redaktion.

A. A. A. Derartige chemische Verbindungen, Formeln und Berechnungen auf ihre Richtigkeit nachzuprüfen, das Ergebnis zeitweiligen und zu begründen, fehlt es uns leider an Zeit. — **H. H. 100.** 1. Rein. 2. Erstes und zweites B. in Folien; drittes B. Weissen. — **G. P. 75.** Hauptbüro oder Kurbuch. — **Dornfeld.** 1. Wir kennen leider das Gebührensche der Firma Krupp nicht. 2. 16 bis 17 Millionen Mark. Die viel Tausend die Kinder erhalten, ist uns verborgen geblieben. — **Streitfrage.** Pungen oder Dungen sind kleine Werkzeuge von Stahl in Form von Stäbchen, die auf die Fläche des Arbeitsstücks gesetzt, mit dem Hammer eingetrieben werden.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet 7 Uhr.

H. A. Reinebeck ist ein Schullinspektor berechtigt, die Beibringung der kirchlichen Taufbezeugungen für ein ungetauftes Kind zu verlangen oder gar unter Strafandrohung zu verlangen. Ist Ihnen solcher Fall passiert, so legen Sie Beschwerde ein und beantragen bei der Staatsanwaltschaft Bestrafung des Schullinspektors wegen Amtsmißbrauchs. Uebermitteln Sie außerdem eine urkundliche Nachweise für solches Vorgehen zwecks eventueller Veröffentlichung und Befreiung des Falles. — **Thomas 206.** 1. Ja. 2. Rein, es sei denn, daß nicht der Ehegatte oder die Ehefrau die Wohnung gemietet hat. 3. Rein. — **H. A.** Ein Oberst für eine Ehe zwischen einem Witwer und der Schwester seiner verstorbenen Frau besteht keineswegs. — **G. P. Rein.** — **Müller, Berlin.** 1. Ist eine Mietzeit nicht bestimmt, der Mietzins aber nach Wochen bemessen, so ist mangels anderer Abrede die Kündigung nur für den Schluss einer Kalenderwoche zulässig; sie hat spätestens am ersten Werktag der Woche zu erfolgen. 2. Ja. 3. Nur wenn ein Verzeichnis der Bemessung vorliegt, hat sie für dem Mieter gefohlene Gegenstände aufzulommen. — **Wittende.** Das Krankenlastengesetz schreibt Mindestleistungen vor und läßt Erweiterungen dieser Leistungen durch das Statut der Kasse zu. Das Nähere finden Sie S. 455 bis 463 des in den öffentlichen Bibliotheken ausliegenden „Arbeiterrechts“. Welche Leistungen eine bestimmte Kasse darbietet, ist nur aus dem Statut der betreffenden Kasse zu ersehen. Die Mindestleistung erstreckt sich in der Regel auf 26 Wochen. — **F. P. Weider.** — **Bestimmung.** 1. und 2. Durch Vermittlung oder durch Gewährung oder Verschaffung von Gelegenheit oder Ungehörigkeit ist strafbar, wenn Gemohnheitsmäßig oder Eigennutz vorliegt oder wenn die Handlung weder gemohnheitsmäßig noch aus Eigennutz betrieben ist, aber hinterlistige Kunstgriffe angewendet worden sind oder der Schuldige Vater, Mutter, Vormund, Erzieher, Lehrer, Geistlicher oder Person ist, mit der Ungehörigkeit getrieben ist. In Ihrem Falle scheint keine dieser Voraussetzungen zuzutreffen. 3. Das Gericht nimmt auf Grund freier Beweiswürdigung an, ob eine zu bemessende Lastzelle, z. B. Ehebruch, vorliegt. 4. Gibt Ihre Schwester dem Drängen nach, so hat die Ehefrau das Recht auf Entscheidung zu drängen und die Verletzung der Schwereit und des Ehmannes durchzusetzen. Auch wäre eine Ehescheidung zwischen den Ehepartnern nach dem Gesetz verboten. Es ist leider nicht selten, daß in der von Ihnen geschilderten Art Ehegatten Unverehelichte täuschen und dann fliehen lassen. — **Fr. W., H. 16.** Die Befähigung der Wohnung zwecks Verrentierung ist von der Rindbildung ab zu gestatten. Ist im Mietvertrage keine bestimmte Zeit festgelegt, in der die Befähigung stattzufinden hat, so ist eine angemessene Zeit zur Befähigung einzuräumen. Sagen Sie die Parteien über die Frage, welche Zeit angemessen ist, nicht, so hat auf Anrufen das Gericht zu entscheiden. Gerichtselig ist in Berlin die Zeit von 9 bis 6, aber auch die Zeit von 10 bis 1 und 3 bis 6 sowie Sonntags vormittags bis 1 Uhr als angemessen erachtet. Der Mieter muß dafür Sorge tragen, daß ein Zutritt zur Wohnung möglich ist. Verfügt er das Befähigungsrecht, so ist er dem Vermieter in vollem Umfang Schadenersatzpflichtig. — **W. S. 215.** Wichtig.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 30. Juni.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Neues Operntheater. Jung-Heidelberg.
Berliner. III.
Deutsches. Der Weigepflüster.
Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.)
Der Trompeter von Säckingen.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Radiisches Theater.) Hofgunst.
Westen. Die Liebeskugel.
Neues. Der Familientag.
Kleines. Die Reuermächten. —
Abschiedsoper.
Zentral. Alt-Heidelberg.
Zustielhaus. Ruch-Borch.
Carl Weis. Bahre Liebe.
Velle-Milance. Babame Top-Top.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Apollo. Ein Abend in einem amerikanischen Singel-Zangal. — Am
Hochzeitsabend. — Spezialitäten.
Metropol. Die Herren von Maxim.
Passage-Theater. Angelika Waller.
Jean Paul. — Spezialitäten. —
(Anfang 8 Uhr.)
Wintergarten. Spezialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Die deutsche Nordseeküste.
Invalidenstr. 57/62. Stern-
warte. Täglich geöffnet von 7
bis 11 Uhr.

Neues Theater.

Ensemble-Gesellschaft d. Lustspielhauses.
Sommerpreise.
Täglich:
Der Familientag.
Anfang 8 Uhr:
Kleines Theater
Anfang 8 Uhr.
Die Neuvermählten.
Hierauf: Abschiedssooper.
Sonnabend: Nachtsyl.
Sonntag: Des Pastors Risiko.
Montag: Nachtsyl.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Ill. Brunnenstr. 16.
Erster großer Premieren-Abend:
Genießet das Leben!
Anstaltungsposse mit Gesang von
Walter Gerde.
Musik von Alfred Sommerfeld.
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.

Fröbels Allerlei-Theater

(früher Bühmann)
Schubauer Allee Nr. 148.
Letzte Woche
der phänomenalen Juni-Aktationen.
Ashley x Claren x Paul jr. jr.
Arbeit schändet nicht.
Bolschak mit Gesang in drei Akten
von Heisingen.
Anf. 4 1/2 Uhr. Entree 30, Sperrsilb 50 Pf.

Urania, Taubenstr. 48/49.

8 Uhr:
Die deutsche Nordseeküste.

Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

P. CASTAN'S PANOPTICUM.

Friedrichstr. 165.
Kronprinz Wilhelm
Kronprinzessin Cecilie.
Neu! Roschdestwensky,
der russische Admiral.
Mlle. Vallée, d. 16jährige
armlose Palkünstlerin.

ZOOLOGISCHER GARTEN.

Täglich nachm. 5 Uhr:
**Militär-
Doppel-Konzert.**
Eintritt 1 M., ab 6 Uhr 50 Pf.
Kinder unt. 10 Jahren d. Hälfte.

Pomp.

Kurfürstendamm 153.
Gr. Vorstellung auf
der schwimmenden Bühne,
im See: Ballett, Chöre, Spezialitäten etc.
Zum Schluß: **Großes
Monster-Kunst-
Feuerwerk!**
Anfang: Konzert 7 Uhr, Ver-
stellung 8 1/2 Uhr. Eintritt 0,50 — 5 M.

WINTER GARTEN.

Harry Allister, Mimiker.
Damm Bros., komische Akrobaten.
Lucy Naron, französische Sängerin.
Alexandros, russische Tana- und
Gesangstruppe.
Mason u. Forbes, kom. Excentrics.
La belle Oterita, spanisch. Tänzerin.
A. W. Asra, Billard-Jongleur.
Philadelphia, Elefant und Affen.
Keno Welch Montrose, Akrobaten.
Mlle. Lo, lebende Bilder.
Die 4 Welsons, Turner.
Bogdani-Truppe, militärische Exer-
zition mit Gesang.
Biograph.

Neues kgl. Opern-Theater (Kroll).

Anfang 7 1/2 Uhr.
Freitag, den 30. Juni 1906:
Letzte Vorstellung des Wiener
Operetten-Ensembles.
Direktor **Heinrich Zeller.**
Jung-Heidelberg.
Sonnabend: Beginn der Opera-
saison. **Der Widerspenstigen Zäh-
mung.** Kom. Oper in 4 Akten von
Horn. Götz.

Apollo-Theater.

Das bestventilierterste Theater
Berlins!
Täglich 10—10 1/2 Uhr:
Gr. kühnster, ununterbrochener
Lacherfolg
Über die amerikanische Einlese
**Ein Abend in einem amerik.
Singel-Zangal.**
Dazu
Hochzeitsabend von Paul Linde und
die grandiosen Juni-Spezialitäten.

Metropol-Theater

Der größte Erfolg der Saison!
Zum 236. Male:

Die Herren von Maxim.

Große Ausstattungposse mit Ge-
sang und Ballett in 5 Bildern.
Anf. 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Bernhard Rose-Theater

Gefundbrunnen, Badstraße 58.
Täglich
Die Loreley.
Kühnster
das großartige Juni-Programm.
Marka Freya. || Paul Coradini.
Solfmann u. Puch x Leo Orenais
Hermann Wollner. Ballettensemble
Hartb. x Johnke-Compagnie.
Anfang 4 1/2 Uhr.
Entree 30 Pf., num. Platz 50 Pf.

Paul Schwarz'

Sommer-Theater,

Lichtenberg, Dorfstr. 25/26.
Täglich: **Konzert.**
Gr. Spezialitäten-Vorstellung.
Das großartige Juni-Programm.
Anfang 5 Uhr.
Jeden Mittwoch: **Elite-Tag.**

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Kronprinz-Oper.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Trompeter von Säckingen.
Romantische Oper in vier Akten von
Victor G. Rebler.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Gastspiel Heinrich Bötel.
Der Troubadour.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Oberon, König der Elfen.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Undine.

Passage-Theater.

Heute letzte Vorstellung.
Schluss der Saison!
Jean Paul
Grottesk-Komiker
und das glänzende Juni-Programm.

Max Kliems Sommer-Theater

Hasonheide 13—15.
Artifizielle Leitung: Paul Milbitz.
Täglich: **Gr. Konzert, Theater** und
Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Donnerstag: **Elite-Tag.**
Fernsprecher IV. 8891.
Max Kliem.

Carl Weiß-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132.
Lezte Aufführung:
Wahre Liebe.
Anfang 8 Uhr.
Sonnabend zum erstmalig: Leh-
manns Abenteuer auf dem russisch-
japanischen Kriegsschauplatz.
Im Sommergarten: Große
Spezialitäten, Theater und Konzert.
Anfang 5 Uhr. Entree 25 Pf.

Victoria-Brauerei

Lützowstr. 111/112.
Täglich:
**Horst's
Sänger.**
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

Etablissement Buggenhagen

Horitzplatz.
Täglich
im großen schattigen Garten:
Streich-Konzert.
Ricardo Muncz.
Bei unangünstigem Wetter im Saal.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.)

Freitag, abends 8 Uhr:
Hofgunst.
Lustspiel in 4 Akten von Thilo
v. Troitz.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Hofgunst.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Hofgunst.
Im Garten tägl.: **Gr. Militär-Konzert.**

Passage-Panopticum.

Der Mensch mit dem Vogelkopf.
Der Muskelmenich.
Aga
die schwebende Jungfrau.

Prater-Theater

Kastanien-Allee 7—9.
Täglich:
Zwischen Himmel und Erde.
Gr. romantisch. Ausstattungstuck.
Reue Dekorationen und Kostüme.
Eine schreckliche Nacht.
Große Pantomime der Gullano
Phoites Troupe.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Nummerierter Platz 50 Pf.

Schweizer-Garten.

Am Königstor. Am Friedrichshain.
Täglich
Theater-Vorstellung
◆ **Nene Spezialitäten.** ◆
Volksbelustigungen.
Zum Schluss:
Der Ballett-Dufl.
Große Besse mit Gesang in 2 Ab-
teilungen von S. Busse.

Ostbahn-Park.

Am Küstrinerplatz, Rüdigerdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater
und **Spezialitäten-
Vorstellung.**
Entree 15 Pf., wofür ein Glas Bier
berabreicht wird, also kein Entree.

Reichshallen.

Stettiner Sänger.
Zum Schluss, u. u. z.
Soldatenherzen
Militär-Ensemble von
Rygel.
Anf. 8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.

Otto Pritzkows

Abnormitäten-Ausstellung
Münster. 16.
Neu ? ? ? ? ? Neu
? Mne-Mno-Mni! ?
frei in der Luft liegende
? Türkin ?
Anatom. Rätsel. Med. Wunder.
Neu renoviert! Neu renoviert!

Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr:
Kyritz-Pyritz.
Sommerpreise.
Abendlich: Kyritz-Pyritz.

Ausfluglern

Spezial-Karten der Umgebung Berlins.

Bernau-Biesenthal, Rante-Niepnitz- und Wandlitz-See 1 M.
Aufom u. Umgebung mit angehängtem Führer 75 Pf.
Eberswalde und Umgegend 75 Pf. und 1 M.
Erfter und Umgegend 75 Pf.
Ferienwalde-Haltensee 75 Pf.
Ferienwalde, Briesen, Oderberg, Brodowin 1 M.
Friedrichshagen, Köpenick, Grünau, Schmüdowitz 75 Pf.
Grünwald und westliche Vororte, 2., 3., 5. u. 8-farbig 25, 50, 75 Pf. und 1 M.
Königs-Wusterhausen und Umgegend 5-farbig 1,50 M.
Nördliche Vororte, Spandau, Tegel etc. 1 M.
Potsdam und Umgegend 75 Pf.

umfassend das Gebiet von Berlin bis Lehmin nebst Stadtplan v. Potsdam 1 M.
Potsdam und Uckermark 1 M.
Hühnersdorf, Ralbe, Erfter, Waltersdorf, Jangschleuse, Berlin, See, Köpenick 75 Pf.
Spreevald mit praktischem Touristenführer 75 Pf.
Stausberg u. der Blumental 1 M.
Tegel und Umgegend 75 Pf.

Ferner empfehlen wir:
Wanderbuch für die Mark Brandenburg. 3 Bände. Zusammen 6,00 M.
I. Teil: Nördliche Umgebung Berlins, umfasst die Gegend von Potsdam, Spandau, Dransburg, Königs-Wusterhausen 1,50 M.
II. Teil: Westliche Hälfte der Umgebung Berlins bis Brandenburg a. H., Stendal, Tangermünde, Neu-Ruppin, Neu-Strelitz 2,00 M.
III. Teil: Ostliche Hälfte der Umgebung Berlins bis Eberswalde, Frankfurt a. O., Schwedt, Rätzin, Lübben, Spreewald, Müstau 2,50 M.
Diese Wanderbücher bieten prächtige Schilddruckungen der Mark, viele detaillierte Karten und Pläne und sind so dem Wanderer ein zuverlässiger Führer und Berater. 234/19*

Buchhandlung Vorwärts,
Berlin SW. 05,
Lindenstr. 69, Laden.

Hüte in allen Preislagen.
R. Weidner, Hutmacher,
Dresdenerstr. 100,
an der Prinzenstraße.

Partei-Expeditionen:

Berlin Zweiter Wahlkreis: Hermann Berner, Rittenwalderstraße 30, d. part. — **Dritter Wahlkreis:** St. Fritz, Brinzenstr. 31, Hof rechts part. — **Vierter Wahlkreis O.:** Robert Wengels, Kronfurter Allee 79. — **SO.:** Paul Böhm, Rauphorstplatz 14/15 (Laden). — **Fünfter Wahlkreis:** Leo Rucht, Reibitzstraße 42 (Laden). — **Sechster Wahlkreis (Moabit):** Karl Anders, Salzweiderstr. 8, im Laden. — **Wedding und Oranienburger Vorstadt:** Emil Stolkenburg, Wiesenstr. 41/42. — **Rosenthaler Vorstadt, Gesundbrunnen:** Hermann Raschke, Rügenstr. 24, vorn part. links. — **Schönhäuser Vorstadt:** Karl Marx, Kathanien-Allee 95/96. — **Alt-Glienicker:** Reinhold Schulz, Rudowstr. 72. — **Charlottenburg:** Gustav Schamberger, Selenbemerstr. 1, Ecke Goethestraße, vorn I. — **Deutsch-Wilmersdorf:** H. Ridel, Brandenburgischestr. 110, III r. — **Lichtenberg, Friedrichsfelde, Wilhelmsberg, Boxhagen, Stralau, und Rummelsburg:** Otto Seifert, O. 112, Kronprinzenstr. 50, I. — **Grünau:** H. Blüme, Viktorstr. 2. — **Rixdorf:** W. Heinrich, Prinz Handjersstraße 7, im Laden. — **Schmargendorf:** Gustav Kaminski, Gurostraße 2. — **Schöneberg:** Wilhelm Bäumer, Martin Lutherstr. 51, im Laden. — **Ober-Schöneberg:** Otto Rüniger, Deussstraße 4, II. — **Nieder-Schöneberg:** Bonatowski, Haffelwerderstr. 1d. — **Johannisthal:** A. Gammisch, Bismarckstr. 7. — **Adlershof:** H. Schmidt, Bismarckstr. 32, I. — **Königs-Wusterhausen:** H. Rie, Berlinerstr. 19. — **Köpenick:** Friedrich Boie, Grünstr. 29. — **Friedenau-Steglitz:** H. Bernice, Schloßstraße 115, Gartenhaus I, im Steg. Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz: H. Mohr, Duppelstraße 8, und Fr. Schellhase, Ahornstraße 15a. — **Narrendorf:** Hermann Reichardt, Chausseestraße 16. — **Baumschulenweg:** Stod, Ernststr. 2, II. — **Treptow:** H. Voigt, Eisenstr. 37, vorn III l. — **Neu-Weißensee:** H. Reske, Sebanstr. 53, part. — **Reinickendorf-West:** Emil Reuhoff, Eichbörnerstr. 54. — **Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz:** Schäfer, Brodowinstraße 108. — **Tegel, Borsigwalde, Dalldorf und Waldmannslust:** Paul Riehn, Borsigwalde, Schubarstr. 43. — **Pankow-Niederschönhausen:** G. Freiwaldt, Hornstr. 66. — **Eichwalde, Zeuthen, Miersdorf und Hanks Ablage:** Wilsons Gräß, Eichwalde, Kronprinzenstr. 82, I. — **Nowawes:** Wilhelm Jappe, Friedrichstraße 1. — **Spandau:** R. Dypen, Jagowstr. 9.

Außerdem ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. Auch werden Inserate für den „Vorwärts“ entgegengenommen. Bitte ausschneiden.

Schönwalde (Mark.)
Arbeiter-Gesangverein „Frisch auf“ zu Schönwalde.
Sonntag, den 9. Juli d. J., im Schulischen Lokale:
Erstes Stiftungsfest
wozu wir allen Arbeiter-Gesangvereinen von Berlin und der ganzen Umgebung ein freundschaftliches Willkommen entgegenrufen!
Festzug nachmittags 2 Uhr.
Das Festkomitee.

Arbeiter-Radfahrer-Verein Rixdorf
Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes Solidarität.
Ehung jeden Dienstag, abends 9 Uhr, bei H. Thiel, Bergstr. 151/152.
Gäste herzlich willkommen.
Am 9. Juli: Nach Treptow; von da ab Streikzüge durch die Mark. Start: früh 4 Uhr, Kollstrug.
Am 16. Juli: Nach Rüggebeim. Start: 1 Uhr, Vereinslokal.
Am 23. Juli findet unter Bezirksfest bei Jost, Treptow, statt. Start: nachmittags 2 Uhr pünktlich bei Thiel.
Am 30. Juli: Nach Strassberg, „Zum Rotenapfel“. Start: früh 8 Uhr, bei Thiel.
Am 6. August: Nach Schildhorn. Start: 1 Uhr, bei Thiel.
Der Vorstand.
19/7

Ausnahmepreis!
Reichgesteckte Portieren
abgepaßt
Die komplette Dekoration (best. aus 2 Flügeln u. 1 Querb.)
in Viktoriatuch 5²⁵ (Wert 8,50)
in Wollserge 5⁸⁵ (Wert 10,50)
in Plüsch 10⁵⁰ (Wert 16,00)
Eine Partie Wollportieren mit allerliebster Blumenkante per Schal 2 Mark.

Teppich-Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin Oranienstr. 158.
Nach auswärts per Nachnahme.
Pracht-Katalog ca. 600 Abbild.
gratis u. franko.
Extra billig!
div. Teppiche mit kleinen 3638L*
Webefehlern!

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.
Zweigverein Berlin. Sektion der Putzer.
Sonntag, den 2. Juli, vorm. 10^{1/2} Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Situationsbericht. 2. Inwieweit sind die Mitglieder verpflichtet, den Anordnungen des Vorstandes Folge zu leisten? 3. Verschiedene Verbandsangelegenheiten.
Um pünktliches Erscheinen ersucht
Die örtliche Verwaltung.
NB. Die Baupapierten ersuchen wir, bei der von heute ab erfolgenden Geld- und Listenablieferung die Verbandsbücher unserer Sektionsmitglieder zwecks Empfangnahme der Verbandsprotokolle, welche unentgeltlich verabfolgt werden, mitzubringen. [134/4] D. O.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin.
Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher Amt IV, 9679.
Arbeitsnachweis Zimmer 34, Amt IV, 3353.
Zur besonderen Beachtung!
Alle unsere Mitglieder, Vertrauensleute und Zahlstelleninhaber machen wir darauf aufmerksam, daß durch die Beschlüsse des Verbandstages vom 1. Juli dieses Jahres ab (27. Woche des Mitgliedsbuches) der wöchentliche Beitrag für männliche Mitglieder um 10 Pfennig und für weibliche um 5 Pfennig pro Woche erhöht wurde. Alle zur Verwaltungsstelle Berlin gehörigen Mitglieder haben sonach inkl. des Lokalaufschlages 60 resp. 25 Pfennig wöchentlichen Beitrag zu leisten. Das hierzu nötige Material gelangt jedenfalls vom 1. Juli ab zur Ausgabe, und ersuchen wir, die bisherigen Marken nicht über die 26. Woche hinaus zu benutzen.
Gleichzeitig ersuchen wir vom Sonntag, den 2. Juli, ab, so lange Beitragsmarken zu 60 resp. 25 Pf. nicht vorhanden sind, Renaufnahmen nicht zu vollziehen.
119/7

Verband der hausgewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
Sektion der Fahrstuhlarbeiter.
Sonntag, den 2. Juli, vormittags 10 Uhr, in den Insel-Beksteinen, Inselstraße 10, II:
Sektions-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Das Ergebnis der Verhandlungen mit den einzelnen Firmen und unsere weitere Stellungnahme. 2. Die Vertreter-Sitzung. 3. Verschiedenes.
Sektion der Dachdecker-Hilfsarbeiter.
Sonntag, den 2. Juli, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 3:
Sektions-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Die Antwort der Firma und unsere weitere Stellungnahme. 2. Die Vertreter-Sitzung. 3. Verschiedenes.
Die Mitglieder dieser Sektionen werden ersucht, zahlreich in den Versammlungen zu erscheinen.
Der Zweigvereins-Vorstand.
34/1

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Heute Freitag, abends 8^{1/2} Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:
Sitzung der Ortsverwaltung.
Zentralverband der Schmiede.
Zahlstelle Berlin.
Bureau: Stralauerstr. 48. Telefon: Amt I, 7770.
Montag, den 3. Juli 1905, abends 8^{1/2} Uhr, bei E. Keller, Koppentstraße Nr. 29:
Außerordentliche Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht vom Gewerkschaftskongress in Köln. Referent: Genosse Ernst Bräuner. 2. Die Aussparung in Bayern und an der Unterweser. 3. Anträge der Ortsverwaltung und der Mitglieder. 4. Verschiedenes. 176/19
Wir ersuchen um recht zahlreiche Beteiligung an dieser Versammlung und bitten wir namentlich die Bezirksführer, Hauskassierer und Vertrauensleute, für guten Besuch zu sorgen, da unter Punkt 3 einige sehr wichtige Anträge verhandelt werden. Datum nochmals:
Kollegen! Erscheint vollzählig in dieser wichtigen Versammlung! Rein Kollege darf fehlen! Gäste haben Zutritt.
Ferner ersuchen wir um Abholung der noch im Bureau befindlichen Mitgliedsbücher.
Sonntag, den 30. Juli 1905:

Dampferpartie nach Neuer Krug.
Alleits sind im Bureau, sowie bei den Bezirksführern und Hauskassierern zu haben. Rege Beteiligung erwartet
Mit Gruß
Die Ortsverwaltung. J. H.: W. Siering, O. 2, Stralauerstr. 48.
Landes-Ausstellungs-Park.
Neu erbaut: Festsäle, Café u. Konditorei, gedeckte Gartenhallen, Fontaine lumineuse.
Dejeuners von 2,50 Mark an bis 2 Uhr nachmittags.
Diners von 3 Mark, Soupers von 4 Mark an. 130/12L*
Täglich: Doppel-Konzert.
Illuminations-Abende großen Stiles.
Blitz=Schnell
kommt man mit der Hochbahn bei Weingarten, Gitschinerstr. 72, Station im Hause. Empfehlung:
1 Posten Monats-Anzüge, 1 Posten Monats-Paletots,
1 Posten Monats-Beinkleider zu staunend billigen Preisen,
auch für torpulenten Herren passend.
Dieselben sind von feiner Kavallerie und Weisenden, die nur einen Monat ihre Garderobe tragen. 29412*
Fahrgeld wird vergütet. Bitte auf Hausnummer zu achten.

Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein.
Mitglied des Bundes „Solidarität“.
Sonntag, den 2. Juli: Touren:
1. Abt. früh 7^{1/2} Uhr: Arnsdorf, Saarmund, mittags 2 Uhr: Teltow (Kaufh.). Start: Bismarckstr. 59.
2. Abt. früh 7 Uhr: Strausberg, mittags 1 Uhr: Friedrichshagen (Comrad). Start: Ucker- und Wäckerstrassen-Ecke.
3. Abt. früh 6 Uhr: Liebnitzsee, mittags 1 Uhr: Bernau (Elysiun). Start: Mariannenplatz.
4. Abt. früh 6 Uhr: Potsdam (Bitterfelder-garten), mittags 1 Uhr: Beetzhofer (Wilhelmshöhe). Start: Windroseplatz.
5. Abt. mittags 2 Uhr: Waldesruh, Tegel. Start: Elysiun.
6. Abt. früh 7 Uhr: Saarmund, mittags 2 Uhr: Saatwinkel. Start: Arkenaplatz.
7. Abt. mittags 1^{1/2} Uhr: Wannsee (Bayerischer Hof). Start: Weddingplatz.
8. Abt. früh 8 Uhr: Neu-Zittau, mittags 1 Uhr: Hirschgarten. Start: Kriminalgericht. 13/8
Heute Freitag 9 Uhr:
Fahrtzeit = Sitzung
zugleich mit der
Agitations-Kommission.

Arbeiter-Kette Tegel.
Radl.-Ver. 33
Sonabend, den 8. Juli, im Lokal des Herrn Jul. Klippenstein, „Tegeler Soeschlösschen“:
Gr. Sommernachts-Ball
bestehend in Konzert, Weigen-fahren, Kunstfahren von 2 Kindern und Ball.
früh 4 Uhr: Rundfahrt auf dem Tegeler See mit dem Salondampfer „Gackie“. Um zahlreichen Besuch bittet
27255 Das Komitee.

Während der Monate Juni-Juli bin ich nur Dienstags, Donnerstags und Sonnabends, nachm. von 3^{1/2} - 7^{1/2} zu sprechen.
Georg Hellmuth, Vertreter der Naturheil-, Petersburgerstr. 84, Post. I. Institut f. elektr. Lichttherapie. 35232*

Während der Monate Juni-Juli bin ich nur Dienstags, Donnerstags und Sonnabends, nachm. von 3^{1/2} - 7^{1/2} zu sprechen.
Georg Hellmuth, Vertreter der Naturheil-, Petersburgerstr. 84, Post. I. Institut f. elektr. Lichttherapie. 35232*

Unserem Freunde u. Genossen
Max Mäcker
rufen die Mitglieder der
Allg. Kranken- u. Sterbefälle
der Metallarbeiter (V. S. 29)
Filiale Berlin IV
bei seiner Waise ein herzlich
Lebewohl!
„Von den Rührmännern gelehrt,
warst Du gezwungen, Deine Vaterstadt
zu verlassen. Trotzdem und alledem
bist Du was Du warst und wirst sein
was Du bist.“ 119/9
Die Filialverwaltung:
J. H.: D. Schwabe, B. Zimmermann,
G. Fried.

Zentral-Verband d. Zimmerer Deutschlands
Zahlstelle Berlin u. Umgegend.
(Bezirk 10.)
Allen Kameraden zur Nachricht,
daß unser Mitglied
Heinrich Truks
verstorben ist.
Ihre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag nachmittags 4 Uhr von der
Banksstraße 47 aus statt. 255/3
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Zentral-Verband der Glas-arbeiter und Arbeiterinnen.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß der Glaschleifer
Heinrich Reimann
am 26. d. M. freiwillig aus dem
Leben schied.
Die Beerdigung findet am Frei-
tag, den 30. Juni, nachmittags
um 5 Uhr, von der Leichenhalle
am Rariendorfer Weg aus statt.
27465 Die Ortsverwaltung.

Allen Bekannten und Ver-
wandten die traurige Nachricht,
daß unser einziger, lieber Sohn
Max
im 18. Lebensjahre durch Er-
trinken aus dem Leben geschieden
ist. Dies geigen tiefbetruert an
Richard Muras,
Metallschleifer,
nebst Frau.
Die Beerdigung findet von der
Leichenhalle des Reuen Rixdorfer
Kirchhofes, Rariendorfer Weg, aus
am Freitag, den 30. Juni, nach-
mittags 5^{1/2} Uhr, statt. 27445

Am 27. Juni entschlief nach
kurzen schweren Leiden meine
liebe Frau, unsere Mutter und
Schwiegermutter
Luise Lisiecki
geb. Nicolaus 27415
im 47. Lebensjahre.
Dies zeigt tiefbetruert an
Der trauernde Gatte
Wilhelm Lisiecki nebst Kindern.
Die Beerdigung findet am
Sonabend, den 1. Juli, nachm.
2 Uhr, von der Leichenhalle des
Städtischen Friedhofes (Friedrichs-
felde) aus statt.

Dankfagung.
Sage hiermit den Kollegen des
Verbandes der Fabrik-, Land- und
Häufarbeiter und Arbeiterinnen
Deutschlands (Zahlstelle Köpenick) für
die rege Beteiligung bei der Be-
erdigung meiner imigstgeliebten Frau
meinen herzlichsten Dank. 36462
Der trauernde Gatte
Hermann Hildebrandt.

Prosit! Böhmisches Brauhaus.
BERLIN.

Empfehlen unser helles u. dunkles
Tafelbier:
Gambrinusbräu (Münchener)
Nepomukbräu (Pilsener)
Böhmisches Brauhaus NO.
Fass-Abteilung: Landsberger Allee 11/13. T. VII. 5088.
Flaschen- „ Frieden-Strasse 93. T. VII. 1670.
Unsre Original-Abzug-Flaschenbiere in fast allen
Kolonialwaren-Handlungen. 1732L*



Kinderwagen-Bazar „Baby“.

Größtes Spezialhaus

für 32742*
Kinderwagen u. Sportwagen.
Metallbettstellen
auch für Erwachsene.

Allerbilligste Kassapreise, auch bei größeren Ratenzahlungen.

1. Lager: Invalldenstr. 160, an der Brunnenstraße.
2. Brunnenstr. 92, an der Rügenstraße.
3. Reinekendorferstr. 20 Nummer acht.
4. Beusselstr. 18, an der Lärchenstraße.
5. Belle-Alliancestr. 107, am Halleschen Tor.
6. Tauentzienstr. 7a, an der Rindbergerstraße.
7. Oranienstr. 31, an der Walderstraße.
8. Frankfurterstr. 115, a. d. Hindenburgstraße.
9. Spandau, Havelstr. 20.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41, Spezialarzt für Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

300,- M.
 werden vom Parteinossen auf eine im August d. J. auszuhaltbare Erbenschaft (3000 M.) gegen gute Pfanden sofort zu leihen gesucht.
 Gefl. Offerten unter „R. G. 300“ Postamt 30 erbeten.

Greift zu!!! dem Besten
 Monats-Anzüge 8,50 M. an
 Abonnement-Anzüge . . . 9,50 „
 Partis-Anzüge, teils m. unmerk. Besizer, 10,50 „
 Reise-Anzüge 15, „
 Anzüge, Erbst. für Maß, 20, „
 Samungarn-Hosen oder Jacketts 8, „
 Getragene Kleidungsstücke von Herren, Damen, aus den feinsten Werkstätten Berlins, teils von Hoflieferanten, tollst. billig. 15/1
 Bitte **Zentral-Keller, Berlin,** 35 Neanderstr. 35, an der Köpenickerstr. 9 Minut. v. Stadtbahn Wannowbrücke

Augen auf!

Wir empfehlen:
 1 Posten getragene Herren-Paletots
 1 Posten getragene Herren-Anzüge
 1 Posten getragene Hosen
 1 Posten getragene Giletts u. Rockanzüge
 von den feinsten Herrschaften und Kavaliere. Nur kurze Zeit getragene Monatsachen spottbillig.
 Zugleich machen wir auf unsere Abteilung **neuer Garderobe** aufmerksam.
J. Wand, Herren u. Knaben-Garderoben
 Hauptgeschäft: Chausseestr. 60 a.
 2. Geschäft: Prinzenstr. 17, a. d. Wasserthorstr.
 3. Geschäft: Dr. Frankfurterstr. 115, a. d. Andreasstr.

Die weltbekannte Bettfedern-fabrik
 Gustav Löffel, Berlin, Prinzenstr. 46, verleiht gegen Kaution gegen neue Bettfedern d. Pfd. 30 Pf., bessere Halbkanen d. Pfd. 20 Pf., beste Halbkanen d. Pfd. 15 Pf., beste Kanen d. Pfd. 10 Pf. Das hiesige Zeugnis genügt 3 bis 4 Pfund zum großen Übertritt. Verpackung frei. Preis u. Proben gratis. Bitte Anfordernungsform.

Wohnung 3 1 Wohn. frei, 21 R., u. p. 1/10. 1 Wohn. II. Et., 36,50 M., d. Stad.

Hüte. Verkauf zu mäßigen, streng festen Preisen Schirme. Gegr. 1875

Max Kaplan

1 Friedrichstraße 1.

Maß-Anfertigung in allen Preislagen und bekannter Güte.

Sommer-Paletots, neueste Muster M. 15, 16, 18, 20, 24 usw.
 Sommer-Paletots, Seidenfutter, hervorragend M. 42
 elegante Ausföhrung
 Jackett-Anzüge in allen Farben, neueste Fassons M. 20, 21, 22, 50, 24, 25, 26 usw.

Entzückende Neuheiten in Knaben-Garderobe.

Leichte Sommer-Jacketts M. an. Krawatten. 30242*
 in Lustre, Alpaca usw. von .

Andreas-Garten Andreasstr. 26.
 Empfehle der geehrten Nachbarschaft, Freunden und Bekannten meine Lokalitäten zu Versammlungen und Festlichkeiten. Fremdenzimmer mit guten Betten, Garten, Regalbau. Bestgepflegte Biere, unter Mitwirkung von 60 Pf. an, Kalte und warme Speisen in bekannter Güte. Jeden Sonntag **Tanz** bei freiem Eintritt. 35012*
 Es ladet ergebenst ein **Franz Morkowski.**

Verlosungsartikel zu Landpartien, für Vereine etc. nur Reubellen, sowie Lampfons, Stocklaternen, Fackeln, Girlanden, Wimpeln, Fahnen, Schärpen, Scherzartikel, humoristische Kopfbedeckungen, Musikinstrumente, Radnachen, spottbillig im 185512*
Alte Jacobstr. 93, L. H. Gotthilf, Alte Jacobstr. 93, an der Seydelstraße.

Beelitzhof.
 Die Lokale „Wilhelmshöhe“ und „Kastanienwäldchen“
 Inhaber: Fritz Katorke
 sind sehr für die Arbeiterschaft frei! und sind zu Ausflügen bestens empfohlen. 33842*
 Weidenweg 12 frei kleine Wohnung. Der Verwalter.*

Kleine Anzeigen.

Jedes 5 Pfennig. Wort: 5 Das erste fettgedruckt Wort 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 2 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstraße 69 bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Fahrräder, Teilzahlungen. Invalldenstraße 148 (Eingang Bergstraße). Große Frankfurterstraße 55, Elsterstraße 40. 6098*

Steppdecken billigst **Hofstr. Große Frankfurterstraße 9, parterre.** 437*

Teppiche mit Farbenfäden **Hofstr. Große Frankfurterstraße 9, parterre.** 437*

Gardinenhand Große Frankfurterstraße 9, parterre. 437*

Wandfleischhand Weidenweg neunzehn (postb. Briefkastenverkauf, Gardinenverkauf, Teppichverkauf, Steppdecken, Aussteuerische, Regulatoren, Freischwinger, Tischdecken, Badetischdecken, verschiedene). 427*

Teppiche! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager **Drüben, Gadecher Markt 4, Bahnhofsstr. 25/1/19**

Küchinerplan 7 Handliche, billige Einkaufsquelle für Waren aller Art. 5708*

Gardinen, Teppiche, Tischdecken Steppdecken, Betten, Bettwäsche, Leibwäsche, Anzüge, Wandbretter, Tischdecken, Kissen, Ringe usw. spottbillig **Handliche Küchinerplan 7.** 5698*

Sofas, größte Auswahl, von 21 Mark an, direkt in der **Jadrit Hindenburgstraße 28.** 6088*

Monatsanzüge von 6,00 an, Sommerpaletts von 5,00 an, Hosen von 1,50 an, Gehrockanzüge von 12,00 an, Fracks von 2,50 an, auch für fortpulente Figuren. Neue Garderobe zu namend billigen Preisen, sowie aus Wollstoffen verfallene Sachen. **Koh. Pulverstr. 14.** 29706*

Abwechslungspumpen von 8,00, alle von 6,00 an, Sauger, Schlauche, Rohre billig. **Erdböcher** umsonst. **Weiß, Pumpenfabrik, Wasserstr. 8.**

Nähmaschinen ohne Anzahlung, vergibt noch bis 10,00, wer Teilzahlung Nähmachine kauft oder nachweist, **Woch 1,00.** Alle Systeme. **Vorfahrt. Borchert, Borchertstr. 50.**

Herrenanzüge, Ueberzieher, wenig getragene Monatsgarderobe von 6 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue, elegante, nicht abgegebene **Rohlfachen** kauft man am billigsten aus erster Quelle direkt nur beim **Schneidemeister Rätzsch, Rosenkalerstraße 15, III. Klein Sadan!** 252/4*

Orchesterion mit 2 Akkumulatoren ist umständlicher billig zu verkaufen. Preis 1000 Mark (Wert 2500 Mark). **Slangenberg, Köpenickerstraße 20a.** 6452*

Klavier, neues, verkauft billig **Koh. Rixdorf, Kaiser Friedrichstr. 244.** 5545

Kanarienhähne 3,50, Ausflügen, Tugend billiger. **Hedewitz, Bornholz, Schanzenstraße 34, Diergebäude.** 5998*

Kanarienhähne, Vorfänger, Selbststamm, verkauft Krebs, Köpenickerstraße 154a, 4 Treppen. 638*

Wastherhand!

Wastherhand! Zweifelhafte, waschbar 3,00. Geschlossene, waschbar 5,00. Waschapparat! Waschplättchen! Gashähne! Petrolumföcher, zweifelhafte 2,00. **Wohlfahrt, Wasserthorstr. 32.** 6318*

Junge Staats 1,00, sprechen, pfeifen lernend, **Oranienstraße 87.**

Nähmaschinen! Ringel, Adler, General-Bobbin, Orton, Wheeler und Wilson, Clafit, Säulen etc. Prima Qualität, Preise billigst. Für die Güte meiner Nähmaschinen sprechen Tausende meiner Kunden. Drei Jahre volle Garantie, bei Abzahlung kulanteste Bedingungen. **G. Hellmann, Goltzmannstraße 25, nahe der Landwehrstraße. Alte Maschinen nehme in Zahlung.** 4508*

Hochbornische Herrenhosen aus feinsten Rohstoffen 9-12 Mark. Verkauf Samabend und Sonntag. **Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21. Keine Füllalen.** 5438*

Violoncello, Reste, **Vinolenhand, Große Frankfurterstraße 45.**

Werde Bundesgenossen! Empfehle meine „Trene“-Fahrräder W. K. O. 110 Mark, „Vrennador“, „Santoro“ und „Welfthal“-Räder am Lager. **Deuten, Schlauche etc. sehr billig. Sammlerlisten von 1,75 Mark an. Einmalige Erziehung und Jubelstunde für Bundesgenossen extra billige Preise. Reparaturen sehr billig. Eigene Dreherei, Smalldreier und Vermittelungsanstalt. **Fahrradfabrik Triffland, Grüner Weg 33. Teilzahlung gestattet.** 730***

Möbelverkauf in meiner Möbel-Abteilung **Wasserstr. 8/81, nahe Spittelmarkt.** Infolge des großen Umzugs befinden sich am Lager viele zurückgelagerte und veraltete gute Möbel, die wie neu sind. **Reichardt, Vertigo 27,00, Ausziehtisch 16, Kücheltisch 16, Bettzimmer mit Federmatratze und Kissen 36, Tischchen 50, Patentstisch 25, ganze Einrichtungen billig. Transport frei.** 15/4

Zwei Paar viertelzuehend Damenhemden, **Deurenbenben 3,90.** Große Bettlaken 1,90, Bettbezug, zwei Kopfkissen 3,90, Handtücher, Tischdecken, Servietten, Normalwäsche spottbillig. **Wäscheausstattungs-Handel Adolf Salomonson, Dirschstr. 21 (Alexanderplatz).** 222/8

Parzellen, Quadratmeter 10 Mark, jeder Größe, im herrlichen **Reichenwerder, Nordbahn, 30 Pfennig, Wald, Wasser, nur kulant, nur bei Otto Soers, Pantow, Elisabethweg 10.**

Pianos, neu, auch, freuzfahlig 180,-, **Tummstr. 6, parterre.**

6,00 Vorkläger, **Selbststamm, Schloßplatz 2.** 15/9

Lebensmittel-Geschäft, alles gangbar, mit schöner Wohnung **Willy zu verkaufen**, **höhere Erlöse, Rixdorf, Schönweidestrasse 6.** 7120

Vorwagen, **Arbeiterklasse** verkauft billig **Wagner, Gräfenstr. 80, IV.** 7110

Gardinen, **invallden**, 35,00 Mark. **Laefer, Brunnenstraße 80.** 7195

Ringelischen, Bobbin, Schnell-

Ringelischen, Bobbin, Schnell-näher, ohne Anzahlung, **Woch 1,00**, gebrauchte **12,00**, **Köpenickerstr. 60/61, Große Frankfurterstraße 43, Franz-lauerstraße 69/70.**

Fahrrad - Gelegenheitskäufe, neue und gebrauchte, auch Teilzahlung. **Große Frankfurterstraße 14.** 437*

Schleimig Bettstellen, **Katzen, Tischchen, Küchenschalen, Wäsche, Schrank, Rohleisenschale** spottbillig **Grüntalerstraße 62, Keller.** 2722b

Tuchfabrik zu Herrenanzügen, **21, Peter, Markt 16** - an, neue, weiche, weiche, reines, weiche Stoffe, Gelegenheitskäufe, spottbillig. **Ludwig Engel, Drenzlauerstraße 23 II, Alexanderplatz.**

Holz, **Kohlengas** mit **Hölle** sofort veräußert - wegen **Uebernahme** **Restaurants, Voßstr. 38.**

Herrenanzüge, einmal benutzt, jeden Preis, **Schönhauser Allee 9, Duer-**gebäude II. 252/5

Gründergeschäfte, gutgehend, wegen **Krankheit** veräußert, **Reuer, Alexanderstr. 50.** 2727b

Schleimig veräußert **Wäsche, Tischchen, Küchenschale, Rohleisenschale** 20,00, **Schreibstisch** 12,00, **Rohleisenschale** 3,00, **Stoves, Gachinen, verschiedene, Annerstraße 39 II.**

Wegen Räumung einer großen Wohnung, **neue Zimmer**, **selten** **antike Möbel** spottbillig **verkauft** werden. **Köpenickerstraße 120 a, I.** 2734b

Doppelrollstuhl **wegen** Mangel an **Platz** zu verkaufen. **Sonntags** zu **erfragen** in **Köpenick** an der **langen Brücke** bei **Hinkelde, Dochtverleiher.**

Kinderwagen, Kinderbettstellen, Sportwagen, **gebrauchte, zurückge-**schickt, **spottbillig.** **Schneider, Kur-**fürstentrasse 172. 27296*

Chemische Waschanstalt, **Arbeiter-**klasse, **verkauft** 1500. **Vertrag** **Schulze, Joachimstraße 19.** 7123

Versteigerung 5,00, **reichtende** **Wäsche, nagele, elegante** **Wäsche, Tischchen, Küchenschale, Rohleisenschale** 43,00, **geschliffener** **Trumeau** 30,00, **verschiedene Möbel**, **Salonfrone** 15,00. **Landberger-**straße 42, **Personat.** 2733b

Fahrradrepaturen, Fahrrad-

Fahrradrepaturen, Fahrrad-zubehör, am **billigsten** **Große Frank-**furterstraße 14. 437*

Fahrradverleiher. **Winkler,** **Winkler, Dreifisch** **billig.** **Große Frankfurterstraße 14.** 437*

Reparaturgeschäfte **richtet** unter **günstigsten** **Bedingungen** ein **110** **Stangenberg, Berlin 80, Köpenicker-**straße 20a, **Vertreter** der **Tafel-**arbeiter-Gesellschaft **Hamburg.**

Dauerschulungen, **sehr** **billig.** **Spezialität: Landhausbau.** **Rau-**dich **Charlottenburg** 6054, **Kaiser** **Friedrichstraße 86.** 125*

Freie Scholle, **gemeinnützige** **Dau-**genossenschaft in **Waldmanns-**Regel **gibt** **Einmüllenshäuser** mit **35** **Quadrat-**metern **Land** von **25** **Mark** **Monat** an **in** **Erbschaft.** 5829*

Parcigenosse **sucht** **Darleben,** **50** **Mark**, **gute** **Häuser** und **Sicher-**heit. **Geduldige** **Offerten** unter **„Schnell 50“** **Postamt 34.** 437

Kanarienvogel **kauft**, **Preisangabe,** **Schlößplatz 2, II.** 15/8

Herrenfahrrad, **Damenfahrrad,** **billigste**, **gebrauchtes**, **kauft** **Große Frankfurterstraße 14, Kämmerer.** **Preisangabe.** 437*

Möbliertes Schlafzimmer, ein ober zwei Herren, Naviannen-

Möbliertes Schlafzimmer, ein ober zwei Herren, Naviannen-straße 53, II links. 410

Schlafstellen.
Möblierte **Schlafstelle** (**Bord-**zimmer) zu **vermieten** **Dresdener-**straße 58, III rechts. 2421b
Schlafstelle, **möblierte**, **1** **oder** **2** **Herren.** **Rixdorf, Saalestraße 4, IV rechts.** 4120*
Schlafstelle zu **vermieten** für **Herren.** **Grüner Weg 83, vorn III, Buchholz.** 437
Möblierte **Schlafstelle** **vermietet** **Reim, Krautstraße 3, II.** 2732b
Möblierte **Schlafstelle** **ist** zu **ver-**mieten. **Georg, Rantzenstraße 76, Hof IV.** 2724b
Möblierte **Schlafstelle**, **separater** **Eingang.** **Dresdenerstraße 24, III, Langf.** 2725b

Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Münder **Stuhlbesetzer** **bittet** um **Arbeit.** **Stühle** **werden** **abgeholt** und **zurückgeliefert.** **H. Wäber, Pulver-**straße 27. 14685

Stellenangebote.
Saisonartikel. **Kleiderverleiher!** **Händler, auch Frauen, verlangt!** **Ottomann, Schönhauserallee 141.**
Spachter, **schäftigen**, **welcher** **Ko-**lonne **füßt**, **verlangt** **Tornau, Velle-**mannstraße 71. 496
Selbstverleiher und **Platzgen-**haber **verlangt** **Birkenstraße 56.** 473
Tüchtigen **Rahmenmacher** **verlangt** **Stallweidestrasse 10.** 2742b
Fahrradschlosser **verlangt** **Herrn** **Schulze, Köpenick, Bahnhofsstr. 12.**
Tüchtige **Wärterinnen** und **Kas-**sen **verlangt** **Wilhelmstraße 129.**
Plätterer **auf** **einige** **Tage** **in** **der** **Woge** **verlangt** **Naviannenplatz 11, Wegg.** 410*

Im Arbeitsmarkt durch **besonderen** **Druck** **hervorgehobene** **Anzeigen** **kosten** **40** **Pf. pro** **Zeile.**

5 Plätterinnen
 für **geschützte**, **geräumige** **Damen-**garderobe **gesucht.**
Färber **Waisensee,**
Langhansstr. 4.
 4120*

Maurer!
Rehere **nachweislich** **tüchtige** **Kräfte,** **Stunde** **60** **M.,** **werden** **verlangt**
von **Witzner, Witznerstr.,**
Paulsdorfer, Ecke **Schweidnitzerstr.**

Achtung, Holzarbeiter!

Achtung, Holzarbeiter!
Einsetzer!
 Der **Hau** **Zimmermann** **in** **Wit-**dorf, **Am** **Reichstr. 64,** **ist** **geperrt,** **da** **er** **die** **Firma** **Rühl** **und** **Emil** **Schneider** **welcher,** **den** **bisher** **ge-**zahlten **Lohn** **einbehält.**

Jalousie-Arbeiter.
 Die **Kollegen** **der** **Firma** **Wol-**ff **Reimer** **beziehen** **sich** **im** **Streit** **Zugung** **ist** **fernzuhalten.**
 Da **bei** **mehreren** **Firmen** **noch** **Differenzen** **bestehen,** **biten** **wir,** **sich** **an** **den** **Reuten** **etc.** **die** **blanc** **ge-**stempelte **Arbeits** **Kontrollkarte** **gelten** **zu** **lassen,** **nur** **diese** **ist** **gültig.** **Andersfarbige** **Karten** **sind** **zu** **ver-**meiden. 83/5

Achtung, Kürschner!
 Folgende **Firmen** **haben** **ihre** **For-**derungen **nicht** **anerkannt** **und** **sind** **den** **Beisitzern** **geperrt:**
B. Wankner, Oberwallstraße 7.
H. u. Salomon, Hausvogelplatz 12.
D. Leuch, Hausvogelplatz 13.
Eisner u. Weigl, Kurstr. 15.
Vofa u. Co., Kurstr. 32.
H. Waagen, Ecke **Oranienplatz.**
Rayer u. Co., Kommandantenstraße
Nr. 76/78.
Hermann Engel, Landbergerstr. 87.
Geisler u. Kramer, Grünstr. 16.
W. W. Reimke, Neue Friedrichstr. 9/10.
Freilich u. Co., Oranienburgerstr. 2.
Wolffstein u. Sohn, Alexanderstr. 22.
Wagner u. Co., Nollstr. 11.
H. Landberger, Niedermühlstr. 10.
Ungang, Invalidenstr. 13.
Wogauer, Dragonerstr. 12.
Kollmann, Reichenstr. 9.
G. Eipel, Schillerstr. 12.
B. Schmidt, Brunnenstr. 154.
Dorning, Sebaltsenstr. 64.
Alle **Anfragen** **betreffs** **des** **Streits** **und** **an** **unser** **gemein-**sames **Streitbureau, Mendels-**johnstraße 9, **zu** **richten.** **102/17***
 Der **Verstand** **des** **Deutschen** **Kürschner-Verbandes** **(Zahlstelle Berlin).**
 Der **Verstand** **des** **Verbandes** **der** **Kürschner** **Berlins** **und** **Umgegend.**

Teppichweber!
 Der **Zug** **nach** **der** **Teppichweber** **von** **Reibitz, Trepow, Köppler** **Landstraße 29/30, ist** **fernzuhalten,** **da** **die** **doztigen** **Arbeiter** **und** **Arbeits-**innen **sich** **im** **Streit** **beziehen.** **197/11*** **Die** **Streitleitung.**

Stukkateure.
 Durch **Anerkennung** **unseres** **Lohn** **ist** **die** **Schere** **der** **Firma** **Carow** **u. Co.** **als** **erledigt** **zu** **betrachten.** **Arbeitsvertrag** **Berlin** **des** **Zentral-Verbandes** **der** **Stukkateure** **Deutschlands.**

Aus der Partei.

Ein Landes-Arbeiterssekretariat für Anhalt soll auf der Grundlage eingerichtet werden, das ein „Verein Arbeiterssekretariat“ gebildet wird, dem die Gewerkschaften korporativ als Mitglieder beitreten, dem aber auch Einzelmitglieder beitreten können. Der Jahresbeitrag ist auf 60 Pf. bemessen. Der sozialdemokratische Verein verpflichtet sich zur Deckung eines etwaigen Fehlbetrages.

Ein sozialdemokratischer Wahlverein wurde in Jänickendorf bei Lützenwalde gebildet. Es traten sofort 30 Mitglieder ein.

Die Parteigenossen Elsch-Lothringens sind im Begriffe, sich zu einer Landesorganisation zusammenzuschließen, die in drei Bezirksvereine — Straßburg, Mülhausen, Metz — gegliedert ist. Der Entwurf zum Organisationsstatut, das demnächst nach Berücksichtigung etwaiger Einwendungen der Parteigenossen von der dazu eingesetzten Kommission endgültig beschlossen werden soll, wird in den dortigen Parteiblättern veröffentlicht. Wir geben einige der wesentlichsten Bestimmungen des Entwurfes wieder:

§ 3. Der Sozialdemokratische Bezirksverein . . . bildet in den einzelnen Reichstags-Wahlkreisen Filialen, an deren Spitze jeweils ein Kreiskomitee steht. Die Filialen sind berechtigt, Mitgliedschaften zu bilden, an deren Spitze jeweils ein Agitationskomitee steht.

§ 5. Der Beitrag beläuft sich auf 20 Pfennig pro Monat. Er wird von dem Agitationskomitee, wo eine Mitgliedschaft vorhanden ist, erhoben. Bei dem Agitationskomitee verbleiben 3 Pfennig pro Mitglied, während 17 Pfennig pro Mitglied bei den Abrechnungen an das Kreiskomitee abgeliefert werden, bei dem von je 17 Pfennig 5 verbleiben, während 5 an den Vorstand, 2 an den Kassierer der sozialdemokratischen Partei Elsch-Lothringens und 5 an den Kassierer der sozialdemokratischen Partei Deutschlands abgeliefert werden.

Ist eine Filiale nicht in Mitgliedschaften eingeteilt, so verbleiben 8 Pfennig pro Mitglied bei dem Kreiskomitee.

§ 6. Außer dem in § 4 vorgesehenen Eintrittsgeld (20 Pf.) und dem in § 5 Absatz 1 angegebenen Beitrage sind die Mitgliedschaften und die Filialen berechtigt, Zuschläge für die Bedürfnisse der Mitgliedschaft bezw. der Filiale zu erheben.

§ 14. Zur Teilnahme an der Generalversammlung sind berechtigt:

- a) die Delegierten der Mitgliedschaften. Die Zahl der Delegierten, auf die jeder Ort Anspruch hat, bestimmt sich in der Weise, daß auf je 25 Mitglieder ein Delegierter kommt, wobei jede begonnene 25 der vollen gleichzusetzen ist;
 - b) je ein Delegierter der Kreiskomitees;
 - c) die Mitglieder des Vorstandes und die Revisoren;
 - d) die in den zum Verein gehörigen Wahlkreisen gewählten sozialdemokratischen Reichstags- und Landesauschuh-Abgeordneten;
 - e) mit Zustimmung des jeweils zuständigen Kreiskomitees die in den zum Verein gehörigen Wahlkreisen aufgestellten sozialdemokratischen Reichstagskandidaten;
 - f) mit beratender Stimme und mit Zustimmung der jeweils zuständigen Mitgliedschaft bezw. der Filiale die in die Bezirks- und Gemeindepardamente gewählten Mitglieder des Vereins.
- Die Kosten für die Teilnahme an der Generalversammlung tragen die Mitgliedschaften für die unter a) und f), die Filialen für die unter b) und c) und der Verein für die unter d) und e) aufgeführten Teilnehmer.

Der Zusammenschluß dieser drei Bezirksvereine wird dann geregelt durch das Statut „der sozialdemokratischen Partei Elsch-Lothringens“, worin unter anderem bestimmt ist:

§ 1. Die Sozialdemokratischen Bezirksvereine Straßburg, Mülhausen und Metz treten jeweils gemeinsamer Tätigkeit in Gehalt der sozialdemokratischen Partei Elsch-Lothringens in Verbindung.

§ 2. An der Spitze der Partei steht der Landesvorstand, der aus einem Vorsitzenden, einem Schriftführer, einem Kassierer und vier Beisitzern besteht. Der Landesvorstand hat seinen Sitz am Vorort.

Der Vorsitzende, der Schriftführer und der Kassierer bilden den geschäftsführenden Ausschuss. Sie sind Mitglieder desjenigen Bezirksvereins, dem jeweils der Vorort zugehört. Die Beisitzer werden je zur Hälfte aus den beiden anderen Bezirksvereinen entnommen.

§ 3. Zur Teilnahme am Landesparteitag sind berechtigt:

- a) die Delegierten der Mitgliedschaften. Die Zahl der Delegierten, auf die jede Mitgliedschaft Anspruch hat, bestimmt sich in der Weise, daß auf je fünfzig Mitglieder ein Delegierter kommt, wobei jede begonnene Fünftel der vollen gleichzusetzen ist;
 - b) je drei Delegierte der Vorstände;
 - c) je ein Delegierter der Kreiskomitees;
 - d) die Mitglieder des Landesvorstandes und die Revisoren;
 - e) die in Elsch-Lothringens gewählten sozialdemokratischen Reichstags- und Landesauschuh-Abgeordneten;
 - f) mit beratender Stimme und mit Zustimmung der jeweils zuständigen Mitgliedschaft bezw. der Filiale die in die Bezirks- und Gemeindepardamente gewählten Mitglieder der Partei.
- Die Kosten für die Teilnahme am Landesparteitag tragen die Mitgliedschaften für die unter a) und f), die Filialen für die unter c), die Bezirksvereine für die unter b) und die Partei für die unter d) und e) aufgeführten Teilnehmer.

§ 10. Parteiorgane der Sozialdemokratischen Partei Elsch-Lothringens sind die „Freie Presse“ in Straßburg, die „Mülhauser Volkszeitung“ in Mülhausen und die „Saarwacht“ in St. Johann.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei Schwedens hat, wie der kürzlich erschienene Jahresbericht von 1904 zeigt, im vorigen Jahre einen starken Zuwachs erhalten. Die Zahl der Arbeiterkommunen, der lokalen Kartelle, die den Grundstock der Partei bilden, ist von 95 mit 761 Vereinen und 54 552 Mitglieder, auf 112 mit 804 Vereinen und 64 885 Mitgliedern gestiegen, also in dem einen Jahre ein Gewinn von 10 288 Mitgliedern. Die Arbeiterkommune von Stockholm zählte am Jahresabschluss 20 233 Mitglieder, die von Malmö 9131, Göteborg 4786, Eslöv 2898, Helsingborg 2049, Lund 1861, Landskrona 1401. Die Einnahmen der Partei beliefen sich auf 87 779,52 Kr., die Ausgaben auf 87 178,46 Kr. Der Kassenbestand betrug am Jahresabschluss 51 622,64 Kr. Der Broschürenverlag der Partei ist durch die Herausgabe folgender neuer Werke vergrößert worden: „Der sozialistische Zukunftsstaat“, „Die Landarbeiter und der Sozialismus“, „Nieder mit dem Karpfgeley!“ (Zwangsgesetz gegen die Gewerkschaftsbewegung), „Sozialdemokratische Sühneten“ und „Ferdinand Lassalle“. Im Jahre 1904 wurden im ganzen 69 574 Broschüren und Blätter abgesetzt, im Jahre 1903 nur 37 704. Auch hieran zeigt sich der mächtige Fortschritt der Partei und der sozialdemokratischen Idee.

Die Differenzen im „Avanti“ waren in einer Sitzung des Parteivorstandes beraten und zur Entscheidung gebracht. Das Ergebnis der Verhandlungen war die Annahme folgender Resolution:

Der Parteivorstand stellt fest, daß, währenddem die Ueberwachung der politischen Richtung des Zentralorgans der Parteileitung zusteht, die Anstellung des Personals in der Redaktion Sache der Direktion (des Chefredakteurs) ist.

Deshalb war die Einmischung der Parteileitung in die gegenwärtige Krise innerhalb der Redaktion nur deswegen und inwieweit berechtigt, als die politische Seite der Frage in Betracht kommt.

Die Parteileitung konstatiert, daß die Redakteure ihre Demission gegeben haben, weil sie mit der politischen Richtung des Chefredakteurs nicht einverstanden waren; sie konstatiert ferner, daß die Redakteure von seiten des Chefs zur Demission nicht veranlaßt worden sind; nimmt Kenntnis von der Erklärung des Direktors, daß er die Redaktion des Zentralorgans auch ferner nach den in

Bologna vorgezeichneten Richtlinien weiter führen werde und spricht die Hoffnung aus, daß die ausgetretenen Redakteure sich der Direktion des „Avanti“ wieder zur Verfügung stellen, bis es ihr möglich sein wird, ihre definitive WiederEinstellung zu bewirken.
Der Wiedereintritt einiger der früheren Redaktionsmitglieder in den „Avanti“ ist wahrscheinlich.

Partei-Angelegenheiten.

Spandau. Dienstag, den 4. Juli. Jahlabend in sämtlichen Stadtbezirken. Die Mitglieder wollen sich überall vollständig einfinden. Der Vorstand des Wahlvereins.

Halsensee-Wilmersdorf. Sonnabendabend 8 1/2 Uhr wird Genossin Feys in einer nach Koleyts, Westfälischestraße 60, einberufenen Versammlung über das Parteiprogramm einen Vortrag halten. Die Genossen aller Bezirke sind hierzu eingeladen.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten, die die letzte vor den Sommerferien war, standen Schulfragen im Vordergrund der Verhandlungen.

Am die vom Magistrat zur Kenntnisnahme vorgelegte Uebersicht über die gegenwärtige Gemeinde schulsfrequenz knüpfte Genosse Borgmann eine Reihe kritischer Bemerkungen, die den Stadtschulrat Gerstenberg und den Stadtverordneten Cassel auf den Plan riefen. Der Herr Stadtschulrat feierte diesmal denselben Triumph, der ihm schon bei früheren Gelegenheiten dieser Art zuteil geworden war. Borgmann hatte die noch immer viel zu hohe Frequenz einzelner Klassen und ganzer Klassenstufen bemängelt, aber für einen der angeführten Fälle konnte Herr Gerstenberg ihm erwidern, daß sei ein Druckfehler. Unsere Parteigenossen quittierten mit schallendem Gelächter. Selbst Herr Cassel mußte zugeben, daß es schlimm genug ist, wenn eine so wichtige Vorlage Druckfehler enthält und ein Magistratsvertreter sich dann damit entschuldigt. Cassel war durch eine Bemerkung Borgmanns über das Achtklassensystem, für das dieser Wortführer der Stadtverordneten-Mehrheit bekanntermaßen gar nicht schwärmt, animiert worden, sich an der Debatte zu beteiligen. Vorläufig will er sich noch nicht befehlen lassen, doch will er warten, ob die Zukunft bessere Erfolge bringt. Mit Recht erwiderte ihm Borgmann, je mehr man die Frequenz der unteren Klassen ermäßige, desto zahlreicher würden die Kinder nach regelrechter Verteilung in die oberen und obersten Klassen gelangen. Eine eingehende Erörterung all der Fragen, die in der Debatte angeschnitten wurden, wäre möglich gewesen in einem Ausschuss, wie die sozialdemokratische Fraktion ihn beantragte. Aber Herrn Cassels Gefolgsschaft von der äußersten Rechten, die sich „Freie Fraktion“ nennt, bis zur „Neuen Linken“ stimmte dagegen, und der Antrag fiel.

Einen ähnlichen Ausgang, aber allerdings zunächst nur aus anderen Gründen, hatte die Debatte über eine Magistratsvorlage, die für die Kindererholungsstätten vom „Roten Kreuz“ eine Geldunterstützung beantragt, damit an Ort und Stelle die Kinder auch unterrichtet werden können. Genosse Heimann lenkte hier in dankenswerter Weise die Aufmerksamkeit auf die Charlottenburger Waldschule, die den dort untergebrachten schwächlichen Kindern zu großem Segen gereicht, und empfahl die Annahme einer von der sozialdemokratischen Fraktion beantragten Resolution, die den Magistrat ersucht, die Errichtung solcher Waldschulen von Gemeinde wegen auch für Berlin in Erwägung zu ziehen. Der Vorsteher Langerhans fand, daß das kein Amendement sei, also auf die Tagesordnung erst der nächsten Sitzung gesetzt werden dürfe. Das wird denn auch geschehen, aber natürlich erst nach den Ferien. In einer rechten Debatte über die Waldschulfrage kam es noch nicht. Nur Herr Sachs erklärte kurz und grob, die Stadt Berlin tue schon gerade genug für schwächliche Kinder. Sollte das die Ansicht der Mehrheit sein? Die Geldunterstützung wurde bewilligt; was aus der Resolution wird, muß abgewartet werden.

Sozialdemokratische Verbrecher.

Der Prozeß gegen Redakteur Kunert in Halle hat bekanntlich mit der Verurteilung des sozialdemokratischen Abgeordneten, der schon mehrfach, auch wegen Eigentumsvergehens vorbestraft ist, zu drei Monaten Gefängnis geendet.

So schreibt das Stöckerche „Reich“ und andere staats-erhaltende Blätter werden gleichfalls nicht müde, die Schande, die auf Soldaten der deutschen Chinatruppe lastet, dadurch zu bemänteln, daß sie ostentativ darauf hinweisen, daß man es in Kunert mit einem Subjekt zu tun habe, das der Kunst der Langfinger angehört. Selbstverständlich soll die Hervorkehrung dieser Tatsache auch ein Schlaglicht auf die Immoralität der Sozialdemokratie und der von ihr verhehten Volksschichten werfen, die sich nicht entblöden, einen wegen Eigentumsvergehens bestrafte Menschen mit dem höchsten Ehrenamte zu betrauen, ihn als Befehlgeber in den Reichstag zu senden.

Unsere Aufgabe soll es hier sein, beileibe nicht die Bestrafung unseres Kollegen Kunert abzuleugnen, sondern unseren verehrten Gegnern neues Tatsachenmaterial zu seiner Charakteristik zu liefern. Wir wollen gleich mit der Tir ins Haus fallen und rühmend hervorheben, daß Kunert nicht allein wegen Eigentumsvergehens, sondern auch bereits wegen Unzuchtvergehens verurteilt worden ist. Wer also bisher noch Gnade vor Recht ergehen ließ und zugab, daß die Sozialdemokratie gemäß dem Grundsatz, daß Eigentum Diebstahl ist, über das Wein und Dein sich frivoll hinwegsetze, aber in bezug auf Geschlechtsmoral am Ende nicht schlechter sei als das Bürgertum, der kann jetzt seine Siebensachen zusammenpacken und tut zu seiner eigenen Sicherheit gut, die Kotte völlig preiszugeben.

Wie kam Kunert zu diesen Verurteilungen? Du lieber Himmel, es ist seit langem Brauch in der deutschen Rechtsprechung, Sozialdemokraten nicht nur auf Grund derjenigen Gesetzesparagrafen ins Gefängnis zu bringen, die sich gegen politische Vergehen kehren, sondern das Gesetz in einer Weise, wie es der Befehlgeber nie für möglich gehalten hätte, so zu benutzen, daß sie auch wegen gemeiner Vergehen verdonnert werden können. Fast tagtäglich kommt es vor, daß Arbeiter, die an Ehrenhaftigkeit denen, die sie verurteilen,

nicht im mindesten nachstehen, in Streitprozessen unter Benützung des Expressionsparagrafen ins Gefängnis gebracht werden. Wir wissen, was bürgerliche Richter unter Benützung des groben Unzuchtparagrafen alles gegen Sozialdemokraten angerichtet haben; wir wissen, daß brave Männer in Sozialistenprozessen sogar wegen Meinendes ins Zuchthaus geschickt worden sind; wir erinnern auch an die Opfer des Döbtauer Prozesses.

Auf ganz derselben Höhe der Rechtsprechung, die solche Taten vollbracht hat, stehen auch die gegen Kunert gefällten Urteilsprüche.

Um schon 1892 trotz der Nichtöffentlichkeit des kriegsgerichtlichen Verfahrens authentische Auszüge und Abschriften von kriegsgerichtlichen Urteilen publizieren zu können, teils durch die Presse, teils im Reichstage, nahm Kunert derartiges altentundiges Material von einem Kanzleischreiber in Empfang. Es geschah das auf Wunsch einer Anzahl von Militärstrafgefangenen, die dabei auf eine Ermäßigung ihrer Strafreit und eine Milderung ihrer äußerst schwierigen Lage im Gefängnis hofften. In dem Irrtum, daß die Papierbogen, worauf die in Betracht kommenden Tatsachen mitgeteilt waren, keinen Wert hätten, hat Kunert diese Bogen im Werte von einigen Pfennigen nach der Veröffentlichung vernichten lassen. Hätte er sie nach erfolgter Benützung der Kanzlei wieder zugesandt, so hätte selbst ein bürgerliches Gericht nicht zu einer Verurteilung kommen können; so aber brachte die Strafkammer in Breslau es fertig, nachdem der Staatsanwalt die ursprüngliche Anlage wegen Anstiftung zum Diebstahl fallen gelassen hatte, Kunert wegen Unterschlagung zu 6 Monaten Gefängnis zu verurteilen. Indem Kunert sich die Kanzleimaterialien aneignete, ja sie zu vernichten anordnete, beging er — immer nach Ansicht des verurteilenden Gerichts — eine Unterschlagung!

Diese am 19. September 1893 erfolgte Verurteilung, an deren Möglichkeit vorher niemand geglaubt hatte, erregte ungeheures Aufsehen und begonnene selbst in bürgerlichen Kreisen allseitigem Kopfschütteln.

Auf ähnlicher Höhe steht Kunerts Bestrafung wegen Unzuchtvergehens. Ein Gerichtsassessor hatte in einem hiesigen Blatt eine Wohnungsanzeige folgenden Inhalts einlassen:

Möbliertes Zimmer, am liebsten bei einer jungen Witwe, zum jeweiligen, vorübergehenden kurzen Aufenthalt von einem Gerichtsassessor auf sofort gesucht.

Der „Vorwärts“ hatte am 14. November 1895 diese Annonce abgedruckt und hinzugefügt: „Den Gerichtsassessor möchten wir einmal in einem Kuppelprozeß agieren sehen!“

Kun er hob die Staatsanwaltschafts-Anklage, beileibe nicht gegen den etwa aufgespürten Gerichtsassessor, der doch ziemlich deutlich sich der Verteilung zur Kuppel schuldig gemacht hatte. Nein, es wurde Anklage erhoben gegen Kunert, der damals verantwortlicher Redakteur des „Vorwärts“ war, Anklage erhoben wegen — Unzuchtvergehens, das im Abdruck der Annonce des Gerichtsassessors enthalten sei. Und das Schöffengericht verurteilte auch ruhig den Redakteur wegen Vergehens gegen den Unzuchtparagrafen zu 30 W. Geldstrafe. Selbst ein nationalliberales Blatt, die „Straßb. Post“, schrieb damals, daß nichts zersetzender wirken könne, als solche gerichtlichen Urteile. Daß die Berufungsinstantz später auf Freisprechung erlante, ändert nichts an der Charakteristik der politischen Rechtsprechung in deutschen Landen.

Wir haben diese Erinnerungen ausgekratzt nicht um die staats-erhaltende Presse zu belehren. Wer verleumden will, und das ist vornehmster Grundsatz im antisozialdemokratischen Ordnungstempel, der läßt sich in seinem Vorhaben nicht irre machen, wenn man ihm die Wahrheit vorhält. Wir haben aber ist es unsere Pflicht, bei dieser Gelegenheit der breitesten Öffentlichkeit zu zeigen, daß es nicht die Sozialdemokraten sind, die sich der erwähnten Verurteilungen zu schämen haben.

Ein Gedenktag für Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung ist der heutige 30. Juni. Vor 40 Jahren, am 30. Juni 1865, wurde in dem jetzigen Berlinischen Rathaus, das damals noch im Bau war, die erste Magistratsitzung abgehalten und heute findet die 2000. Sitzung des Magistrats an derselben Stelle statt. Dieser Tag ist durch eine große Gedenktafel am Rathaus verewigt worden. Die Tafel hat folgenden Wortlaut: „Die erste Sitzung des Magistrats ward in diesem Rathaus abgehalten am 30. Juni 1865.“ Bis dahin hatte der Magistrat seine Sitzungen im Köllnischen Rathaus am Fischmarkt abgehalten.

Der Automatenstrolach auf den Bahnhöfen. Eine förmliche „Groschenfalle“ bildeten, wie ein Richterblätter schreibt, gestern die auf dem Stadtbahnhof Tiergarten aufgestellten Automaten. Der Fahrkartensautomat für Fahrkarten II. Klasse gab nach Einwurf von 30 Pfennigen weder die Karte, noch die restlichen 5 Pfennig, in einigen Fällen nur die Karte ohne den Rest wieder. Der Groschenfahrkartensautomat mußte erst gehörig geschüttelt werden, ehe er den Gegenwert für die hineingeworfenen 10 Pfennig herausgab, und der Warenautomat hatte als dritter im Bunde auch seine Tücken und schluckte in vielen Fällen die erhaltenen Beihpfennigstücke ohne Gegenleistung. Da die Heringefallen meist Eile hatten, verzichteten sie, nachdem sie nutzlos ihr Geld geopfert, auf eine Beschwerde. Wandten sie sich aber an einen Bahnbeamten, wurde ihnen achselzuckend erwidert, daß sei Sache eines besonderen Beamten, bezw. des Vertreters der Automaten-Gesellschaft. Das schönste dabei ist, daß sich niemand veranlaßt sah, die Fahrgäste vor der Benützung der nicht funktionierenden Automaten zu warnen und deshalb einer nach dem andern hereinfiel, da es geraume Zeit dauerte, bis Abhilfe geschaffen wurde.

Es ist eine leere Nebenart, eine Ungehörigkeit, wenn die Bahnbeamten in solchen Fällen dem Publikum antworten müssen, daß die Wiedererlangung des Geldes nicht Sache der Bahnverwaltung sei. Indem die Verwaltung duldet, daß die Fahrkarten-Automaten im Bahnhofsraum aufgestellt werden, indem sie auf diese Weise an Arbeitskräften spart, macht sie sich verantwortlich dafür, daß die Apparate ordentlich funktionieren, und hat sie dafür zu sorgen, daß die Fahrgäste in Fällen, wo dies nicht geschieht, wieder zu ihrem Eigentum kommen. Wenn das Publikum in derartigen Fällen sich mit Nachdruck beschwerte, würde der Verwaltung der gegenwärtige Zustand bald so verleidet werden, daß sie entweder die Automaten abschafft oder für die gebührende Befriedigung der gerechten Ansprüche des Publikums sorgt.

Erlaß der Gewerbesteuer. Die Gewerbesteuer der Klasse IV, zu deren Erleichterung nach den auf Grund des Warenhaussteuer-Gesetzes vom 18. Juli 1900 gefassten Gemeindefestsetzungen das Einkommen der Warenhaussteuer in Berlin zurzeit verwendet wird, soll nach einer Bekanntmachung des Magistrats für das Vierteljahr Juli-September d. J. nicht erhoben werden.

Ein neuer Bierbockott

Ist gestern proklamiert worden, nachdem der rheinische Bockott glücklich durch Vergleich beendet worden ist. Selbstverständlich wird dieser Bockott der Unternehmerrpresse abermals Anlaß geben, über die Fribolität derartiger Geschäftschädigungen zu zetern und die Staatsanwaltschaft aufzufordern, gegen die Urheber der Nichtsnutzigkeit einzuschreiten. Einen Schein von Recht zur Entrüstung hat die bürgerliche Presse insofern sogar, als in diesem Falle die Arbeiterschaft nicht einmal sagen kann, daß sie in ihrem Koalitionsrecht oder sonstwie vom Unternehmertum bedrängt worden sei. Vielmehr eine Angelegenheit durchaus privater Natur, um einen Wohlthätigkeitsakt der in Betracht kommenden Brauerei; und das legt, immer vom Unternehmerrstandpunkt aus betrachtet, der Fribolität und Gewissenlosigkeit der Bockottthelden die Krone auf. Die bockottierte Brauerei hat für einen Schulverein eine sehr namhafte Summe hergegeben, und das paßt den Herren Bockottbrüdern nicht; aus diesem Grunde soll eine blühende Industrie in ihren vitalsten Interessen geschädigt werden. Wenn überhaupt, was wir Sozialdemokraten überhaupt grundsätzlich nicht zugeben, ein moralisches Recht für die Behörde vorliegt, im Bockott zugunsten des bedrängten Unternehmertums einzuschreiten, wenn die Koalition der Arbeitgeber gegen die Urheber dieses Kummels und gegen die Presse, die ihn fördert, ist angebracht ist, dann hier in diesem Falle, obgleich es die — „Post“ ist, die den Bockott proklamiert. Das Scharfmacherblatt fordert nämlich ihre Leser in einem Aufruf auf, kein Pilsener Bier zu trinken, weil das Bürgerliche Bräuhaus in Pilsen dem tschechischen Schulverein 50 000 Kronen gespendet hat. — Gaste Worte?

Polizeilich aufgelöst wurde die gestrige Bädler-Versammlung in der Neuen Philharmonie, Köpenickerstraße. Der Vorsitzende, Gastwirt Sommer, teilte bei Eröffnung der Versammlung mit, daß die Einladungen zu der Versammlung, auf denen die letzte Rede des Grafen Bädler abgedruckt war, von der Polizei konfisziert worden seien. Als Graf Bädler u. a. sagte, er fordere in allem Ernst die Berliner auf, Sturmkolonnen zu bilden und noch in dieser Nacht die Juden aus den Cafés und Restaurants herauszuwürgen, erklärte der überwachende Polizeihauptmann die Versammlung für aufgelöst.

Vom Berliner Versammlungswesen. Bei dem diesigen Polizeipräsidium wurden im Januar d. J. 402, im Februar 448 und im März 506 öffentliche Versammlungen angemeldet. Das sind zusammen 1416 Versammlungen im ersten Quartal dieses Jahres. Davon wurden 416 polizeilich überwacht und 7 aufgelöst!

Die Schulden des Bauunternehmers John aus Fürstentwalde, welcher bekanntlich in Berlin an der St. Hedwigskirche einen Straßenraub gegen einen Kassenboten beging, jetzt aber als gemeingefährlicher Geisteskranker ins Irrenhaus gebracht wurde, belaufen sich nach einer Mitteilung des Konkursverwalters auf zirka 400 000 M. Ihnen stehen eine greifbare Aktivmasse von 20 000 M. gegenüber und einige Grundstücke.

Zwei Eisenbahn Diebe treiben seit kurzem ihr gemeingefährliches Wesen auf der Odertal-Bahn, und zwar in den auf dieser Strecke verkehrenden Vorortzügen. Sie plündern nicht nur schlafende Reisende, sondern berauben auch andere Fahrgäste. Die Diebe, zwei junge Durschen, operieren in der Weise, daß einer den zu Plündernden in ein Gespräch verwickelt, während der zweite das auf der Bank neben dem Reisenden oder im Netz liegende Gepäck ergreift und auf der nächsten Station aussteigt. In dieser Weise wurde vor einigen Tagen einem Herrn ein fast neuer Sommerüberzieher gestohlen und vorgefunden wurde einem Kaufmann aus Königs-Wusterhausen eine Kindeberttasche geraubt, in der sich verschiedene Wertgegenstände befanden. Obwohl die Bahnpolizei schon vor einiger Zeit auf das Treiben der Diebe aufmerksam gemacht worden ist, konnte deren Festnahme bisher noch nicht bewirkt werden. Sie verlassen fast stets auf solchen Stationen den Zug, auf denen ein lebhafter Verkehr herrscht und wo sie sich daher schnell den Augen etwaiger Verfolger entziehen können.

Die Sprengung der Fundamente der alten Oranienbrücke, die einem Neubau Platz machen muß, hat gestern in der sechsten Morgenstunde ihren Anfang genommen. Unter Führung des Hauptmanns Günther hat bereits gestern früh die erste Kompanie des Garde-Pionierbataillons die Vorbereitungen für die Sprengung des westlichen Teiles der Fundamente getroffen. Das alte, aber noch sehr starke Mauerwerk sollte unter Wasser zertrümmert werden. Die Arbeit war unter der Aufsicht der von Straßenpostanten schnell getan. Gestern morgen rückte die Kompanie abermals an. Nachdem die Sprengladung an dem Fundament angebracht war, wurde sie von Pionieren entzündet. Unter einer dämpfenden Detonation stürzte das ganze Mauerwerk in sich zusammen. Das vorzüglich geübte Zerlegungswerk war in wenigen Minuten beendet. In acht Tagen wird die zweite (östliche) Hälfte der Fundamente gesprengt werden.

Blutvergiftung. Der Hausdiener Max Mandel zündete am 16. Mai im Keller der Drogenhandlung von Hesterberg in der Marienstraße 32 ein Streichholz an, obwohl der Keller elektrische Beleuchtung hat. Hierdurch entzündeten sich ätherische Gase; Mandel wurde durch die Explosion zurückgeschleudert und durch eine Stichflamme am Kopf, am Gesicht und an den Händen schwer verbrannt. Die Feuerwehr brachte ihn nach der Charité, wo er jetzt einer Blutvergiftung erliegen ist.

Straßensperrung. Die französische Straße von Kanonier- bis Friedrichstraße wird behufs Asphaltierung vom 28. d. M. ab bis auf weiteres für Fuhrwerk und Reiter gesperrt.

Bauunglück. Gestern nachmittag arbeitete der 45 Jahre alte Staalter Franz Cronenberg aus der Steinmeßstr. 88 zu Rixdorf auf dem Neubau des Pathologischen Instituts der Charité. Durch einen Fehltritt stürzte er zehn Meter tief ab, durchschlug eine Decke und fiel in den Keller. Seine Verletzungen waren so schwer, daß er in der chirurgischen Klinik nach kurzer Zeit starb.

Der Revolver auf der Landpartie. Ein Berliner namens Schulte geriet auf einem Ausfluge im benachbarten Gütergoh mit mehreren seiner Begleiter wegen eines Mädchens, das die Partie mitmachte, in Streit. Um sich der Gegner zu erwehren, zog Schulte einen Schreckschuss und steckte dann den noch geladenen Revolver in die Tasche. Bei der Fortsetzung der Schlägerei entlud sich plötzlich die Waffe und verletzte den Unvorsichtigen so schwer, daß er bald darauf verstarb.

Ein gefährlicher Brand beschäftigte die Feuerwehr Mittwochabend in der Greifswalderstraße 225. Auf noch nicht ermittelte Weise hatten im Keller der Drogerie von Emil Duda Chemikalien sich entzündet und die hierbei sich entwickelnde Hitze war derart, daß nicht nur die Kellerfenster alsbald platzen, sondern auch 16 mit Äther, Salmiak, Spiritus u. dgl. angefüllte Ballons unter starkem Ansaß zerplatzten. Die Feuerwehr mußte mit größter Vorsicht vorgehen, weil sie mit weiteren Explosionen zu rechnen hatte. Zwei große Salmiakfässer, die in der Nähe der Flamme lagen, mußten beständig unter Wasser gehalten werden, weil ihre Entzündung für die Lösungsarbeiten gefährlich werden konnte. Die über dem Brandherd liegende Fahrradhandlung von P. Kornfeld wurde ebenfalls vom Feuer ergriffen, ohne indes bedeutenden Schaden zu erleiden. Erst nach einstündiger angestrengter Arbeit gelang es der Feuerwehr, die Gefahr vollständig zu beseitigen. Einige tausend mit Chemikalien gefüllte Flaschen, die in Regalen lagerten, wurden vollständig mit vernichtet. Der entstandene Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

„Gräfin Konow“ II. Eine unangenehme Liebertatschung wurde kürzlich einem jungen Kaufmann zu teil, als er aus dem Kranken-

hause in sein früheres Heim in der Immerstraße zurückkehrte. Alle seine Habsgelassen, die er in seinem möblierten Zimmer zurückgelassen hatte, als er das Krankenhaus aufsuchte, waren verschwunden. Ein Dieb hatte mit einem Dietrich das verschlossene Zimmer geöffnet und alles, was des Witwenmanns wert war, gestohlen. Der Verdacht, den Einbruch verübt zu haben, fiel auf den 23 Jahre alten Kleiner Julius Bahr, der wenige Tage bei derselben Wirtin gewohnt hatte, aber verschwunden war, sobald er bei der Polizei angemeldet werden sollte. Der Verdacht bestätigte sich dadurch, daß einige Sachen des Kaufmanns bei Pfandleihern gefunden wurden, bei denen sie auf den Namen des Kleiner verlegt waren. Bei ihren Nachforschungen nach Bahr fand nun die Kriminalpolizei, daß er in engen Beziehungen stand zu einer Russin Ella Manowa, einer älteren Schwelgerin der falschen Gräfin Konow, die kürzlich mit ihrem Geliebten als Gastpösterin verurteilt wurde. Auch Ella Manowa war hin und wieder als Gräfin Konow aufgetreten. Augenblicklich wurde sie gesucht, weil sie sich gegen die Vorschriften der Sittenpolizei vergangen und Schwindel treiben verübt hatte. Das Mädchen war nirgends zu finden. So oft die Kriminalpolizei ermittelt, wo Bahr ein Zimmer gemietet hatte, war er auch schon wieder verschwunden. Er blieb überall nur so lange, bis die Wirtin mit der Meldung Ernst machte. Am Mittwochabend aber trafen einige Beamte Bahr und seine Freundin in einem Café und nahmen beide fest. Bahr spielt den Unschuldigen, obgleich er selbst die Sachen, die seine Freundin auf dem Leibe trug, gestohlen hat.

Lungenheilstätten-Wohlthätigkeitsfest. Für das am nächsten Mittwoch zugunsten der Heilstätten zu Belgig und am Grabowsee stattfindende Wohlthätigkeitsfest im Zoologischen Garten hat der „Berliner Sängerbund“ (Vereinigung von neun erstklassigen Männerchören) unter Leitung des Herrn Prof. Felix Schmidt seine Mitwirkung definitiv zugesagt. Das Monster-Konzert wird von zirka 1000 Sängern und Musikern ausgeführt werden.

Vorort-Nachrichten.

In der Feststellungslage der Charlottenburger Wasserwerke gegen die Stadt Charlottenburg fand am Montag vor der 6. Zivilkammer des Landgerichts II unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Köster der erste Termin statt. Bei dem interessanten Rechtsstreit, dessen Objekt sich auf viele Millionen beläuft, dreht es sich darum, ob auf Grund des Vertrages vom Jahre 1884 die Stadt am 1. Oktober dieses Jahres das Recht der Uebernahme der gesamten Wasserwerke in eigene Regie hat, oder nur des Teiles, der Charlottenburg mit Wasser versieht. Die Vertreter der Wasserwerke stehen auf dem Standpunkt, daß unter der „ganzen Anlage“ nur die Anlage gemeint sein könne, soweit sie zur Wasserversorgung der Stadt Charlottenburg dient, da man bei Abschluß des Vertrages unmöglich die damals noch gar nicht bestehenden Werke in Wannsee, Lichterfelde, Odershöneweide usw. im Auge gehabt haben könne. Die Stadtgemeinde aber stellt sich auf Grund der Entstehungsgeschichte des Vertrages auf den entgegengesetzten Standpunkt. Die Urteilsverkündung soll am 3. Juli erfolgen.

Schöneberg. Hinter den Kulissen. Die Neubefehung der hiesigen zweiten Bürgermeisters- und der Rämmererstelle, die durch die Wahl des bisherigen Inhabers dieser beiden Stellen, Dr. Gerhardt, zum ersten Bürgermeister von Halberstadt notwendig geworden ist, scheint den bürgerlichen Stadtvätern großes Kopfzerbrechen zu bereiten. Seit mehreren Wochen sitzen sie nun schon, teilweise in Nachsitzungen im Ratstafel oder sonstwo, und beratschlagen, wie die Befehung dieser Posten am besten vorzunehmen sei. Der Magistrat hatte empfohlen, von der Bürgermeistersstelle den Rämmererposten zu trennen, demzufolge also einen besonderen Rämmerer anzustellen, der Mitglied des Magistrats sein müsse. Für diesen letzteren Posten war seitens des Magistrats denn auch gleich ein bestimmter Vorschlag gemacht: ein angestellter Beamter dieses Ressorts, der sich schon vor ein paar Jahren einer besonderen Titelverleihung erfreuen konnte. Nach Bekanntwerden dieser Tatsache hatten nun die Bezirksvereine energisch gegen diese Trennung protestiert; sollte dieselbe jedoch nicht zu umgehen sein, so verlangen sie von der Stadtverordneten-Versammlung, daß dieser außerordentlich verantwortungsvollen Posten eines Stadtkämmerers nur mit einem in der allgemeinen Stadtverwaltung, besonders im Finanzwesen erfahrenen, höheren Verwaltungsbeamten besetzt werde. Der eingesehene Ausschuh hat nun, wie aus bürgerlichen Berichten hervorgeht, der geplanten Trennung zugestimmt und beschloßen, die Bürgermeistersstelle auszuschreiben, trotzdem hierzu schon einige Bewerbungen vorlagen. Auch dem Friedenauer Gemeindevorsteher soll die Stelle angeboten worden sein. Etwas schwieriger scheint nun die Sache mit dem Rämmererposten zu stehen. Während auf der einen Seite eine Ausschreibung dieser Stelle unbedingt verlangt wird, versucht man auf der anderen Seite alles in Bewegung zu setzen, um die Wahl des vom Magistrat in Vorschlag gebrachten Kandidaten zu sichern. Sogar in ihren Wohnungen werden einzelne Stadtverordnete besucht, um sie in ihrer Meinung umzustimmen. — Unsere Parteigenossen lassen sich auf jeden Fall von keinerlei persönlicher Rücksicht leiten und werden hoffentlich auch wiederum, wie gewöhnlich bei derartigen Fällen, den Ausschlag geben.

Rixdorf. Die Stadtverordneten-Versammlung hielt gestern ihre letzte Sitzung vor den Ferien ab.

An erster Stelle der Tagesordnung stand eine Vorlage des Magistrats, nach welcher derselbe um die Ermächtigung erucht, mit dem Fiskus einen Vertrag bezüglich des Ankaufs der zur Anlegung eines Bürgersteiges vor dem Turnplatz in der Hasenhaide bestimmten Geländefläche abzuschließen zu dürfen. Die Versammlung stimmt dem Projekt debattelos zu.

Die gleiche Erledigung fand die zwingend notwendige Einrichtung einer Sammelheizung und anderer baulicher Veränderungen in der Aula des Realgymnasiums in der Kaiser Friedrichstraße.

Anderes kam es mit der nächsten Vorlage des Magistrats. Die Regierung hat nämlich dem Magistrat das Gesuch um Genehmigung der Errichtung einer höheren Töchterschule und einer Mädchenmittelschule zurückgegeben mit dem Vermerken, daß die nachgezeichnete Genehmigung nur dann erteilt werden könne, wenn nach zwei Richtungen hin Verbesserungen im Volksschulwesen durchgeführt würden. Es müsse dringend die Vereinfachung bezw. Verminderung der stehenden Klassen verlangt werden; ferner sei notwendig, daß die Gemeindefiskalverhältnisse durch Herabsetzung ihrer Pflichtfunktionszahl entlastet würden. Diese letztere Forderung besonders war es, die den Herren von der bürgerlichen „großen“ Fraktion arge Verstimmung verursachte. Waren sie es doch, die vor ganz kurzer Zeit erst eine auf das gleiche hinauslaufende Magistratsvorlage ablehnten und es der sozialdemokratischen Fraktion allein überließen, für die in jeder Hinsicht berechnete Forderung der Redoren einzutreten. Diese lagenjämmerliche Stimmung kam denn auch so recht in der auf so gewundenen Rede des Stadtverordnetenvorsethers Sander zum Ausdruck, der als erster und wohl in Vorahnung des von der linken Seite kommenden Angriffs gewissermaßen als Abhänger in die Diskussion einstrang. Er halte im Unverständnis mit seinen Freunden — so entquoll es seiner gequälten Brust — auch jetzt noch an seiner früheren Auffassung fest und stimme „nur der Rot gelehrend“, nicht dem eigenen Triebe folgend“ der durch ein Kompromiß mit der Regierung zustande gekommenen Vorlage zu. Wenn die Regierung die Herabsetzung der Pflichtstunden auf 10 bis höchstens 16 als das mindeste, was sie fordern müsse, bezeichne, so bleibe er dabei, daß für Rixdorf keine Veranlassung vorliege, darin so weit herunterzugehen.

Nach diesen Bekanntnissen einer schönen „liberalen“ Seele nahm Stadtv. Buch (Soz.) das Wort. Es ist lebhaft zu bedauern, daß es erst eines nachdrücklichen Verlangens seitens der Regierung bedürfte, um die Rixdorfer Stadtverordneten an ihre Pflichten

gegenüber der Volksschule zu gemahnen. Da sei es auch nicht verwunderlich, wenn angeichts solcher leider notwendigen Zurechtweisungen die Selbstverwaltung der Kommunen immer mehr in Frage gestellt werde. Diesmal sei ja nun im Interesse der vorliegenden Sache der „Umsfall“ der Herren zu begehren, er sei aber auch bezeichnend für die Mehrheit. Die Verfügung der Regierung wird nun hoffentlich auch den Herrn Bürgermeister Voigt, der erst in der vorigen Sitzung so stolz davon sprach, daß Rixdorf so sehr viel für seine Volksschule tue, davon überzeugt haben, wie recht die sozialdemokratischen Stadtverordneten hatten, wenn sie es als einen unwürdigen Zustand gehalten, daß die Rixdorfer Volksschule unter einer außerordentlich hohen Zahl von stehenden Klassen und einer schädlichen Ueberfüllung der Klassen leide. Im übrigen streue man der Regierung Sand in die Augen, wenn man derselben — wie es aus der Vorlage hervorgehe — gesagt habe, durch den Neubau der Schule in der Elbestraße werde die Zahl der stehenden Klassen wesentlich herabgemindert werden. Das ist ganz unmöglich, weil bis zur Fertigstellung derselben die Zahl der Schüler erheblich gestiegen sein wird, weil man ja aber auch andererseits gerade dieser Schule 12 Klassenräume entziehen wolle, um die erstrebte Mädchenmittelschule darin unterzubringen. Die sozialdemokratische Fraktion wird, so erklärt Redner, selbstverständlich auch diesmal für die Vorlage stimmen.

Stadtv. Dr. Weinreich und die Stadtv. Veltz, Koye und Schmidt verhielten vergeblich, die treffenden Ausführungen des sozialdemokratischen Redners zu entkräften. Namentlich war Herr Schmidt in einer wenig beneidenswerten Lage. Er war seinerzeit der erste Rufer im Streite gegen die Herabsetzung der Pflichtstundenzahl; trotzdem brachte er es diesmal fertig, für die Vorlage eine Lanze zu brechen. Herr Koye behauptete, sie stimmten nicht gezwungen für die Vorlage, sondern träten diesmal aus Ueberzeugung für dieselbe ein. Eine merkwürdig schnelle Wandlung! Einen schwachen Trost fand Herr Veltz darin, daß er behauptete: wenn die Regierung die Schulen zu verwalten hätte, dann würden sie noch viel schlechter aussehen.

Stadtv. Goye (Soz.) geißelte das klägliche Verhalten der bürgerlichen Mehrheit, die ebenso wie der Bürgermeister bei jeder Gelegenheit, wo man von der Schule spreche, in Selbstbeweihräucherung außerordentliches leistet. Statt dessen sollten die Herren lieber die vorhandenen Mängel eingestehen und abstellen, so daß nicht erst ein beschämender Zwang sie dazu pressen müsse.

Bürgermeister Voigt verhielt sich schließlich noch die festgestellten schweren Mängel der Rixdorfer Volksschule so gleichsam als unbedeutende Schönheitsfehler hinzustellen, derentwillen soviel Aufhebens gar nicht am Plage wäre. Ein bezeichnender Vertuschungsberüh, der sich aus dem Munde eines leitenden städtischen Beamten recht merkwürdig anhört.

Die Abstimmung führte — wie zu erwarten — zur fast einstimmigen Annahme. Einige der Herren enthielten sich der Abstimmung und fanden nicht den Mut, gegen die Vorlage Stellung zu nehmen.

Die Versammlung trat hierauf in eine geheime Sitzung ein, in der u. a. der Ankauf zweier Nittergüter zu Verleisungszwecken beschlossen wurde.

Schmargendorf.

Ein tödlicher Unfall, der in seiner Art wohl einzig dasteht, hat sich Donnerstagnachmittag kurz nach 12 Uhr auf dem Bau der Schmargendorfer Pumpstation am Hohenzollernsdamm ereignet. Das Erdreich, welches dort bis zu einer Tiefe von etwa drei Meter ausgehauet ist, hat infolge der letzten Regengüsse reichlichen Wasserzufluß erhalten. Einem polnischen Arbeiter, der von dem Tiefbauunternehmer Mahberg bei Kanalisationsarbeiten beschäftigt war, fiel es gestern in der Mittagspause bei, sich in einer besonders tiefen Pfütze zu baden. Plötzlich ging er unter und kam nicht wieder zum Vorschein. Es war den Kameraden nicht möglich, den Verunglückten zu retten, und um irgend eine Hilfe herbeizuschaffen, riefen sie die freiwillige Feuerwehr heran. Doch auch diese konnte nichts ausrichten; der Arbeiter wurde erst nach einer ganzen Weile als Leiche aus der Pfütze herbeigezogen.

Ermer.

Durch feine Streiche sind die gegenwärtig stattfindenden Übungen der Militär-Telegraphenschule gestört worden. Am Montag wurden bei Woltersdorf und Ermer Stationen angelegt, die kaum fertiggestellt, dadurch unterbrochen wurden, daß der Verbindungsdraht zerschnitten worden war. Nach erfolgter Reparatur wurden die Übungen noch mehrmals in der gleichen Weise gestört. Es erfolgte nunmehr eine sorgfältige Verwahrung der Strecke, und hierbei gelang es, den Urheber des Unfalls in der Person eines obdachlosen Arbeiters M. festzunehmen. Der Verhaftete, der zu seiner Entschuldigung vordrachte, er habe sich nur einen „Scherz“ machen wollen; wurde nach dem Amtsgerichtsgefängnis in Köpenick gebracht. Gestern wurde das Kommando für die Telegraphenübung nach Fürstentwalde verlegt.

Vermischtes.

Ein talentvoller König. König Alfons von Spanien hat sich bei seinem Besuche in London, wenn man der Zeitschrift „Onlooker“ glauben darf, recht seltsam benommen. Das Blatt erzählt folgendes: Nach dem Hofball zu Ehren des Königs Alfons traf dieser, als er sich in seine Gemächer begab, auf dem dorthin führenden Korridor die Königin Alexandra mit Gefolge, die ebenfalls auf dem Wege zu ihren Gemächern war. König Alfons wünschte der Königin Alexandra „Gute Nacht“ und sagte danach ganz unermittelt zu der Königin: „Ja bin Athlet, möchten Sie sehen, was ich leisten kann?“ Die Königin antwortete mit „Ja“, und der Beherrscher Spaniens schlug darauf den ganzen Korridor hinunter Purzelbäume. Was Königin Alexandra und ihr Gefolge dazu sagten, wird nicht berichtet.

Prinzessin Luise von Koburg. Das Wiener Oberhofmeisteramt hat, wie uns ein Telegramm aus Wien meldet, jetzt die Kuratel über die Prinzessin Luise von Koburg definitiv aufgehoben und ihren Kurator Dr. Ritter v. Fejtmantel seines Amtes enthoben. Ferner wird bestätigt, daß der Gatte der Prinzessin die Ehecheidungsklage eingereicht und bis zur Entscheidung die Auszahlung der bis jetzt bewilligten Spanage von jährlich 72 000 Kronen einstellt.

Öffentliche Bibliothek und Leshalle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann, SW. Alexandrinenstr. 26. Zum Zwecke der Inventur-Aufnahme müssen alle Bücher zurückgegeben werden. In der Zeit vom 24. Juni bis 2. Juli werden keine Bücher ausgeliehen. Die Lesäle bleiben von 5½—10 Uhr abends geöffnet.

Berliner Marktpreise. (Ermittelt vom Polizeipräsidium.) Futtergerste, gute Sorte 1 Dg. 16,00 (15,10), mittel 15,00 (14,10), geringe 14,00 (13,20). Hafer, gute Sorte 16,40 (15,90), mittel 15,50 (14,70), geringe 14,00 (13,80), neu Bogen und ab Bahn. Roggen 5,56 (5,00). Weizen (alt) 7,00 (7,40), neu 7,20 (5,90). Erbsen, gelbe, zum Kochen 44,00 (30,00). Pfefferbohnen, weiße 50,00 (30,00), Ähren 60,00 (30,00). Kartoffeln 9,00 (7,00). Rindfleisch, von der Keule, 1 Rg. 1,80 (1,30). Schweinefleisch 1,40 (1,00). Scheweinefleisch 1,80 (1,30). Kalbfleisch 2,20 (1,30). Hammelfleisch 1,80 (1,40). Butter 2,80 (2,00). Eier (60 Stück) 4,00 (2,50). Karotten, 1 Rg. 2,20 (1,20). Sale 3,00 (1,20). Jander 3,20 (1,20). Dichte 2,80 (1,20). Barthe 2,00 (1,00). Schale 3,00 (1,20). Weiz 1,80 (0,80). Kresse (60 Stück) 16,00 (3,00).

Wetter-Prognose für Freitag, den 30. Juni 1905.

Wieslich heiter, sehr warm und schwül bei meist schwachen südlichen Winden und etwas Neigung zu Gewittern.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 28. Juni. Elbe bei Albig — 0,25 Meter, bei Dresden — 1,61 Meter, bei Magdeburg + 0,95 Meter. — Uckerath bei Straußfurt — 1 Meter. — Oder bei Rastow + 1,20 Meter, bei Breslau Ober-Bogel + 1,05 Meter, bei Breslau Unter-Bogel — 1,04 Meter, bei Ansbach + 1,45 Meter. — Bei Havel bei Schwabmünde + 5,30 Meter. — Barthe bei Havel + 0,36 Meter. — Reth bei Havel + 0,50 Meter.